



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ am Standort Mauthausen-Gusen 1938–1945

Verfasser

Thomas Kopalek

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

<u>Danksagung.....</u>	<u>5</u>
<u>Einleitung.....</u>	<u>6</u>
<u>Forschungsstand.....</u>	<u>8</u>
<u>Die SS als Wirtschaftsmacht: historische Ausgangslage, handelnde Akteure und der Weg zur professionellen Ausbeutung der Zwangsarbeit.....</u>	<u>13</u>
<u>Frühe NS-Wirtschaftspolitik.....</u>	<u>13</u>
<u>Die Entwicklung der Konzentrationslager unter der Leitung der SS – der wirtschaftliche Aspekt der Zwangsarbeit.....</u>	<u>16</u>
<u>Oswald Pohl, der oberste SS-Wirtschaftsverwalter.....</u>	<u>24</u>
<u>Dr. Walter Salpeter, der SS-Manager und Geschäftsführer der DEST.....</u>	<u>27</u>
<u>Die Entwicklung der DEST 1938–1943.....</u>	<u>30</u>
<u>Die Firmengründung.....</u>	<u>30</u>
<u>Aufbaufinanzierung der SS-Unternehmen sowie der DEST im Speziellen.....</u>	<u>31</u>
<u>Die Expansion der DEST-Baustoffwirtschaft 1938–1943 im Überblick.....</u>	<u>34</u>
<u>Die Firmenleitung.....</u>	<u>39</u>
<u>Der DEST-Betrieb in Mauthausen/Gusen 1938–1943.....</u>	<u>42</u>
<u>Die Gründung.....</u>	<u>42</u>
<u>Das lokale Verwaltungszentrum – Die Aktivitäten der DEST in St. Georgen.....</u>	<u>43</u>
<u>Die Entwicklung des DEST-Betriebs in Mauthausen.....</u>	<u>47</u>
<u>Die Entwicklung des DEST-Betriebs in Gusen.....</u>	<u>49</u>
<u>Kosten- und Produktionsentwicklung des DEST-Betriebes Mauthausen-Gusen.....</u>	<u>50</u>
<u>Überlebensbedingungen und Zwangsarbeit der Häftlinge im DEST-Betrieb Mauthausen und Gusen.....</u>	<u>53</u>
<u>Mauthausen.....</u>	<u>54</u>
<u>Gusen.....</u>	<u>57</u>
<u>Die DEST und ihre Entwicklung 1943–1945 – Die Umstellung der SS-Wirtschaft auf Rüstungskooperationen.....</u>	<u>62</u>
<u>Die Entwicklungen des DEST Betriebes in Mauthausen/Gusen 1943–1945.....</u>	<u>65</u>
<u>Umstellung auf Rüstungskooperationen in der „Ostmark“.....</u>	<u>65</u>
<u>Die Kooperation mit den „Reichswerken Hermann Göring“ – Schlackenwerk in Linz.....</u>	<u>66</u>

<u>Die Kooperation mit Steyr-Daimler-Puch.....</u>	<u>70</u>
<u>Die Kooperation mit Messerschmitt.....</u>	<u>73</u>
<u>Unter-Tage-Verlagerung.....</u>	<u>75</u>
<u>Einnahmen aus dem Häftlingsgeschäft.....</u>	<u>78</u>
<u>Überlebensbedingungen und Zwangsarbeit der Häftlinge im DEST-Betrieb</u>	
<u>Mauthausen-Gusen 1943–1945.....</u>	<u>80</u>
<u>Das Ende.....</u>	<u>84</u>
<u>Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern zwischen wirtschaftlicher Rentabilität und</u>	
<u>Vernichtung.....</u>	<u>88</u>
<u>Resümee.....</u>	<u>91</u>
<u>Anhang.....</u>	<u>93</u>
<u>Abkürzungsverzeichnis.....</u>	<u>93</u>
<u>Tabellenverzeichnis.....</u>	<u>94</u>
<u>Archivalien.....</u>	<u>95</u>
<u>Literatur.....</u>	<u>95</u>
<u>Zusammenfassung.....</u>	<u>100</u>

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt

dem Betreuer dieser Arbeit, Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz,
SozialGlobal AG für die Gewährung der Bildungskarenz, die das Zustandekommen
dieser Arbeit materiell ermöglichte,
Katharina Kniefacz, Robert Vorberg,

meiner Familie sowie Ivana Vulic.

Einleitung

Besucht man die KZ-Gedenkstätten im In- oder Ausland, so ist man versucht, in bedrückende Erstaunung über die Dimensionen der Verbrechen der Nationalsozialisten zu verfallen. Fast unreal erscheinen die dargelegten Fakten den BesucherInnen, sie sprengen meist den Vorstellungshorizont. Die unglaublichen Zahlen an Opfern und Details des Massenmordes und das damit verbundene System, das diese zu erzeugen vermochte, übt daher per se negative Faszination aus, die begleitet wird von der Frage nach dem Motiv für ein derartiges Verbrechen. Als HistorikerIn mit Interessenschwerpunkt Zeitgeschichte lassen sich zwar die Forschungsschwerpunkte auf andere Bereiche lenken, die völlige Vermeidung des Themas im Lauf des Studiums wird wegen der prägenden Spuren, die dieser Genozid hinterlassen hat, jedoch kaum möglich sein. Das Antlitz Europas veränderte sich drastisch in einem vergleichsweise kurzem Zeitraum durch einen Krieg, der nicht nur nach außen, sondern in besonderem Maße nach innen gegen Teile der einheimischen Zivilbevölkerung geführt wurde. Der Themenkomplex Nationalsozialismus kann dadurch ein großes Maß an Legitimation in der Geschichtsforschung für sich beanspruchen. Die Frage nach dem Gegenwartsbezug dieses Themenbereiches weist vor allem in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches hohe aktuelle politische Brisanz auf, nicht zuletzt auch aufgrund der in den letzten Jahren wieder zunehmenden neonazistischen Gewalt – 2005 bis 2006 erlebte Österreich nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres eine Steigerung rassistischer Gewalttaten von mehr als 50 Prozent.¹ Hinzu kommen zweifelhafte „Opfergedenken“ einzelner nationalistischer Teile des politischen Spektrums, beispielsweise in Dresden anlässlich der Bombardierung der Stadt im Februar 1944 oder in Wien zum Anlass der Kapitulation des Deutschen Reiches. Auch der Diskurs über ein „Ruhenlassen“ der Vergangenheit kehrt speziell in diesem Zusammenhang immer wieder.

In der vorliegenden Diplomarbeit soll die Geschichte der „Deutschen Erd- und Steinwerke“ (DEST) am Standort Mauthausen/Gusen sich nicht auf den rein deskriptiven Charakter beschränken und isoliert erfolgen, sondern neben der rein chronologischen Schilderung der Ereignisse auch den Aspekt der Grundlagen für

¹ Heribert Schiedel: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien 2007, S. 7.

ein Zustandekommen eines derartigen auf Zwangsarbeit ausgelegten Wirtschaftsbetriebs erörtern. Aus diesem Grund wird die Ausgangssituation, darin im besonderen der Aspekt der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus sowie die Entwicklung des Systems der Konzentrationslager berücksichtigt und die Entwicklung der DEST sowie deren handelnde Akteure in diesen Rahmenbedingungen kontextualisiert werden.

Es drängt sich die Frage auf, welche Besonderheiten dieses Unternehmen aufweist beziehungsweise welche typischen Elemente nationalsozialistischen Betriebswirtschaftens sich am Standort Mauthausen/Gusen feststellen lassen. Da ein umfassender Vergleich mit anderen Betrieben den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigt, wird der Fokus auf die Beschreibung der Entwicklung des Betriebes gelegt, jedoch unter Berücksichtigung des Aspekts der ökonomischen Ausbeutung und seiner Auswirkung auf die Opfer.

Diese Auswirkungen werden beschrieben und in den Kontext der Frage nach der Bedeutung des Betriebes im Lauf der Zeit eingebettet, sodass sich diesbezügliche potentielle Veränderungen abbilden lassen. Darüber hinaus wird die Entwicklung der DEST im Zusammenhang mit äußeren Faktoren wie Kriegsentwicklungen erörtert und die Frage nach der ökonomischen Rentabilität des Arbeitseinsatzes der KZ-Häftlinge im Bezug zum Vernichtungsvorsatz des NS- Staates diskutiert.

Konkrete zu beantwortende Fragen lauten daher:

Welche Voraussetzungen waren entscheidend für die Gründung der DEST?

In welchem Zusammenhang stand der Betrieb mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik?

Wie wurden die Finanzierung ermöglicht?

Was stellen sich die Umstände der Betriebsgründung dar?

Wie entwickelte sich der Betrieb vor Ort? Was wurde produziert und warum?

Wie war die Situation der Häftlinge? Wie veränderte sie sich?

Was geschah mit den Werken der DEST nach Kriegsende?

Wie ist die Bedeutung des DEST-Standortes Mauthausen/Gusen im Kontext der deutschen Kriegswirtschaft einzuschätzen?

Welche Veränderungen sind festzustellen?

Forschungsstand

In weiterer Folge soll ein Überblick über den Forschungsstand zum Thema Deutsche Erd- und Steinwerke dargestellt werden:

Publizierte Auseinandersetzungen mit der Geschichte der DEST fanden meist im Kontext von Zwangsarbeit, Konzentrationslagern sowie ökonomischen Aktivitäten der SS statt. Die ersten Arbeiten zur Aufarbeitung der SS-Wirtschaft wurden in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unternommen. Einen wichtigen Beitrag lieferte 1963 Enno Georg mit seinem Werk „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS“, in welchem er die einzelnen Betriebe und ihre Grundstruktur sowie die groben Vorgänge an den Standorten beschreibt.² Elf Jahre später verfasste Hans Maršálek das Buch „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“. Hier wird die Gründung der DEST im Kontext der Errichtung des KZ- Mauthausen dargestellt. Im Rahmen der Geschichte des KZ Mauthausen wird unter anderem auf die Betriebsentwicklung vor Ort und der Situation der Häftlinge als Zwangsarbeiter der DEST eingegangen.³ In Stanislaw Dobosiewicz 1977 erschienenem Werk „Mauthausen/Gusen, oboz zaglady“ welches im Rahmen der Mauthausen Studien 2007 unter dem Titel „Vernichtungslager Gusen“ auch auf deutsch herausgegeben wurde, wird die Geschichte der DEST hinsichtlich der Arbeitskommandos und dem Schicksal der Häftlinge dargestellt. Darüber hinaus erhält man einen Einblick in einzelne DEST- Abteilungen an diesem Standort.⁴

1990 verfasste Bertrand Perz im Rahmen der Forschung zum Themenkomplex „Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich“ das Buch „Projekt Quarz, Steyr- Daimler- Puch und das Konzentrationslager Melk“. Die Informationen zur Geschichte der DEST beziehen sich hier vor allem auf die Verlegung der Waffenproduktion der Steyr- Daimler- Puch Werke in das KZ Gusen im Rahmen der Umstellung der SS Wirtschaft auf Kooperationen mit Rüstungsbetrieben.⁵

In den folgenden 90er Jahren des 20. Jahrhunderts erschien Walter Naasners Werk „Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft 1938–1945“ welches sich ausführlich mit der DEST beschäftigt. Hier finden sich Informationen zur DEST im Rahmen der Entstehung des SS Wirtschaftsimperiums. Weiters wird sie im Kontext mit der Bildung einer SS- Wirtschaftsverwaltungsstruktur erwähnt. Die Darstellung der Zusammenarbeit von SS und Privatwirtschaft, sowie der Eigentumsverhältnisse

² Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963.

³ Hans Maršálek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Wien 1974.

⁴ Stanislaw Dobosiewicz: Mauthausen/Gusen. Oboz zaglady, Warschau 1977.

⁵ Bertrand Perz: Projekt Quarz. Steyr- Daimler- Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1990.

der SS- eigenen „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH“ beinhaltet ebenfalls Informationen über die Rolle der DEST in den jeweiligen Thematiken.⁶ 1998 erschien ein weiteres Werk Naasners, „SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung“. Hier wird die DEST- Betriebsgeschichte im Allgemeinen kurz zusammengefasst und in weiterer Folge ihre Aktivitäten im SS-Wirtschaftskosmos sowie in dessen wachsender Kooperation mit privaten Betrieben und staatlichen Institutionen beschrieben.⁷ In dem 1999 in französischer Sprache erschienenem Werk „Mauthausen, camp de concentration national-socialiste en Autriche rattachée, 1938-1945“ von Michel Fabreguet wird, wie bei Maršálek und Dobosiewicz, auf die DEST im Zusammenhang mit der Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen eingegangen. Die Informationen umfassen Beschreibungen bezüglich des Aus und Aufbaus der Infrastruktur, Hintergründe des Umgestaltens des Betriebs und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Häftlingssituation.⁸ 2000 lieferte Paul B. Jascot in seiner Publikation „The Architecture of Oppression, the SS, forced labour an the Nazi monumental building economy“ eine Darstellung der DEST- Geschichte im Zusammenhang mit einer Beschreibung der Architekturgeschichte im deutschen Reich. Die Schilderungen gehen vor allem auf die Genese der DEST- Betriebe im Kontext der Etablierung der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern ein und beschreiben die Auswirkungen des Krieges auf deren Entwicklung.⁹ Jan Erik Schulte verfasste 2001 das Werk „Zwangsarbeit und Vernichtung, das Wirtschaftsimperium der SS, Oswald Pohl und das SS- Wirtschaftsverwaltungshauptamt 1933-1945“. Hier wird auf die DEST- Geschichte vor allem im Zusammenhang mit der strukturellen Entwicklung der SS- Wirtschaftsverwaltung eingegangen. Es finden sich darüber hinaus Informationen zur Betriebsgründung, Finanzierung sowie detaillierte Biografien wichtiger Akteure.¹⁰ Im darauffolgenden Jahr brachte Michael Thad Allen das Werk “The business of genocide, the SS, slave labour and the concentration camps“ heraus. Hier findet

⁶ Walter Naasner: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.

⁷ Walter Naasner: SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998.

⁸ Michel Fabreguet: Mauthausen. Camp de concentration national-socialiste en Autriche rattachée, 1938-1945, Paris 1999.

⁹ Paul B. Jascot: The Architecture of Oppression. The SS, forced labor and the Nazi monumental building economy. London 2000.

¹⁰ Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945. Paderborn, Wien u. a. 2001.

eine Auseinandersetzung mit der DEST in erster Linie im Zusammenhang mit der leitenden Organisation SS und deren Geisteshaltung, sowie ihrer Vorstellung eines modernen Wirtschaftsbetriebes, statt.¹¹

2003 veröffentlichte Hermann Kaienburg das wohl umfangreichste Buch zu dieser Thematik. Unter dem Titel „Die Wirtschaft der SS“ werden neben einer Organisationsgeschichte der SS auch alle Wirtschaftszweige, Branchen in welchen sie sich betätigten beschrieben. Die DEST - Informationen des Werkes umfassen die Geschichte sämtlicher Standorte, die Firmengründung, finanzielle Aspekte sowie eine Schilderung der Entwicklungen in der Firmenleitung. Zusätzlich wird die Frage nach Zielen und Resultaten der SS- Wirtschaft betrachtet und diskutiert.¹²

Rudolf A. Haunschmied, Jan-Ruth Mills und Siegi Witzany brachten 2007 das Werk „ St. Georgen, Gusen, Mauthausen, concentration camp Mauthausen reconsidered“, heraus. Hier werden die Aktivitäten der DEST im Raum St. Georgen beschrieben, sowie Informationen zur Entwicklung des DEST- Betriebes in Mauthausen geliefert. Darüber hinaus behandelt das Buch auch die Umstellung des Betriebes auf Rüstungswirtschaft und die Verlagerung von Betrieben in die unterirdischen Anlagen.¹³

Die DEST – Geschichte betreffend erschienen auch Artikel und Kommentare in Sammelbänden. Hier ist zunächst der 1991 von Bertand Perz und Florian Freund verfasste Beitrag „Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der „Ostmark“, in dem von Ulrich Herbert herausgegebenem Buch: „ Europa und der „Reichseinsatz, Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945“ zu nennen. Er behandelt die Interessenslagen der SS und der kriegswirtschaftlichen Instanzen bezüglich des Arbeitseinsatzes von KZ- Häftlingen sowie die Frage nach den Umständen und an welchen Orten ein solches Unterfangen stattfand. In diesem Zusammenhang werden Informationen über die Verlegung der Rüstungsproduktion an DEST Standorte sowie die organisatorischen Vorgänge beschreiben.¹⁴

Konkret mit der DEST- Geschichte in Österreich und dem Zustandekommen der Kooperationen mit dem Rüstungskonzern Steyr- Daimler- Puch befasst sich der, im 1996 von Hermann Kaienburg herausgegebenem Sammelwerk

¹¹Michael Thad Allen: The business of genocide.The SS, slave labour and the concentration camps, London 2002.

¹² Hermann Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.

¹³ Rudolf A. Haunschmied, Jan-Ruth Mills, Siegi Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen. Concentration Camp Mauthausen reconsidered. Norderstedt 2007.

¹⁴ Florian Freund, Bertand Perz: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der „Ostmark“, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991. S. 317-351.

„Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft“ erschienene Artikel „ Politisches Management im Wirtschaftskonzern, Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich“ von Bertrand Perz.¹⁵ Im Jahr 1998 veröffentlichte Ulrich Herbert in Zusammenarbeit mit Christoph Dieckmann und Karin Orth das Buch „Die nationalsozialistischen Konzentrationslager, Entwicklung und Struktur“. Der darin enthaltene Beitrag „der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen“ von Bertrand Perz enthält unter anderem Informationen über die Zwangsarbeit in den DEST-Betrieben. Speziell die Zusammenarbeit der DEST mit den Reichswerken Hermann Göring, sowie die damit verbundenen Außenlager des KZ- Komplexes Mauthausen und die Situation der Häftlinge in diesen, werden hier herausgearbeitet.¹⁶ Ebenfalls besonders auf das Zustandekommen der Zusammenarbeit der DEST und der Reichswerke „Hermann Göring“ geht der Beitrag von Bertrand Perz, „KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter der Reichswerke- Hermann - Göring in Linz“, ein. Er erschien im von Oliver Rathkolb 2001 herausgegebenem, mehrbändigem, Buch „NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945“. ¹⁷ 2003 wird im Artikel von Bertrand Perz: „Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen, Vergleichende Perspektiven“ wiederum auf die DEST Bezug genommen. Hier geschieht dies jedoch vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verhandlungen zwischen der SS und der Rüstungswirtschaft bezüglich der Wahl der Konzentrationslager für den jeweiligen Arbeitseinsatz.¹⁸

In jüngster Vergangenheit erschienen auch Beiträge in Jahrbüchern der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. In der Ausgabe von 2008 lieferte Andreas Kranebitter den Artikel „ Der Steinbruch Wiener Graben und die Errichtung des KZ

¹⁵ Bertrand Perz: Politisches Management im Wirtschaftskonzern. Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft. Opladen 1996 S. 95 – 113.

¹⁶Bertrand Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Göttingen 1998, S. 533–557.

¹⁷Bertrand Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter der Reichswerke „Hermann Göring“ in Linz, in: Oliver Rathkolb (Hrsg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938–1945, Band 1: Zwangsarbeit – Sklavenarbeit. Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien. Wien, Köln, Graz 2001, S. 449–590.

¹⁸Bertrand Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen. Vergleichende Perspektiven, in: Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz-VW-Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter. Innsbruck 2003, S.85-99.

Mauthausen“, in welchem der Erwerb der späteren DEST-Steinbrüche beziehungsweise die Pachtverträge sowie die Umstände ihres Zustandekommens herausgearbeitet werden.¹⁹ In der Ausgabe von 2009 verfasste Bertrand Perz den Beitrag „Wir haben in der Nähe von Linz unter Verwendung von KZ- Männern ein Vorhaben. Zur Genese des Projektes Bergkristall“. Hier wird die Geschichte des Zustandekommens der Unter - Tage - Verlagerung der Luftrüstung insbesondere die Stollenanlage Bergkristall dargestellt. Ebenso enthält der Beitrag einen Exkurs zur Geschichte der DEST - Anlage „Kellerbau“ in Gusen.²⁰

¹⁹ Andreas Kranebitter: Der Steinbruch „Wiener Graben“ und die Einrichtung des KZ Mauthausen, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2008. Wien 2009, S. 58–73.

²⁰ Bertrand Perz: „Wir haben in der Nähe von Linz unter Benutzung von KZ-Männern ein Vorhaben“. Zur Genese des Projektes Bergkristall, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2009. Wien 2010, S. 55–76.

Die SS als Wirtschaftsmacht: historische Ausgangslage, handelnde Akteure und der Weg zur professionellen Ausbeutung der Zwangsarbeit

Wenn man den Aufstieg der „Deutschen Erd- und Steinwerke“ als Einzelunternehmen betrachten möchte, so kommt man aufgrund der starken staatlichen Einflussnahme nicht umhin, die Entwicklung der Wirtschaft NS-Deutschlands allgemein sowie die der SS als Wirtschaftsmacht innerhalb dieses Gefüges zu betrachten. Der folgende Abschnitt versucht daher zu veranschaulichen, vor welchen Hintergründen die Genese eines Projektes professioneller Ausbeutung durch Zwangsarbeit wie die DEST stattfand.

Mehrere Faktoren sind dabei konstituierende Elemente für das Zustandekommen, darunter die wirtschaftliche Ausgangslage sowie die damit verbundene Entwicklung des Konzentrationslagerwesens und die kriegswirtschaftlichen Ziele im Allgemeinen, besonders in Gestalt des ersten Vierjahresplans, der im März 1933 im „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ legislativ verankert wurde.

Frühe NS-Wirtschaftspolitik

Nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 machte sich die Staatsführung schnell daran, Aufbauprojekte zur Arbeitsbeschaffung zu realisieren, um der hohen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und damit propagandistisch ein Zeichen von kommendem Wohlstand und sicherer Zukunft für die Bevölkerung zu setzen. Das NS-Regime kann jedoch nicht als Urheber der Maßnahmen gelten, waren doch einige derartige Projekte bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in der Phase der Realisierung angelangt, manche sogar bereits beendet, beispielsweise die Programme der Zentrumspolitiker Franz von Papen und Günther Gereke, die beide ein Volumen von Hunderten Millionen RM umfassten.²¹ Dennoch übertrafen die Programme der nationalsozialistischen Machthaber im Rahmen des

²¹ Franz L. Neumann: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, in: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer, A. R. L. Gurland, Herbert Marcuse: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942, hrsg. von Helmut Dubiel u. Alfons Söllner. Frankfurt am Main 1981, S. 173.

1933 beschlossenen Vierjahresplans diese Summen mit 1,7 Milliarden RM insgesamt.²²

Wirtschaftspolitisch stellte das Jahr 1933 fast keinerlei Zäsur zur Weimarer Republik dar, sondern wies im Gegenteil starke Kontinuität und – was vor allem verwundert – zunächst verschwindend wenige Eingriffe von Seiten des Staates, auf. Versuche bewusster Lenkung finden sich jedoch in Maßnahmen wie dem Übergang zur völligen staatlichen Kontrolle der Finanztransaktionen mit dem Ausland aufgrund des herrschenden Devisenmangels und einer starken Verlagerung auf bilateralen Handel.²³ Die Richtlinien für die Wirtschaft im Inneren des Deutschen Reiches wurden jedoch sehr dehnbar gehalten und boten viel Interpretations- und Handlungsspielraum für die nationalen Unternehmer.²⁴ Die diktatorischen Absichten Hitlers waren bei großen Teilen der Unternehmerschaft Deutschlands auf fruchtbaren Boden gefallen, da seine Ambitionen mit der Hierarchie und dem Leistungsprinzip kapitalistischer Betriebe korrelierten.²⁵ In diesem Zusammenhang wurden monopolistische Positionen bewusst gestärkt sowie die Industrie zum Ziel der Gewinnsteigerung mit teils offenen, teils versteckten Zuwendungen versehen.²⁶ Gleichzeitig bestand die Möglichkeit, durch neue Investitionen von Steuerschulden befreit zu werden beziehungsweise beinhaltete die Anschaffung neuer Maschinen und Anlagen Steuerbegünstigungen, so fern sie einer Weiterentwicklung der Produktionsmethoden dienlich waren.²⁷

Das Überwinden der Arbeitslosigkeit war direkt an den effektiven Nachfragezuwachs seitens des öffentlichen Wirtschaftssektors gekoppelt, die sogenannte Staatskonjunktur. Dies war selbstverständlich nur durch hohe Ausgaben im öffentlichen Sektor möglich, welche sich in den ersten vier Jahren auf die stattliche Summe von 27 Millionen RM beliefen. Allein 11 Millionen wurden durch die Reichsbank finanziert, der Rest durch Steuereinnahmen, Spenden und öffentliche Anleihen beim Publikum und anderen Banken aufgebracht. Allein im Zeitraum von drei Jahren (1933–1936) wurden ca. 80 Prozent dieser Mittel für die Wiederaufrüstung ausgegeben.²⁸ Auf diese Weise war es dem Deutschen Reich möglich, Arbeitslosigkeit zu beseitigen und gleichzeitig die Kriegswirtschaft ins Rollen zu

²² Ebd., S. 174.

²³ Wilfried Feldenkirchen: Die Deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1998 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; 47), S. 75.

²⁴ Ebd.

²⁵ Reinhard Kühnl: Faschismus – Liberalismus. Reinbek bei Hamburg 1971 (Formen bürgerlicher Herrschaft; 1), S. 88.

²⁶ Neumann: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, S. 174.

²⁷ Ebd.

²⁸ Feldenkirchen: Die Deutsche Wirtschaft, S. 75.

bringen. In Zahlen bedeutet das bereits 1934 eine Verringerung der Arbeitslosigkeit um 2,9 Millionen im Vergleich zum Jahr 1932. Ausgaben für zivile Zwecke wurden im Vergleich dazu zwar kurzzeitig etwas favorisiert, da technische Schwierigkeiten der Aufrüstung mehr Zeit abverlangten, als ursprünglich angenommen, doch spätestens ab 1934 hatte die militärische Entwicklung absoluten Vorrang.²⁹ In diese Zeit fällt die von Hjalmar Schacht, der ab 1934 das Amt des Wirtschaftsministers bekleidete, durch Planung kontrollierte Einfuhrpolitik und die Schaffung einer ersten, kurzlebigen staatlichen Institution für Preisüberwachung.³⁰

Als auf Initiative Hitlers 1936 der zweite Vierjahresplan aus der Taufe gehoben wurde, begann schließlich die gezielte Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf Aufrüstung, wobei jedoch die Grundelemente der freien Marktwirtschaft beibehalten wurden, lediglich das Gesamtziel, die deutsche Wehrmacht kriegsfähig zu machen, war nun deutlicher vorgegeben. Der Staat griff nun bei Investitionen gezielt ein, erließ diesbezügliche Gebote und Verbote, regelte die Rohstoffzufuhr und sorgte schließlich auch für die notwendigen Arbeitskräfte, an denen es in gewissen Wirtschaftssektoren mangelte – besonders der Facharbeiterbereich in der Bau-branchen hatte damit zu kämpfen. Zum „Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan“ wurde Hermann Göring ernannt, dessen Stellung innerhalb des NS-Machtgefüges dadurch einen enormen Aufwind erhielt. Konkret sollte die Lenkung der Wirtschaft in Richtung Kriegswirtschaft mit der Schaffung einer neuen Behörde erreicht werden, die jedoch ohne klare Abgrenzungsbereiche den schon bestehenden hinzugefügt wurde.³¹ Um die einheitlich von der Staatsführung gewünschten Ziele ohne Verzögerungen zu erreichen, musste vor allem die Kompetenz der einzelnen Minister beschnitten werden. Göring erhielt im Gegenzug dazu im Zuge seines neuen Auftrags die Vollmacht, sämtlichen Reichsbehörden und Parteidienststellen Weisungen zu erteilen³² und ernannte in weiterer Folge mehrere untergeordnete Generalbevollmächtigte für einzelne von der NS-Führung als kriegswirtschaftlich wichtig angesehene Wirtschaftssektoren wie Stahl, Eisen oder Bauwirtschaft. Darüber hinaus wurde ein Generalrat gebildet, dem Göring persönlich vorstand und die Staatssekretären der einzelnen Reichsministerien etwa für Arbeit, Verkehr und Wirtschaft, angehörten.³³

²⁹ Avraham Barkai: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945. Frankfurt am Main 1977, S. 150.

³⁰ Neumann: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, S. 148.

³¹ Barkai: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 150.

³² Neumann: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, S. 148.

³³ Barkai: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 213.

Zusammenfassend schien die NS-Wirtschaft, keinen über allem thronenden Gesamtplan aufzuweisen. Dennoch existierte einerseits ein durchstrukturierter Plan für die Landwirtschaft, welcher die Kontrolle des Staates über die Vermarktung und Produktion dieser Güter ermöglichte, und andererseits – für das vorliegende Thema viel entscheidender – ein allgemeines Programm für die industrielle Produktion mit erkennbarer Zielsetzung, die sich mit den Gesamtzielen der NS-Wirtschaft deckte: Vollbeschäftigung, Exportunabhängigkeit und Produktion eines Maximums an Produktionsgütern, insbesondere Rüstungsgütern.³⁴

Die Entwicklung der Konzentrationslager unter der Leitung der SS – der wirtschaftliche Aspekt der Zwangsarbeit

Bereits im ersten Jahr nach der Machtübernahme der NSDAP wurden im gesamten Reichsgebiet ca. 70 Lager, 30 Schutzhaftabteilungen, welche in Justiz- und Haftanstalten untergebracht waren, sowie 60 unter der Kontrolle von SA, SS und Gestapo stehende Inhaftierungseinrichtungen installiert.³⁵ Diese wiesen noch keine einheitliche Struktur hinsichtlich Beschaffenheit, Organisation und Leitung auf.

Daraus ergaben sich verschiedene Modelle der Festsetzung von, zu dieser Zeit noch vor allem politischen, Gegnern, die miteinander in Konkurrenz standen.³⁶ Gemeinsam war allen die Schikanierung, Folterung und teilweise Ermordung der Inhaftierten, wobei die Zahl der Todesopfer im Vergleich mit den folgenden Jahren sehr gering war. Diese Gemeinsamkeit rechtfertigt jedoch noch nicht die allgemeine Verwendung des Terminus „Konzentrationslager“ für die Zeitperiode 1933/34, da im Vergleich mit den späteren Entwicklungen deutliche Unterschiede bezüglich Inhaftiertenzahl und -gruppen, Todesopfern, Haftbedingungen sowie Organisationsstruktur festzustellen sind. Für diese Zeit der NS-Herrschaft wird daher der Begriff der „frühen Lager“ verwendet.³⁷

Neben der spezifischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik hatte das nationalsozialistische Regime bereits 1934 begonnen, die Lager aus der Herrschaft der SA herauszulösen und sie unter die zentrale Leitung der SS zu stellen. Parallel setzte

³⁴ Friedrich Pollock: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer, A. R. L. Gurland, Herbert Marcuse: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942, hrsg. von Helmut Dubiel u. Alfons Söllner. Frankfurt am Main 1981, S. 116.

³⁵ Karin Orth: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburg 1999, S. 26.

³⁶ Ebd., S. 25.

³⁷ Ebd., S. 26.

eine Zentralisierung und Professionalisierung des KZ-Wesens an sich ein. 1933/34 wurde die Gestapo (Geheime Staatspolizei) schrittweise der Kontrolle des Reichsführer-SS Heinrich Himmler unterstellt. Parallel gingen die Kompetenzen bei der Verfolgung von politischen Gegner und deren Einweisung in Konzentrationslager von der Justiz auf die SS und die Gestapo über.³⁸ Diese neue Machtposition nützte Himmler zur Reorganisation der Konzentrationslager – eine Aufgabe, die Theodor Eicke, der Kommandant des Konzentrationslagers Dachau, durchführen sollte.

Eicke hatte bereits in der Frühzeit der NSDAP aktiv beim Aufbau der SS-Strukturen mitgewirkt und konnte als loyal und fanatisch in seiner politischen Überzeugung angesehen werden. Im Rahmen einer innerparteilichen Auseinandersetzung war er im Frühjahr 1933 verhaftet und in weiterer Folge aufgrund seines aufständischen Verhaltens in eine Nervenklinik verbracht, jedoch auf Himmlers persönliches Engagement hin schließlich entlassen worden. Der Reichsführer-SS nützte im Juni 1933 die Gelegenheit, den ersten Lagerkommandanten des KZ Dachau, Hilmar Wäckerle, der für ihn nicht mehr tragbar schien, zu ersetzen, und ernannte Eicke zu dessen Nachfolger. Theodor Eicke war schon früh für seine organisationsinterne Ergebenheit und seinen Führergehorsam bekannt gewesen. Weitere Merkmale, die ihn in Himmlers Augen für die neue Aufgabe auszeichneten, waren sein organisatorisches Talent, aber auch seine Kaltblütigkeit und die sadistische Behandlung der Häftlinge. Theodor Eicke hatte in seiner Eigenschaft als Kommandant des Lagers Dachau bereits im Sommer nach seinem Amtsantritt ein Manifest für die systematische und zentralisierte Organisation der Konzentrationslager – die sogenannte „Dachauer Ordnung“ entwickelt, die die Zwangsarbeit der Häftlinge bereits in ihrem Strafkatalog vorsahen³⁹ – besonders Arbeiten in Steinbrüchen und Kiesgruben sowie der weitere Aus- und Aufbau der Lagerstrukturen. Die Reorganisation beinhaltete weiters die Neuorganisation der SS-Wachmannschaften und der KZ-Kommandantur, darunter die Ersetzung der meisten altgedienten Kommandanten durch teilweise gänzlich aus dem SS-Untergeführerpersonal rekrutierte neue Kräfte, sowie Vorschriften für die Wachdienste und die Anwendung von Strafen.⁴⁰

³⁸ Johannes Tuchel: Organisationsgeschichte der „frühen“ Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 53f.

³⁹ Klaus Drobisch: Hinter der Torinschrift „Arbeit macht frei“. Häftlingsarbeit, wirtschaftliche Nutzung und Finanzierung der Konzentrationslager 1933 bis 1939, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945. Opladen 1996 (Sozialwissenschaftliche Studien; 34), S. 22.

⁴⁰ Karin Orth: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburg 1999, S. 28–35.

Das reorganisierte Modelllager Dachau sollte nun als Vorbild für die weiteren Konzentrationslager dienen und Eicke war ab seiner Ernennung zum Chef der „Inspektion der Konzentrationslager“ (IKL) am 4. Juli 1934, welche Himmler in die Geheime Staatspolizei Preußens integrierte, für die Umsetzung zuständig. Die Rahmenbedingungen für die Reorganisation der Konzentrationslager und damit für Eickes neue Aufgaben schuf Himmler selbst. Im Zuge der Zentralisierung, die bis 1935 weitgehend abgeschlossen war, wurden die bestehenden Lager aufgelassen oder und der Organisationsstruktur der IKL untergeordnet sowie dementsprechend die Wachtruppen entlassen beziehungsweise in die SS eingegliedert, die ab 1936 unter der Bezeichnung „SS-Totenkopfverbände“ in den Konzentrationslagern operierte. So entstand vorrangig aus finanziellen Gründen der organisatorische Spagat, der einerseits den Statuts des KZ-Systems als staatliche Einrichtung, vor allem hinsichtlich der Finanzierung, deren Bewachung und Aufsicht jedoch unter SS-Verantwortung, vorsah. Versuche von Seiten des Reichinnenministeriums, Einfluss auf die inneren Vorgänge der Konzentrationslager zu nehmen, wurden von höchster Stelle abgewiesen.⁴¹

Der Ausbau des Konzentrationslagerwesens und die damit verbundene Erweiterung der Kapazität bot der SS nun auch die Möglichkeit beziehungsweise ergab zu dessen Rechtfertigung sogar die Notwendigkeit, die Zielgruppen, mit denen man die Lager zu füllen gedachte, stark zu erweitern. Der Fokus auf der Bekämpfung und Unterdrückung des politischen Feindes, vor allem der KommunistInnen, verlagerte sich allmählich auf die nach und nach intensiviertere Verhaftung aller nicht in das Menschenbild des Nationalsozialismus passenden Personen. Nachdem also zunächst alle kommunistischen AktivistInnen und andere politische GegnerInnen – eingeschlossen jene, die bereits eine Strafe verbüßt hatten – in Lager verbracht worden waren, trafen die Verfolgungen und Einweisungen der Staatspolizei ab 1937 verstärkt solche Personengruppen, die als soziale oder „rassische“ Fremdkörper im deutschen Volk betrachtet wurden. Von den Verhaftungswellen waren besonders sogenannte „Asoziale“ betroffen – ein Begriff, unter dem die NS-Ideologie verschiedenste Gruppen wie Roma und Sinti, BettlerInnen, „Arbeitsscheue“, AlkoholikerInnen, Prostituierte, aber auch Frauen, die sich einer Abtreibung unterzogen hatten, subsumierte –, sowie sogenannte „Berufsverbrecher“. Nach Erlass der Nürnberger Rassegesetze 1935 und der damit intensivierten Verfolgung jüdischer

⁴¹ Ebd., S. 31f. ; Johannes Tuchel: Planung und Realität des Systems der Konzentrationslager 1934–1938, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Frankfurt am Main 2002, S. 45.

Staatsangehöriger, gab Hitler Himmler die Zustimmung für ein völlig von der Justiz unbehelligtes Vorgehen bezüglich der Inhaftierung der sozial oder „rassisch“ unerwünschten Personen.⁴²

Als der Reichsführer-SS Hitler schließlich das Konzept vorlegte, wonach die SS als Wachorgan in den Konzentrationslagern, aber gleichzeitig auch als bewaffnete Einheit in militärischen Belangen agieren sollte, sicherte dieser die Finanzierung der KZ-Wachmannschaften durch den Staat zu und festigte somit den weiteren Ausbau der Konzentrationslager sowie die Handlungsautonomie der aufstrebenden SS.⁴³ Ab 1936 zeichnete sich zudem die Notwendigkeit des Einsatzes aller deutschen Bevölkerungsgruppen für die Kriegsvorbereitung ab, was die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge mehr und mehr in den Fokus des Interesses rückte. Aufgrund des Umfangs der Produktion und Planung und der unterschiedlichen Zuständigkeiten bei der konkreten Durchführung befürchteten die SS-Funktionäre potentielle Kompetenzverluste durch Ausgliederung. Um dies zu verhindern, plante Heinrich Himmler Maßnahmen zu setzen, die eine Verminderung des Einflusses seitens der SS schon im Keim ersticken sollten, und ging nach seiner 1936 durch Adolf Hitler erfolgten Ernennung zum reichsweiten Polizeichef und „Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren“ an deren praktische Umsetzung. Himmler verfügte nun frei über alle Polizeikräfte im Land, obwohl ihm formell noch der Reichsinnenminister vorstand, was sich real jedoch nie auswirkte.

Auch das Reichsfinanzministerium versuchte dem Projekt des reichsweiten Konzentrationslagersystems anfangs noch Steine in den Weg zu legen und finanzierte nur zögerlich die Ausbauprojekte, aber bis Ende des Jahres 1937 wurden schließlich doch noch drei Konzentrationslager fertiggestellt und personell bestückt. In diese Zeitperiode fällt auch die Endphase der Professionalisierung der Konzentrationslager: Eine neue Lagergeneration sollte folgen, die mit zusätzlichen Erweiterungsmöglichkeiten für die zu erwartenden Häftlingsmassen – darunter auch eigene neue Frauenlager – ausgestattet waren, an wirtschaftlich günstigen Orten lagen sowie Landhäuser für die Lagerkommandanten und andere hohe SS-Offiziere boten⁴⁴ Anstelle der „alten“ Lager entstanden also 1936/37 im Deutschen Reich eine Reihe neuer, nach der „Dachauer Ordnung“ strukturierter Konzentrationslager. Als erstes Lager dieses neuen Typs wurde Sachsenhausen in der Nähe Berlins 1936 mit einem großen, dem Lagerkomplex angeschlossenen Gelände für die SS eröffnet. Dieses diente nun als neues Vorzeige- und Musterlager, weshalb auch die

⁴² Orth: System, S. 32–47. ; Tuchel: Planung und Realität, S. 48–49.

⁴³ Tuchel: Planung und Realität, S. 46–47.

⁴⁴ Drobisch: Hinter der Torinschrift, S. 2.

„Inspektion der Konzentrationslager“ nach Sachsenhausen 1938 verlegt wurde. Im Sommer 1937 wurde das KZ Buchenwald errichtet und jenes in Dachau vergrößert. Die Erweiterung des KZ-Systems wurde 1938/39 mit der Eröffnung der Konzentrationslager in Flossenbürg, Mauthausen und des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück fortgeführt.⁴⁵

Als sich im Winter 1936/37 kritische Stimmen in Partei und Staat bezüglich der Konzentrationslager mehrten und vor allem argumentierten, dass die allgemeine Beschäftigungslage keine „untätigen“ Personen brauchen konnte, begann die SS mit dem Beginn des zweiten Vierjahresplanes großflächiger, Häftlinge in Engpassbereichen der Wirtschaft einzusetzen.⁴⁶

Der Baustoffsektor wies zu dieser Zeit besondere Knappheit an Arbeitskräften auf. Nachdem die Weichen der deutschen Wirtschaft in Richtung der Aufrüstung gestellt worden waren, konnten die Bauprojekte der NS-Führung in den Hauptstädten nicht im vorgesehenen Ausmaß vorangetrieben werden. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken suchte die SS ab Sommer 1937 gezielt nach Abbaumöglichkeiten von Natursteinvorkommen.⁴⁷

Das erste diesbezügliche Großprojekt war das KZ Buchenwald, in dessen Rahmen erstmals ein nahegelegener Steinbruch für Bauten im Reich genutzt werden sollte. Durch eine Kooperation der SS mit Albert Speer, dem „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“, und dessen Schirmherrschaft über die Ausbauarbeiten der Konzentrationslager, die wiederum das Wohlwollen Adolf Hitlers sicherten, konnte die Kritik an Umfang und Kosten des Konzentrationslagersystems zum Schweigen gebracht werden und die Granit- und Ziegelgewinnung mit Hilfe von Zwangsarbeit lief an. Damit waren die Voraussetzungen für die Gründung der SS-eigenen „Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH“ gegeben, deren Hauptaufgabe der Betrieb von Steinbrüchen und Ziegelwerken, die das Baumaterial für die Verwirklichung der Neugestaltung der „Führerstädte“ an Speer liefern sollten. Die obig erwähnte Argumentation, dass Arbeitskräfte in den Konzentrationslagern für das Gelingen des Vierjahresplans notwendig wären, trieb die finanzielle Unterstützung des Staates weiter voran. Bei der Kooperationsvereinbarung behielt Heinrich Himmler zwei Interessenschwerpunkte im Blick, erstens die Machterhaltung und zweitens die Möglichkeit des weiteren Ausbaus der Machtkompetenzen der SS und Polizeikräfte unter seiner Führung.

⁴⁵ Orth: System, S. 35–38. ; Tuchel: Planung und Realität, S. 50f.

⁴⁶ Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945. Paderborn, Wien u. a. 2001, S. 70–86.

⁴⁷ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 606.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung ist die gezielte Standortwahl für neue Konzentrationslager – Mauthausen und Flossenbürg wegen der Nähe zu Steinbrüchen sowie die Neuengamme auf Grund des angeschlossenen Ziegelwerkes – zu sehen. Darüber hinaus gingen damit 1938 Verhaftungsaktionen von „Arbeitscheuen“ und „Asozialen“ zur Arbeitskräftebeschaffung einher, welche Himmler schon vor den endgültigen Abmachungen mit Speer durch personelles Verstärken der SS-Mannschaften vorbereitet hatte.⁴⁸

Die ersten Schritte zur systematischen Inhaftierung der sogenannten „Asozialen“ und „Kriminellen“ in Konzentrationslager waren bereits direkt nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung („Gewohnheitsverbrechergesetz“) vom 24. November 1933 gesetzt worden. Getarnt als Präventivmaßnahme gegen Wiederholungstäter konnte die Polizei im Rahmen der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ Vorbestrafte – sogenannte „gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ – überwachen beziehungsweise ohne gerichtliche Verurteilung verhaften, Den Festgenommenen mussten keine aktuellen Straftaten nachgewiesen werden, sondern lediglich aufgrund der vergangenen Verhaltensweisen Wiederholungen angenommen werden.⁴⁹

Diese Vorgehensweise wurde ideologisch durch „rassenhygienische“ wie kriminalbiologische Theorien gestützt, die Straftaten biologistisch verwurzelt, damit als eine Form der Erbkrankheit sahen und somit keine gesellschaftlichen, sondern „rassische“ Grundlagen für Strafmaßnahmen festlegten. Das Ziel der Strafverfolgung war daher die Separierung der „Kranken“ vom „gesunden“ Volkskörper, die „Reinerhaltung der deutschen Rasse“ durch die Bekämpfung „innerer Feinde“, zu denen die „Asozialen“ und „Kriminellen“ gezählt wurden. In Kooperation mit der Gestapo und der Kriminalpolizei konnte die SS auf Basis dieser Ideologie die Verhaftungen ausdehnen und „Bettler“, „Landstreicher“, „Arbeitscheue“, „Prostituierte“, „Zuhälter“ u. v. m. ebenfalls zum Ziel der Verfolgung und Festsetzung

⁴⁸ Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945. Paderborn, Wien u. a. 2001, S. 140. ; Bertrand Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter der Reichswerke „Hermann Göring“ in Linz, in: Oliver Rathkolb (Hrsg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938–1945, Band 1: Zwangsarbeit – Sklavenarbeit. Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Wien, Köln, Graz 2001, S. 458–460. ; Jan Erik Schulte: Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die Expansion des KZ-Systems, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 143f.

⁴⁹ Vgl. Klaus Drobisch: Die Verhaftung „Asozialer“ und Krimineller und ihre Einweisung in Konzentrationslager 1933/34 und 1937/38, in: Werner Röhr: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer. Berlin 1992, S. 192–196, in: Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 42.

machen.⁵⁰Nach Verhaftungen sogenannter „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“ sollten 1937 zunächst alle Männer im arbeitsfähigen Alter, die als „arbeitscheu“ klassifiziert wurden, dem KZ Buchenwald zugeführt werden, die nächste Welle betraf die sogenannten „Asozialen“. Die „Aktionen“ wurden infolge des „Erlasses über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ vom 14. Dezember 1937 weiter forciert, welcher die polizeiliche Handhabung der schon seit 1933 angewandten „Vorbeugehaft“ für das Reich einheitlich regelte.

Während die Einschätzung Anfang 1938 noch in der Hand der einzelnen Polizeibeamten lag, erließ Sicherheitspolizei und SD- Chef Reinhard Heydrich im April 1938 Richtlinien für die Definition der zu verhaftenden Personengruppen und für die Durchführung der Razzien. Im Juli 1938 fand eine umfassende Verhaftungswelle statt, im Zuge derer arbeitsfähige männliche „Asoziale“ und vorbestrafte Juden in Konzentrationslager deportiert wurden, wobei die Zahl der Verhafteten in die 10.000 ging. Die „Asozialen“ bildeten nun eine große Häftlingsgruppe in den Konzentrationslagern, die aber wegen ihrer Heterogenität wenig organisiert war. Spätestens ab 1938 zeigten die Verhaftungswellen sich, dass der bestrafende Charakter der „Vorbeugungshaft“ zumindest zum Teil lediglich ein Vorwand war und auch als wirksames Mittel zur Beschaffung von Zwangsarbeitern in den entsprechenden SS-Werken diente. Hierfür muss nochmals daraufhin gewiesen werden, dass vor allem das Alter und die Arbeitsfähigkeit als entscheidendes Kriterium für die Inhaftierung im KZ angewendet wurde.⁵¹

Reinhard Heydrich brachte die gemeinsamen Anliegen der deutschen Wirtschaft und der SS im Juni 1938 in einem Brief zum Ausdruck:

„Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.“⁵²

⁵⁰ Patrick Wagner: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hamburg 1996 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 34), S. 262–279. ; Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“. Hamburg 1996, S. 112–117, in: Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 113.

⁵¹ Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995; 138–165; Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner. München 2001 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 28), S. 738.; Stefanie Schüler-Springorum: Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion „Arbeitsscheu Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 157–159.

⁵² Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, S. 81: Schnellbrief von Reinhard Heydrich, 1. Juni 1938, zit. nach: Ayaß, „Asoziale“, S. 149.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse vor allem der Ziegeleien blieben jedoch insgesamt weit hinter den Erwartungen zurück. Lediglich in den Steinbrüchen, wo unter Einsatz primitivster Mittel abgebaut wurde, war der Ertrag zufriedenstellend, wobei die Belastung für die Häftlinge hier ein lebensgefährdendes Ausmaß hatte – einerseits durch die körperlich schwere Arbeit verbunden mit dem schlechten Gesundheitszustand der meist mangelernährten Häftlinge, andererseits durch Fehlplanungen beim Bau der Werke. Für Himmler blieb jedoch der Fokus auf der reinen Ökonomisierung der Konzentrationslager und nicht auf deren tatsächlicher Rentabilität.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Grundlagen, die das NS-Wirtschaftsmodell lieferte – zunächst privatwirtschaftliche Unternehmungen nicht zu gefährden, aber spätestens ab der Periode des zweiten Vierjahresplans als Staat gewissermaßen die Kommandohöhen zu behalten und die Aufrüstung somit nicht zu gefährden, weiters die ideologischen Ansätze beim Erlass von Gesetzen, die die Verhaftung einer großen Anzahl an Menschen ermöglichte, und schließlich der Aufstieg der SS als Organisation und wirtschaftlicher Akteur –, allesamt sich wechselnd beeinflussende, beziehungsweise aufeinander aufbauende Faktoren darstellen, die die Gründung der DEST erst ermöglichten. Der staatliche Charakter der wirtschaftlichen Häftlingsausbeutung durch das KZ-System und den damit verbundenen Sicherheitsapparat, sowie die Finanzierung des Lagerbetriebs und seiner Bewacher durch Reich und Länder ist offensichtlich und nicht vom Aufstieg der Kriegswirtschaft in NS-Deutschland wegzudenken.⁵³ Die privatwirtschaftlichen Elemente der Häftlingsausbeutung kamen mit der Gründung der SS-Betriebe, unter anderen der DEST, zum Vorschein, wären jedoch ohne die genannten Rahmenbedingungen nicht möglich gewesen.

Speziell die SS wurde in diesen Belangen, als Machtsicherungsinstrument für den NS-Staat unverzichtbar und konnte so nicht nur durch große Investitionen eigene Unternehmen gründen, sondern auch nach einer gewissen Zeitperiode, trotz Gebundenheit an den Reichsetat, theoretisch einständig privatwirtschaftlich vorgehen. Für die SS-Führung war jedoch die ökonomische Betätigung zunächst lediglich ein Mittel zum Zweck das Konzentrationslagersystem langfristig zu stabilisieren, auszuweiten und vollständige Kontrolle darüber zu behalten. Die Häftlingsarbeit diente aber bis in die erste Kriegshälfte weiterhin vorwiegend der „Erziehung“ und der „Strafe“, sowie der Vernichtung der Häftlinge. Erst in der zweiten Kriegshälfte wurde die Zwangsarbeit zu einem bestimmenden Faktor in der Ent-

⁵³ Drobisch: Hinter der Torinschrift, S. 27.

wicklung der Konzentrationslager. Die DEST-Gründung im April 1938 legte jedoch bereits den den Grundstein für eine Entwicklung der ökonomischen Legitimationversuche von Zwangsarbeit und Terrormaschinerie.⁵⁴

In weiterer Folge sollen die Biografien zweier wichtiger Akteure der SS Wirtschaft einerseits und der DEST konkret andererseits dargestellt werden. Die erste behandelt Oswald Pohl, den Mann der zum obersten Verwalter der SS- Wirtschaft aufsteigen sollte.

Oswald Pohl, der oberste SS-Wirtschaftsverwalter⁵⁵

Oswald Ludwig Pohl wurde am 30. Juni 1892 in Duisburg als Sohn eines Fabriksmeisters geboren. Nach der Matura begann seine militärische Laufbahn, zunächst in der Marine, wobei es sich hier nach eigenen Aussagen um eine monetär bewegte Entscheidung gehandelt habe. Das Ende des Ersten Weltkrieges erlebte er als Marinezahlmeister, wobei er wenig später bereits zum Marineoberzahlmeister befördert wurde und weiterhin im Dienste verblieb. Wie viele Militärangehörige stand er nach dem Krieg den politischen Änderungen in der Heimat skeptisch bis offen feindlich gegenüber und trat in ein Freikorps, ein Sammelpunkt für nationalistisch-rechtsextreme Kräfte, die Förderer aus hohen Kreisen hatten und bewaffnet waren, ein. Die in derartigen Verbänden organisierten Männer entsprachen mit ihrer militaristischen Geisteshaltung der ersten sozialen Kernschicht der faschistischen Bewegung. Das Militär und der Soldat mit den dazugehörigen Charakteristiken wie „*Härte, Todesbereitschaft, Männlichkeit, Zucht und Gehorsam*“ galten ihnen als Idealbild und Ideallebensweise des Menschen.⁵⁶

Die Dauer seiner Aktivitäten in diesen Organisationen ist nicht mehr eindeutig rekonstruierbar.⁵⁷ Eindeutig dokumentiert ist jedoch seine nationalistische Gesinnung, die ihn wohl dazu bewog, bereits um die Zeit des Hitlerputsches 1923 Fühlung mit der politisch organisierten Rechten aufzunehmen. Um die Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts trat er in die SA und damit in die NSDAP ein, womit seine politische Karriere in der Partei rasch in Schwung kam. Er baute die SA an seinem neuen Einsatzort Kiel weiter aus und erlangte bis 1933 den Rang des SA Sturmbannführers sowie den Einzug in das Kieler Stadtparlament. Mit dem

⁵⁴ Orth: System, 108f.; Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 141–142.

⁵⁵ Biografie nach Michael Allen: Oswald Pohl. Chef der SS- Wirtschaftsunternehmen, in: Ronald Smelser, Enrico Syring (Hrsg.): Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe. Paderborn 2000, S. 394–407.

⁵⁶ Kühnl: Faschismus – Liberalismus, S. 94.

⁵⁷ Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 33–36.

Bedeutungsgewinn der SS als Folge der Ausschaltung der SA und der Ermordung des damaligen SA-Führers Ernst Röhm 1934, verließ Pohl die alte zugunsten der neuen Parteiarmee.

Die Voraussetzungen für den Aufstieg Pohls zum obersten SS-Wirtschaftsverwalter waren einerseits finanzielle Legitimierungen der SS gegenüber dem Reich, von dem sie wie die SA ab 1933 Gelder erhielt, und andererseits das Fehlen eines kompetenten, mit leitenden Aufgaben vertrauten Verwaltungsführer in den Reihen der SS. Die rasch wachsende Anzahl an SS-Mitgliedern machte die Neuordnung der SS-Financen erforderlich. Der Vorgänger Pohls, Schneider, scheiterte an dieser Aufgabe und hatte sich folglich mit Himmler überworfen.⁵⁸ Pohl sollte die entstandene Lücke füllen. Hierfür führte er persönliche Gespräche mit der NS-Führung und bewarb sich auch formal bei Himmler.

Nach der Abwicklung einiger Formalitäten und seiner rückwirkenden Ernennung zum SS-Standartenführer folgte sein Einsatz im Stab des Reichsführers-SS, wo er zum Chef der Abteilung IV (Verwaltung) des SS-Hauptamtes aufstieg. Bereits 1935 wurde er zum SS-Brigadeführer befördert, übernahm zudem die Position des Verwaltungschefs-SS und weitere Ämter wie unter anderem jene des Generalhauptführers des Deutschen Roten Kreuzes oder des Reichskassenverwalters des NSKK.

Bis zum Jahr 1939 war Pohl fast ausschließlich mit der Organisation und Verwaltung der SS-Gelder beschäftigt.⁵⁹ In dieser Zeit führte er mehrere Neuerungen in der Allgemeinen SS durch, welche der wachsenden Bedeutung der aufsteigenden Organisation gerecht werden sollten. Darunter fielen die Einführung von strukturierten Buchführungen sowie die Errichtung einer Kerngruppe an Beamten aus der Allgemeinen SS, die als Rechnungsprüfer eingesetzt wurden. Darüber hinaus legte er den staatlichen Institutionen Haushaltsvorschläge vor.⁶⁰

Die wirtschaftlichen Aktivitäten der SS hatten in dieser Zeitperiode noch vergleichsweise kleine Ausmaße. Durch die in der Zeit von 1938 bis 1939 gegründeten Betriebe wie die „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ und die „Deutsche Ausrüstungswerke GmbH“ änderte sich die Größenordnung. Zunächst gründete Pohl drei neue Hauptabteilungen, auf welche die Unternehmen aufgeteilt wurden und an deren Spitze der Verwaltungschef-SS stand. Diese Organisationsform blieb jedoch nur kurz bestehen.⁶¹

⁵⁸ Michael Allen: Oswald Pohl. Chef der SS- Wirtschaftsunternehmen, in: Ronald Smelser, Enrico Syring (Hrsg.): Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe. Paderborn 2000, S. 396.

⁵⁹ Ebd., S. 397.

⁶⁰ Ebd., S. 398.

⁶¹ Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 147.

Pohl sollte die marode wirtschaftliche Situation der DEST beheben und die Finanzen der SS-Betriebe regeln. Zu diesem Zweck fasste er die vielen, teilweise in dubiosen Gesellschaftsformen agierenden, Unternehmen in einer zentralen Dachgesellschaft zusammen. Diese wurde Mitte 1940 als „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH“ eingetragen.⁶²

Seine persönliche Beziehung zu Himmler war überaus gut und er erfüllte seine Aufgabe als Leiter des in der Zeit von 1939 bis 1941 stetig wachsenden SS-Wirtschaftsimperiums zur vollen Zufriedenheit seines Vorgesetzten. Die Strategie, durch wirtschaftliche Macht die politischen Ziele der NS-Führung durchzusetzen, teilte Pohl offenbar mit Himmler beziehungsweise war er der geeignete Mann, die dementsprechenden Aufgaben rücksichtslos, aber sorgfältig zu erledigen.⁶³

Pohl konzentrierte sich in dieser Zeit vor allem auf den Siedlungsbau und unternahm die erforderlichen Umstrukturierungen in den Wirtschaftsbetrieben. 1939 wurde Pohl mit der Schaffung einer Ministerialinstanz für den bewaffneten Teil der SS zum Ministerialdirektor. Diese Entwicklung zog eine weitere Umstrukturierung der SS- Verwaltung nach sich. Ihr Ergebnis war die Gründung von zwei neuen Hauptämtern, „Verwaltung und Wirtschaft“ sowie „Haushalt und Bauten“, denen jeweils Pohl vorstand.⁶⁴ Ein entscheidender Reorganisierungsschritt wurde schließlich am 1. Februar 1942 durchgeführt: Die Zusammenfassung der beiden Hauptämter sowie des nach wie vor existenten SS-Verwaltungsamtes zum SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt. Dieser Schritt brachte Pohl die Ernennung zum SS-Obergruppenführer sowie zum General der Waffen-SS.⁶⁵

In dieser letzten Phase seiner Karriere trug er mit seiner Verwaltungseinrichtung wesentlich zur Überlassung von KZ-Häftlingen an die Privatwirtschaft bei.⁶⁶

Ein Großteil seiner Arbeit umfasste den Arbeitseinsatz der Häftlinge in den Konzentrationslagern. Er gab dafür eigens Anordnungen aus oder leitete Befehle Himmlers weiter. Mit den Konzentrationslagern an sich beschäftigte er sich nur marginal, wodurch ihm viel vom Alltag in den Lagern unbekannt blieb.⁶⁷

Für seine hohe Stellung spricht die Flut an staatlichen Orden und Auszeichnungen, die sich während der Jahre über ihn ergoss. Sein Amtsstil – so später von einigen Mitarbeitern beschrieben –, war streng und duldet keinerlei Kritik, wobei er sich

⁶² Allen: Oswald Pohl, S. 399.

⁶³ Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 42.

⁶⁴ Ebd., S. 148.

⁶⁵ Walter Naasner: SS- Wirtschaft und Verwaltung. Das SS- Wirtschaftsverwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998, S. 7.

⁶⁶ Allen: Oswald Pohl, S. 402.

⁶⁷ Hermann Kaienburg: KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse, in: ders. (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft. Opladen 1996, S. 53.

von hoher Arbeitsbelastung nicht ausschloss. Er ging jeder Abweichung nach, bis sie aufgeklärt war, und behandelte jeden Wunsch des Reichsführers-SS wie einen Befehl.⁶⁸

Nach Kriegsende wurde zunächst erfolglos nach Pohl gesucht, doch am 27. Mai 1946 gelang es britischen Militärs schließlich, ihn aufzugreifen und im Rahmen der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesse vor Gericht zu stellen. Die Fürsprache einiger Vertreter der neuen gesellschaftlichen Eliten der Bundesrepublik sowie der Kirchen konnte nicht verhindern, dass Oswald Pohl am 3. November 1947 wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde am 7. Juni 1951 in Landsberg am Lech vollstreckt.

Pohl kann trotz einer von ihm nach dem Krieg verfassten Rechtfertigungsschrift „Mein Weg zu Gott“ sowie Fälschungen in seinem Lebenslauf und späterer Aussagen über einen angeblich widerstrebenden Eintritt in die SS als überzeugter Nationalsozialist und Karrierist angesehen werden. Seine in der Marine erworbenen Kenntnisse in Verwaltungsaufgaben hatten ihm an einem historisch günstigen Zeitpunkt eine beeindruckende Karriere ermöglicht, die er ohne humanistische Bedenken mit anezogener soldatischer Ergebenheit verfolgte.⁶⁹

Die nächste Biografie behandelt Walter Salpeter, welcher neben Arthur Ahrens einer der Gründungsgesellschafter der DEST war. Ahrens wird nicht explizit behandelt, da über ihn ungleich weniger Information vorliegt.⁷⁰ Er wird jedoch in späteren Kapiteln noch, insbesondere bezüglich der DEST- Firmenleitung, erwähnt.

Dr. Walter Salpeter, der SS-Manager und Geschäftsführer der DEST⁷¹

Walter Salpeter wurde am 31. Juni 1902 als Sohn eines Kaufmanns in Berlin geboren. Bereits ein Jahr nach Beendigung seines Jura-Studiums trat er mit 32 Jahren in das Verwaltungsamt der SS ein und sollte bereits nach kurzer Zeit zu einem der Hauptakteure beim Aufbau der SS-Wirtschaft aufsteigen. Aufgrund eines Aufnahmestopps der NSDAP für Parteianwärter unmittelbar nach der Machtergreifung blieb ihm der Eintritt in die Partei zunächst verwehrt, doch die SS als die aufstrebende paramilitärische Organisation des Regimes bot gute Karrierechancen.

Die Annahme, Salpeter habe sich 1933 in erster Linie aus professionellen Gründen,

⁶⁸ Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 41.

⁶⁹ Ebd., S. 45.

⁷⁰ Michael Thad Allen: the business of genocide, S. 60.

⁷¹ Biografie dargestellt nach Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 164–165.

nicht aus nationalsozialistischer Überzeugung der SS angeschlossen, wird laut Schulte dadurch erhärtet, dass seine Dissertation – obwohl bereits unter nationalsozialistischer Herrschaft geschrieben – keinerlei politische Stellung bezieht und auch dokumentierte Aussagen und Lebenslauf keine derartige Gesinnung aufweisen.

Anfänglich noch mit Fürsorgeangelegenheiten betraut und durch eine aufgelöste Verlobung, die Himmler missbilligte, in Ungnade gefallen, konnte er nach Intervention Walter Pohls 1939 zum SS-Standartenführer aufsteigen und eine höhere Position im Verwaltungsdienst bekleiden. Seine Fachkompetenz wurde von der Führungsseite sehr geschätzt und seine Vorgesetzten lobten seine Tätigkeit als „*mustergültig*“, was ihn schließlich für die SS dermaßen bedeutsam machte, dass alle Rechtsgeschäfte des „schwarzen Ordens“ mit der Zeit über ihn abgewickelt wurden und er zur rechten Hand Pohls aufstieg. In den Rahmen seiner juristischen Tätigkeit für die SS fielen auch immer mehr Sonderaufgaben in seinen Zuständigkeitsbereich, so war er auch einer der Gründer der „Gesellschaft zur Pflege Deutscher Kulturdenkmäler e. V.“, die im Zusammenhang mit der Aufbaufinanzierung der DEST noch Erwähnung finden wird. Für die vorliegende Arbeit ist jedoch seine Funktion als Gründungsgesellschafter der DEST 1938 von primärem Interesse.

Trotz seiner tragenden Rolle beim Zustandekommen der DEST sollte Walter Salpeter sich zunächst weniger direkt in die ökonomischen Aktivitäten der Firma einbringen, sondern lediglich eine kontrollierende Funktion wahrnehmen. Die Unfähigkeit und Schlampigkeit des zweiten Gründungsgesellschafters Arthur Ahrens veranlasste die SS-Führung jedoch bald, Salpeter an dessen Stelle mit der Führung der DEST zu betrauen. Dies betraf in weiterer Folge auch andere SS-Gesellschaften, wie z.B. die „Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung“, bei der Ahrens jedoch weiterhin als Gründungsgesellschafter fungierte, allerdings nun mit Salpeter in der Position des Vorgesetzten.

Mit der Gründung der Holding-Gesellschaft „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH“ (DWB) im Jahr 1940, welcher die meisten von der SS betriebenen Firmen untergeordnet wurden, nahm Salpeters Karriere eine Wendung. Er verlor zunächst an Einfluss und schließlich den privilegierten Posten als wichtigster juristischer und wirtschaftlicher Mitarbeiter Pohls. 1941 schied er dem Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft aus und wurde im Auftrag der Wehrmacht in die besetzten Gebiete der Sowjetunion versetzt, wo er beim „Wirtschaftsstab Ost“ als Beamter an der systematischen Ausbeutung mitwirkte. Nach den militärischen Misserfolgen des

Deutschen Reiches und dem damit einhergehenden Rückzug der Truppen wurde Walter Salpeter wieder nach Berlin versetzt, wo er bis Kriegsende 1945 wieder die „Gesellschaft zur Förderung und Pflege Deutscher Kulturdenkmäler e.V.“ und zusätzlich das Rechtsamt der Dienststelle bei Pohl leitete.

Seine Rolle als SS-Manager, der beim Aufbau der namhaftesten SS-Betriebe wie der DEST oder den „Deutschen Ausrüstungswerken“ neben Pohl eine entscheidende Funktion einnahm, ist nicht von der Hand zu weisen, jedoch – wie oben erwähnt – finden sich wenig Beweise für eine tatsächliche nationalsozialistische Überzeugung. Die Gründe für Salpeters Aufstieg liegen in der NS-Gesellschaft der frühen 30er Jahre: Er verkörperte den jungen motivierten Akademiker, der in der NS-Wirtschaft, besonders der SS-Wirtschaft, quasi rücksichtslos als Leiter und Mitverantwortlicher Karriere machte und dabei nicht sonderlich ökonomisch kompetent, jedoch ein verlässlicher Handlanger war, der seine Aufgaben gewissenhaft und ohne Abweichungen ausführte.⁷²

⁷² Ebd.

Die Entwicklung der DEST 1938–1943

Die Firmengründung

Nach der Errichtung des Konzentrationslagers Buchenwald begannen die ersten vagen Absprachen und Vereinbarungen zwischen der SS und Albert Speer – zu diesem Zeitpunkt im Rang des Generalbauinspektors (GBI) für die Neugestaltung der Reichshauptstadt –, aber erst 1938 waren die Unklarheiten soweit beseitigt, dass man sich an die Gründung eines Unternehmens machte. Die Hauptaufgabe wurde zunächst auf die Produktion von Ziegelsteinen sowie Granitquadern für die bereits erwähnten Großprojekte in den Reichshauptstädten, festgelegt.⁷³

Am 29. April 1938 gründeten daher Arthur Ahrens und Dr. Walther Salpeter, beide im Rang eines SS-Sturmbannführers, die „Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH“ mit einem Stammkapital von 20.000 Reichsmark.

Ahrens fungierte als Geschäftsführer, jedoch waren beide Gründer gleichberechtigt, die Firma nach außen zu vertreten und Entscheidungen zu treffen. Ahrens und Salpeter gaben ihre SS-Zugehörigkeit bei der Firmengründung nicht an, was die Prüfung des Unternehmens auf Betreiben des Amtsgerichtes durch die Kammer für Industrie und Handel zur Folge hatte und somit Planungen der Firma bereits in den privatwirtschaftlichen Kreisen bekannt waren, bevor noch irgendein Werk errichtet worden war.⁷⁴

Die Aufgabenbereiche des neugegründeten Unternehmens wurden im offiziellen Gesellschaftsvertrag verlautbart:

1. Das Eröffnen von Steinbrüchen und die Gewinnung von Naturstein
2. Ziegelproduktion
3. Straßenbau
4. Die Übernahme von anderen Natursteingewinnenden Unternehmen

Zu Prokuristen wurden SS-Hauptsturmführer Hans Mummenthey und SS-Untersturmführer Hans Clemens Tietjen bestellt. Mummenthey hatte nach einer Banklehre Jura und Wirtschaftswissenschaften studiert. 1934 trat er in die SS ein und wurde 1943 zum Obersturmführer befördert.⁷⁵

⁷³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 606.

⁷⁴ Ebd., S. 608.

⁷⁵ Georg Enno: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, S.55

Die Firma wurde somit privatwirtschaftlich geführt, die handelnden Personen gehörten jedoch einer staatsnahen politischen Organisation an.⁷⁶ In der Realität übernahm die SS also aufgrund der Struktur der wirtschaftlichen Gesamtorganisation die Führung über die Geschäfte der DEST.⁷⁷ Ahrens war zuvor Geschäftsführer des Nordlandverlages gewesen und hatte damit offenbar genug fachliche Reputation für die neue Aufgabe, die nicht nur den Aufbau der Werke der DEST umfasste, sondern auch die Gründung und Leitung einer SS-Spargemeinschaft.

Die Doppelgleisigkeit einer Firma, die also einerseits völlig privatwirtschaftlich geführt werden sollte, aber durch ihre handelnden Personen andererseits politische Strukturen aufwies und damit politische Einflussnahme nicht verleugnen konnte, führte schon zu Beginn zu Problemen mit den geltenden Handelsrichtlinien. Durch die Erweiterung der Projekte um große staatliche Aufträge für Albert Speer wurde der Wettbewerbsvorteil einer staatlichen Institution auf dem Markt deutlich. Um dies zu umgehen, berief sich die DEST auf die unterschiedlichen Ziele im Vergleich zu Konkurrenten: Erstens seien die Ziele des Betriebes nicht auf Profitmaximierung ausgelegt, sondern dienten primär der Bestrafung und Umerziehung der Häftlinge durch den Arbeitsdienst, zweitens würden die vom „Führer“ zur Neugestaltung des Reiches benötigten Ziegel- und Natursteine von der Privatwirtschaft nur zu 18 Prozent gedeckt werden können. Diese Argumentation war nach der Annexion Österreichs im März 1938 noch leichter vertretbar, da die große Anzahl neuer Häftlinge nur durch Arbeitszwang leichter zu administrieren wären. Noch im gleichen Jahr schickte die SS ein Memorandum an den Schatzmeister der Partei, Franz Xaver Schwarz, das diese beiden Argumentationslinien – die Häftlingsverwaltung und die Bedürfnisse von Speer – nochmals zusammenfasste, danach verstummte die Debatte und der Einstieg in den nationalen Baumarkt wurde stillschweigend akzeptiert.⁷⁸

Aufbaufinanzierung der SS-Unternehmen sowie der DEST im Speziellen

Im Gesamten war die ökonomische Betätigung der SS lediglich von sekundärem Rang, vor allem gegenüber der kriegerischen, exekutiven und sicherheitspolitischen Hauptaufgabe. Die wesentlichen Grundlagen für die potentielle Wertschöpfung

⁷⁶ Jaskot: The Architecture of Oppression, S. 22.

⁷⁷ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 608.

⁷⁸ Jaskot: The Architecture of Oppression, S. 22.

waren die Zwangsarbeit und die Herrschaftsgewalt der SS in den Konzentrationslagern, die jedoch – wie bereits beschrieben – erst allmählich als profitabel erachtet und professionalisiert wurden. Der Einsatz von Wirtschaftsfachleuten, meist aus den eigenen Reihen, änderte zunächst nichts an der Qualität der ökonomischen Entscheidungsfindung, die aufgrund der autoritären Organisationsstruktur in erster Linie von den jeweiligen „Führern“ abhing und somit eine größere wirtschaftliche Gesamtplanung unmöglich machte. Erst nachdem der legitime Hintergrund für die bevorstehende Ökonomisierung der Zwangsarbeit bereitet war, machte man sich daran, den kaufmännischen Teil zu professionalisieren. Für diese Aufgabe zog Himmler seinen Vertrauten, SS-Gruppenführer Oswald Pohl, heran, der bereits innerhalb der SS durch die Erfahrung mit der wirtschaftlichen Leitung von Betrieben in Dachau von sich reden gemacht hatte. Ihm kam in weiterer Folge die Aufgabe zu, das Wirtschaftsimperium der SS zu professionalisieren.

Die SS, als Parteiorganisation, war verständlicherweise nahezu völlig vom Etat der NSDAP sowie vom entsprechenden Anteil des Reichshaushaltes abhängig. Die Kosten allein für die SS-Verfügungstruppe beliefen sich 1939 auf 133,3 Millionen RM, wobei die finanziellen Zuwendungen der Partei lediglich die Kosten des alltäglichen allgemeinen SS-Betriebes deckten. Wirtschaftliche Unternehmungen musste die SS davon unabhängig finanzieren, da die Gelder zweckgebunden waren, und so suchte und fand sie Kreditgeber im zivilen privatwirtschaftlichen Bereich.

Am Beginn der SS-Wirtschaftsunternehmungen, gegen Ende der 1930er Jahre, war aufgrund privater Kontakte hoher Repräsentanten vor allem die Dresdner Bank der Hauptfinanzpartner der SS. Bis auf wenige Ausnahmen vergab die Dresdner Bank großzügige Kredite und Überziehungskredite an die SS-Gesellschaften und half auch, die Betriebe, die unter Anwendung von Zwangsmitteln veräußert worden waren, zu erwerben und zu finanzieren.⁷⁹ Insgesamt versorgte die Dresdner Bank sowie die in ihrem Eigentum stehende Böhmisches Escompte-Bank die SS-Firmen mit Krediten in der Höhe von 30 Millionen RM. Ein großer Anteil dieser Summe entfiel auf die von der SS kontrollierte „Gesellschaft zur Förderung und Pflege Deutscher Kulturgüter e. V.“, die die Mittel für den Aufbau der SS-Kultstätten verwendete und nicht ökonomisch, geschweige denn gewinnbringend, einsetzte. Das tat jedoch der Unterstützung der Dresdner Bank AG für die SS-Unternehmungen keinen Abbruch, da man sich langfristig über die Kooperation

⁷⁹ Walter Naasner: SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente. Düsseldorf 1998 (Schriften des Bundesarchivs; 45a), S. 388.

großen Einfluss und wirtschaftliche Vorteile erhoffte. Für den Fall ökonomischer Ausfälle beziehungsweise potentieller Rückzahlungsunfähigkeit seitens der SS versicherte lediglich eine Garantieerklärung des Reichsführer-SS Heinrich Himmler besichert, welche besagte, dass im Ernstfall das Reichsfinanzministerium für die Rückzahlung aufkommen würde. Als die Gründung der „Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH“ am 29. April 1938 schließlich stattfand, hatte die SS lediglich 20.000 RM als Einlage hinterlegt, welche aus den Mitteln der „Gesellschaft zur Förderung und Pflege Deutscher Kulturdenkmäler e.V.“ aufgebracht und durch zwei Strohmänner übermittelt wurden.⁸⁰

Dies war notwendig, da die SS durch die Abhängigkeit von staatlichen Geldern die Finanzierung privatwirtschaftlicher Unternehmungen nicht aus Eigenmitteln leisten konnte.⁸¹ Hinter dieser Gesellschaft stand die „Bank der Deutschen Arbeit“, die den Kredit vergeben hatte, der von der SS ursprünglich zur „Entschuldung der SS-Führer“ aufgenommen worden war.

Zur Rechtfertigung der zweifelhaften Finanzlage betonte die SS gegenüber den staatlichen Institutionen die Wichtigkeit der „Führerbauten“, die nicht verwirklicht werden sollten, sollte die DEST nicht mit der Arbeit beginnen. Der Verweis auf den „Führer“ war dabei besonders – von den Interessen des Staates und der Partei argumentativ abgekoppelt – ins Feld geführt worden. Diese Argumentationsweise reichte jedoch nicht aus, um die Mittel für die Aufbaufinanzierung der DEST bereitzustellen. Die SS war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Position, Staatsmittel für dieses doch offenkundig privatwirtschaftliche Unternehmen zu verwenden und so musste man sich schlussendlich an Albert Speer wenden, der sich bereit erklärte, 9,5 Millionen RM auf Raten für die Errichtung der ersten DEST-Werke, vor allem das Großziegelwerk Oranienburg, zu bezahlen. Als die DEST wenig später nach Österreich und damit nach Mauthausen expandierte mussten die finanziellen Mittel in Form von Krediten zu marktüblichen Konditionen bei der Dresdner Bank beschafft werden.⁸²

Die Gesellschaftsform GmbH sollte sich generell als die am besten geeignete Form für SS-Unternehmen herausstellen. Da die beiden Gründungsgesellschafter Arthur Ahrens und Walter Salpeter als Privatpersonen auftraten und die SS formell nicht erwähnt wurde, verschaffte dem neugegründeten Unternehmen die Möglich-

⁸⁰ Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 116–117.

⁸¹ Ebd., 116.

⁸² Walter Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Boppard am Rhein 1994 (Schriften des Bundesarchivs; 45), S. 385–389.

keit, weitestgehend unabhängig vom Reichsschatzmeister zu agieren. Der genaue Status der DEST zwischen Privatwirtschaft und Staat konnte durch die Vielschichtigkeit und Verworrenheit der unterschiedlichen Bereiche nicht exakt festgelegt werden und blieb somit Objekt der Einschätzung der Akteure, die versuchten, jeweils die besten wirtschaftlichen Bedingungen auszunützen. So war die DEST zwar dem Reichsführer-SS Himmler unterstellt und somit keine staatliche Organisation, wurde jedoch – wenn es günstig erschien – als Unternehmen der öffentlichen Hand tituliert.

Durch einen Bericht des Direktors der Reichsbank, Johann Mehling, vom 22. August 1939 ist die Aufstellung der finanziellen Mittel für die DEST und die verschiedenen Geldgeber bekannt:

Tabelle 1: Finanzielle Mittel und Finanziers der DEST im Gründungsjahr 1938

Summe	Geldgeber
4,7 Millionen RM	Unternehmung „Neugestaltung von Berlin“ (zinsloser Vorschuss durch Albert Speer)
4,9 Millionen RM	Dresdner Bank in Berlin (6,5 % Jahreszinsen)
0,6 Millionen RM	Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank (Vorschusskredit für Lieferungen an die Reichsautobahn, 4,5 % Jahreszinsen) ⁸³

Die Expansion der DEST-Baustoffwirtschaft 1938–1943 im Überblick

Durch weitere Kredite der Generalbauinspektion konnte das Unternehmen noch im Gründungsjahr 1938 weiter expandieren und neben den bereits bestehenden weitere Werken eröffnen.⁸⁴ Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die wichtigsten DEST-Standorte gegeben werden.

⁸³ Vgl.: Bericht Mehlings (Direktor der Reichsbank) an Emil Johann Puhl (Mitglied des Reichsbankdirektoriums), 22. August 1939, NI- 14583, zit. in: Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 117.

⁸⁴ Jaskot: The Architecture of Oppression, S. 25.

Flossenbürg in der Oberpfalz wurde der erste Standort, der in Betrieb ging. Nach einer Inspektion des Geländes im März 1938 unter Anwesenheit von Heinrich Himmler und Theodor Eicke entschied man sich für die Errichtung eines Granitwerkes sowie eines Konzentrationslagers. Die Aufbauphase des Lagers stand im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der DEST.⁸⁵ Mitte des Jahres 1938 begannen die Erschließungen der Steinbrüche. Die ersten Produktionsarbeiten wurden jedoch parallel ebenfalls aufgenommen.⁸⁶ Das Werk wurde laufend vergrößert, wies jedoch in den Folgejahren nicht die Ausmaße an Granitabbau auf, die erwartet worden waren. Bis 1943 war eine Produktionssteigerung von 12000 Kubikmetern pro Jahr geplant.⁸⁷ Die Entwicklung verlief jedoch gegenteilig, nach 1939 verringerte sich die Produktion von Werksteinen bis 1942. Durch Preiserhöhungen gelang es trotzdem, den Standort Flossenbürg zu einem der lukrativsten DEST-Betriebe zu machen.⁸⁸

Das Ziegelwerk „**Oranienburg** I“ war das größte seiner Zeit und war in einer günstigen Lage sowohl zur Reichshauptstadt, als auch zum KZ **Sachsenhausen**, woher die Arbeitskräfte bezogen werden konnten.⁸⁹ Das Konzentrationslager war bereits seit 1936 eröffnet, die ersten Häftlinge waren Mitte Juli des selben Jahres dorthin verlegt worden.⁹⁰ Die technische Ausstattung sollte dem höchsten, zur damaligen Zeit, möglichen Standard entsprechen ungeachtet der Fehleranfälligkeit unerprobter Methoden. In Ermangelung entsprechender Fachleute auf dem Gebiet der Ziegelei wurde ein Privatunternehmen, P. Spengler Berlin, mit der Errichtung der technischen Anlage beauftragt. Der Aufbau des Werkes musste schnell vorangehen, da man von Seiten der SS-Führung befürchtete, Widerstand gegen den Aufbau einer parteiinternen Wirtschaftsbasis zu wecken.⁹¹ Ein vom GBI und den Vertretern der SS und DEST – namentlich Speer, Pohl, Salpeter und Mummenthey – über die Lieferung von jährlich 120 Millionen Ziegelsteinen im Wert von 10 Millionen RM festigte das Gewerbe nachhaltig.⁹² Speer hatte in dem Vertrag

⁸⁵ Jörg Skriebeleit: Flossenbürg- Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 21.

⁸⁶ Hermann Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 613–614.

⁸⁷ Jörg Skriebeleit: Flossenbürg- Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 30.

⁸⁸ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 617.

⁸⁹ Ebd., S. 647.

⁹⁰ Hermann Kaienburg: Sachsenhausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006, S. 21.

⁹¹ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 649.

⁹² Jaskot: The Architecture of Oppression, S. 24.

neben einer Abnahmegarantie von 80 Prozent der Erzeugnisse weiters einen zinslosen Kredit gewährt, der vor allem dem Aufbau der Werksstrukturen dienen sollte.⁹³ Schon kurze Zeit nach Inbetriebnahme des Werkes in Oranienburg zeigte sich jedoch die minderwertige Qualität der Steine, die schon nach kurzer Zeit zerfielen und somit unbrauchbar waren. Die Ursache dafür war die hohe Kalkhaltigkeit des Rohmaterials, die offensichtlich mit dem angewendeten Trockenpressverfahren, das von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) forciert worden war, nicht bewältigbar war.⁹⁴ Abhilfe konnte nicht schnell erzielt werden, da die Investitionen in die Anlage sich bereits auf mehrere Millionen RM beliefen.⁹⁵ Pohl, der dieses wirtschaftliche Debakel gegenüber dem Reichsführer-SS Himmler zu verantworten hatte, sah seine Stellung gefährdet und versuchte rasch einen Schuldigen in seinen Reihen zu finden. Zwei Rechnungsprüfer, die die Bücher der DEST unter die Lupe nahmen, wiesen dem Geschäftsführer Arthur Ahrens Fehler in der Verfahrensweise nach, die jedoch bis dahin im gesamten Wirtschaftsunternehmen der SS Usus waren. Dies genügte Pohl aber als ausreichende Begründung, Ahrens aus sämtlichen Ämtern – und schließlich auch aus der SS – zu entlassen.⁹⁶

In Berlstedt bei Weimar, in der Nähe des Konzentrationslagers **Buchenwald** begannen Anfang Mai 1938 die Arbeiten zur Errichtung eines Klinkerwerkes. Hierfür sollte in weiterer Folge ein Außenlager des KZ Buchenwald entstehen. Es wurde parallel zu den Bautätigkeiten am Klinkerwerk ebenfalls unter dem Einsatz von KZ-Häftlingen errichtet.⁹⁷ Das Konzentrationslager Buchenwald bestand bereits seit 1933 und war seit 1937 stark vergrößert worden. Andere in Thüringen gelegene Lager wie etwa Bad Sulza wurden nach und nach zu Gunsten dieses Standorts aufgelöst.⁹⁸

Die ersten Versuche, mit dem bereits bei Oranienburg erwähnten Trockenpressverfahren Ziegel herzustellen gelangen zwar, die Qualität entsprach allerdings nicht den Erwartungen. Auch in diesem Fall wurden Versuche durchgeführt, die eine Verbesserung der Produkte erzielen sollten. Die dafür nötigen Umbautätigkeiten

⁹³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 651.

⁹⁴ Naasner: SS Wirtschaft und Verwaltung, S. 129.

⁹⁵ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 655.

⁹⁶ Ebd., S. 657.

⁹⁷ Christian Wussow: Berlstedt, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006, S. 389.

⁹⁸ Harry Stein: Buchenwald – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006, S. 301- 302.

dauerten bis 1942 an. Aufgrund der hohen Produktionskosten musste der Betrieb bis 1942 Verluste verbuchen. Darüber hinaus konnte das ursprüngliche Ziel Klinker herzustellen nie wirklich erreicht werden. Lediglich Ziegel und Keramikprodukte wie Blumentöpfe und Vasen verließen das Werk.⁹⁹

Am 31. August 1938 erwarb die DEST eine zu diesem Zeitpunkt außer Betrieb stehende Ziegelei in **Neuengamme** an der Dove Elbe, einem Ortsteil von Hamburg. Nach anfänglichen Modernisierungsversuchen im Altwerk entschied sich die Geschäftsführung, ein neues Werk mit angeschlossenem KZ zu errichten. Zuvor waren Gefangene aus dem KZ Sachsenhausen zur Arbeit herangezogen worden. Das neue Konzentrationslager wurde zwischen Frühling und Juni 1940 auf dem gekauften Grundstück fertiggestellt. In dieser Zeit wurde es vom Außenlager von Sachsenhausen, zu einem eigenständigen, der Inspektion der Konzentrationslager unterstellten, Lager erhoben.¹⁰⁰ Die Fehlschläge der Vergangenheit sollten in diesem Fall durch den Einsatz des Nasspressverfahrens von vornherein vermieden werden. Das Werk ging erst zwei Jahre nach der Fertigstellung des KZ in Betrieb, die Häftlinge wurden bis dahin vor allem für die Bauarbeiten eingesetzt. Die Produkte waren qualitativ zufriedenstellend, die Umsätze erreichten 1943 allein in Ziegelproduktion ca. 923.000 RM. Dieser Umstand ergab sich vor allem aus den hohen Preisen für die Erzeugnisse.¹⁰¹

Im Mai 1940, bereits mitten im Krieg, übernahm die DEST ein Granitwerk nahe **Groß-Rosen** bei Striegau in Schlesien. Der vorherige Eigentümer verpachtete den dazugehörigen Steinbruch, wobei die Absicht bestand, auch diesen schlussendlich zu erwerben. Wie im etwa im Fall Neuengamme sollte auch hier ein KZ errichtet werden und wieder wurden die ersten Häftlinge zur Zwangsarbeit aus Sachsenhausen herangezogen. Neben dem, von Hitler favorisierten, Granitabbau trug auch das „Fehlen“ eines Konzentrationslagers, neben Auschwitz, für den Raum Schlesien zur Entscheidung für die Errichtung eines Lagers bei.¹⁰²

Von August 1940 bis Mai 1941 wurde das Lager als Außenlager von Sachsenhausen geführt und erlangte anschließend die Eigenständigkeit. Das Lager wurde

⁹⁹ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 683–689.

¹⁰⁰ Detlef Garbe: Neuengamme - Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, S. 316.

¹⁰¹ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 690–695.

¹⁰² Isabell Sprenger/Walter Kumpmann: Groß- Rosen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 6: Natzweiler, Groß- Rosen, Stutthof, München 2006, S.197.

zunächst als Lager der Stufe II, ab 1942 schließlich als Stufe III ausgelegt und hatte damit den Status eines Vernichtungslagers. Das Granitwerk wurde ebenfalls schrittweise ausgebaut und konnte eine grundsätzlich ertragreiche Wirtschaftsleistung erbringen, die Geschäftsleitung beschränkte jedoch den Umfang der Produktion ab 1943, wahrscheinlich aufgrund der Konzentration auf die zu dieser Zeit anlaufenden Rüstungsproduktionen an den Standorten Mauthausen und Flossenbürg.¹⁰³

Ebenfalls 1940 wurde schließlich ein Gelände für den Granitabbau bei **Natzweiler** im Elsass gepachtet. Wie in vielen Fällen sollte zu einem späteren Zeitpunkt der Kauf erfolgen. Der Vertragsabschluss zog sich bis 4. Mai 1942 hin, bis dahin regelte ein Vorvertrag die Aufbauarbeiten, bei welchen bereits Rohmaterial gewonnen werden konnte.¹⁰⁴ Die Bauarbeiten wurden ungewöhnlicherweise nur mit verhältnismäßig niedriger Beteiligung von KZ-Häftlingen, etwa 17 Prozent, durchgeführt. Zur Zeit des Eintreffens der ersten Häftlinge aus Sachsenhausen bestand das provisorische Lager nur aus einem, mit Stacheldraht versehenem Zubau des Hotels Struthof. Das Hotel beherbergte interimsmäßig die SS-Verwaltung.¹⁰⁵ Der Arbeitseinsatz von Häftlingen, vor allem beim Aufbau des geplanten Konzentrationslagers, sollte dennoch schon kurze Zeit darauf in großem Umfang stattfinden und in weiterer Folge auch zur Errichtung eines eigenen Konzentrationslagers führen. Dieses wurde am 1. Mai 1941 eröffnet, die ersten Gefangenen trafen erst gegen Ende Mai ein. Es wurde in den Jahren von 1941 bis 1944 stetig erweitert. Die Umsätze des Betriebes lassen sich aufgrund der höchst unterschiedlichen Angaben nicht mehr eindeutig rekonstruieren, lediglich die deutliche Unterschreitung der zu Beginn gesetzten Ziele lässt sich mit Sicherheit feststellen.¹⁰⁶

Die DEST verfügte über in etwa 20 Betriebsstätten und Werke von verschiedener Größenordnung. Die Produktpalette bis 1942 setzte sich in erster Linie aus Baustoffen wie Ziegelsteinen, Granitwerksteinen sowie Klinker, Marmorprodukten Schotter, Kies und in kleinerem Umfang Ton zusammen.¹⁰⁷ Diese erste Zeitperiode war in erster Linie gekennzeichnet von der Erweiterung beziehungsweise dem

¹⁰³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 695–707.

¹⁰⁴ Ebd., S. 716.

¹⁰⁵ Robert Steegman: Natzweiler- Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 6: Natzweiler, Groß-Rosen, Stutthof, München 2006, S. 25.

¹⁰⁶ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 724–725.

¹⁰⁷ Walter Naasner: SS Wirtschaft und Verwaltung, S. 128.

Erwerb neuer Werke. Der Kriegsbeginn tat der Entwicklung der DEST keinen Abbruch trotz der, von der Staatsführung entwickelten, stärkeren Hierarchisierung der Wichtigkeit von Wirtschaftssektoren.¹⁰⁸ Nach Neugestaltungsprojekten und Prestigebauten der Vorkriegszeit, welche teilweise eingestellt wurden, erwartete man aufgrund der politischen Siedlungsbestrebungen in den eroberten Gebieten potentielle neue Aufträge. Fachleute der Baubranche forderten darüber hinaus einen verstärkten Einsatz von Arbeitskräften für große Monumentalbauten nach dem „Endsieg“.¹⁰⁹ Der Markt schien sich zunächst positiv zu entwickeln, da die SS und die NS-Führung zu dieser Zeit noch, durch die Erfolge der Blitzkriegstrategie, an ein rasches positives Kriegsende glaubten.¹¹⁰

Die Firmenleitung

Mit der bereits bei der Biografie Oswald Pohls erwähnten Umstrukturierung der SS-Wirtschaft durchlief auch die DEST bis 1942 einen kontinuierlichen Umstrukturierungsprozess. Anfang 1939 wurde sie der neuen Hauptabteilung V.Ch. S. I unterstellt. Dies war jedoch nicht von Dauer, bereits kurze Zeit später, am 20. April 1939 erfolgte ihre Eingliederung in das wiederum neu geschaffene Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft wobei sie dem Amt W und weiters dessen Hauptabteilung III 1/A unterstellt war. Ein Jahr später wurde das Wirtschaftsamt in Ämter III A bis III E unterteilt, die DEST auf die Abteilungen Ziegelei und Klinkerwerke sowie Hartsteinwerke aufgeteilt. Die nächste Organisationsmaßnahme ließ jedoch nicht lange auf sich warten: Am 1. September 1941 wurden die bisherigen Ämter durch von I bis VIII durchnummerierte W-Ämter ersetzt. Die DEST-Betriebe waren wie zuvor in Ziegel und Klinker sowie Granitwerke unterteilt und jeweils eigenen Hauptabteilungen des neuen Amtes W 1 zugeteilt.¹¹¹ Mit der Schaffung des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, der letzten organisatorischen Veränderung unterstand die DEST in der Amtsgruppe W dem Amt W 1 „Steine und Erden“. Dies blieb bis Kriegsende aufrecht.¹¹²

Die wirtschaftliche Misere des Ziegelwerkes Oranienburg I hatte, wie bereits erwähnt, Änderungen an der Spitze der DEST nach sich gezogen: Als Folge wurde Ahrens durch den von Walter Salpeter protegierten Karl Mummenthey ersetzt,

¹⁰⁸ Jaskot: The Architecture of Oppression, S. 25.

¹⁰⁹ Ebd., S. 26–27.

¹¹⁰ Allen: Oswald Pohl, S. 400.

¹¹¹ Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 151–152.

¹¹² Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, S. 30.

wobei es bezüglich der Leitung auch zu Kompetenzveränderungen kam: Salpeter übernahm selbst die Leitung über das gesamte Amt III, Mummenthey leitete die darin enthaltene DEST unter Bezeichnung Abteilung I. Mit der erneuten Reorganisierung ab Herbst 1941 wurde die DEST in das Amt W I eingegliedert. Nach Ahrens' Abgang machte sich Salpeter daran, seine Machtposition zu festigen, was sich vor allem in einem sehr militärischen, straffen Führungsstil äußerte, den er von Berlin, dem Standort der damaligen Geschäftszentrale, aus auf die Betriebe ausübte.¹¹³ Die beste Perspektive zur Rettung aus der hauptsächlich durch seinen Vorgänger verursachten wirtschaftlichen Misere sah er im Ausbau der Hierarchisierung des Managements.¹¹⁴

Unter der Leitung Salpeters arbeiteten über 100 Bedienstete in der Hauptgeschäftsstelle – eine Personalaufstockung, die sich vor allem finanziell auswirkte. Von 1940 auf 1941 verdoppelten sich die Kosten annähernd und führten gemeinsam mit den hohen Ausgaben für den Aufbau der Betriebsstandorte bei niederem Output zu einem Verharren in roten Zahlen. Dies blieb freilich nicht unbemerkt und so sehr Salpeter den Nimbus der Zuverlässigkeit und des Gehorsams verkörperte, gewannen Kritiker, allen voran der als privatwirtschaftlich kompetenter geltende Hohberg, die Oberhand. Der über der gesamten SS-Wirtschaft thronende Oswald Pohl war zunehmend interessiert daran, die ökonomische Lage der Werke und damit sein Ansehen zu verbessern, was ihn veranlasste, seine Unterstützung für Hohberg offen zu äußern. Die Folge war Walter Salpeters Abgang 1941, zuvor hatte ihm bereits die Aufgliederung des Wirtschaftsamtes Einfluss gekostet. Sein ehemaliger Schützling Karl Mummenthey erwies sich als anpassungsfähiger und verblieb an seiner Position.¹¹⁵

Mit Salpeter verließ auch der zentralisierte, behördenähnliche Führungsstil die DEST. Obwohl eine dezentrale Verwaltung den Vorlieben der SS-Führung zuwider lief, brachte sie die nötigen Verbesserungen, die in der Kriegszeit nun dringend gebraucht wurden. Hier soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, die Werke hätten quasi autonom agieren können: die Berliner Führung unter Mummenthey verlangte jedes Monat Berichte von den Standorten, darüber hinaus lieferte man Geschäftsberichte sowie Jahresabschlüsse und die Buchführung ab. Letztere war generalüberholt worden und hatte sich professionalisiert im Hinblick auf eine einheitliche Struktur und eine damit verbundene bessere Vergleichbarkeit der Kostenstellen. Die angesprochene Dezentralisierung konstituierte sich in den erweiterten Handlungs-

¹¹³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 762–763.

¹¹⁴ Allen: The Business of Genocide, S. 79.

¹¹⁵ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 765.

spielräumen der Werksleiter. Sie hatten die völlige Oberhoheit über den Arbeitseinsatz der Häftlinge, aber auch über die infrastrukturellen Entwicklungsschritte konnten sie zum Teil einwirken, was sich vor allem im Fall des Komplexes Mauthausen bei der Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter ab 1942/43 zeigen sollte. Auch die Möglichkeit der Erweiterung der Abbaugebiete beziehungsweise der Neuerschließung fiel in den Kompetenzbereich der Werksleiter. Von Berlin aus behielt man die Kommandohoheit, vermied jedoch weitere Einmischungen, solange die Produktion lief, die Erträge eintrafen und keine Konflikte – zumindest keine von der Organisation behinderndem Ausmaß – zwischen den Werksleitern und den Lagerkommandanten auftraten.

Der DEST-Betrieb in Mauthausen/Gusen 1938–1943

Die Gründung

Bereits unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 begannen die Vorbereitungen für die Errichtung eines Konzentrationslagers in Oberösterreich, das von den Nationalsozialisten zum Gau Oberdonau umgestaltet worden war. Die Gründe der Standortwahl sind vielfältig: einerseits war es die Nähe zur Stadt Linz, die nach den Plänen Hitlers zu einer Kulturmetropole ausgebaut werden sollte, gegen die im Vergleich Wien unbedeutend anmuten würde, andererseits die günstige Rohstofflage bezüglich Baustoffproduktion, hauptsächlich reiche Granitvorkommen.

Die bereits erwähnten Bauvorhaben Hitlers im Deutschen Reich und den neu eingegliederten Gebieten, bei welchen Albert Speer Regie führen und die DEST die Materialien liefern sollte, sowie der Zustrom neuer Häftlinge nach der NS-Besetzung Österreichs schienen in den Augen der Nationalsozialisten ein Männerkonzentrationslager „für die Volksverräter aus ganz Österreich“¹¹⁶ zu rechtfertigen.

Noch im März unternahm Pohl eine Inspektionsreise nach Mauthausen und Gusen, um die örtlichen Bedingungen für die Errichtung eines Konzentrationslagers sowie die dort gelegenen Steinbrüche zu prüfen. Wenig später war die Entscheidung bereits positiv ausgefallen und Himmler persönlich verlautbarte die Errichtung des KZ Mauthausen als zentrales Konzentrationslager in der „Ostmark“ vor angetretenen SS-Verbänden in Linz am 22. März 1938.¹¹⁷ Die Steinbrüche in Mauthausen, namentlich „Wiener Graben“ sowie „Bettelberg“, befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz der Stadt Wien, wobei sich nur letzterer in Betrieb befand. Der Wiener Magistratsdirektor Hornek berichtete dem Bürgermeister von Wien am 7. April über bereits vorstellig gewordene SS-Funktionäre, die Interesse an den Steinbrüchen bekundet hatten. Man erklärte sich postwendend bereit, zunächst zumindest den Steinbruch „Wiener Graben“ zu verpachten, meldete jedoch Bedenken beim „Bettelberg“-Bruch bezüglich der Deckung von Eigenbedarf an, der „gesichert werden müsse“.¹¹⁸ Bereits im Mai 1938 wurde ein Pachtvertrag

¹¹⁶ „Bollwerk Salzkammergut“, in: Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 29. März 1938, in: Florian Freund, Bertrand Perz: Konzentrationslager in Oberösterreich 1938 bis 1945. Linz 2007 (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus; 8), S. 20.

¹¹⁷ Hans Maršálek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. Wien 2006, S. 14.

¹¹⁸ Ebd., S. 15.

entworfen, der in weiterer Folge die Pachtung von „Wiener Graben“, „Bettelberg“ sowie „Marbach“ nach einem schließlich erfolgten Durchführungsübereinkommen für zehn Jahre einleitete. Die SS betrachtete jedoch die bis zu diesem Zeitpunkt ausgehandelten Vereinbarungen lediglich als Zwischenlösung und strebte langfristig den Kauf an, der aus ihrer Sicht essentiell für die geplante Ausbaurbeiten des Lagers war.¹¹⁹

Am 8. August 1938 wurden die ersten Häftlinge – „Befristete Vorbeugungshäftlinge“ (BV) aus dem Konzentrationslager Dachau – sowie das nötige SS-Personal nach Mauthausen transportiert. Die Häftlingszahl, die im August noch 300 Häftlinge umfasste, stieg bis Jahresende 1938 auf 1.000 an, wobei die meisten aus den Lagern Dachau und Sachsenhausen überstellt worden waren.¹²⁰

Das neugeschaffene Lagersystem Mauthausen bestand ab 1938 zunächst aus dem KZ in Mauthausen, bildete dann mit dem im Mai 1940 eröffneten KZ Gusen das Doppellager Mauthausen-Gusen und wuchs schließlich ab 1942/1943 zu einem System mit Stammlager in Mauthausen und zahlreichen Außenlagern an.¹²¹

Das lokale Verwaltungszentrum – Die Aktivitäten der DEST in St. Georgen

In St. Georgen an der Gusen – einem Ort, der sich durch seine geografischen Eigenschaften und die Nähe zu den Konzentrationslagern Gusen und Mauthausen hervorragend eignete –, entstand ab 1940 ein organisatorisches Zentrum der SS-Verwaltung der Konzentrationslager auf ehemals österreichischem Gebiet und vor allem der DEST. Die baulichen Veränderungen in Zusammenhang wurden völlig autonom von der lokalen Bevölkerung durchgeführt und dienten lediglich den privaten Bedürfnissen und wirtschaftlichen Interessen der SS.¹²²

In den Planungen der SS sollte sich St. Georgen zum zentralen Verwaltungssitz für die „Granitwerke Mauthausen“ entwickeln, von dem aus die Geschäfte lokal koordiniert und das Betriebs- beziehungsweise Wachpersonal angesiedelt werden

¹¹⁹ Andreas Kranebitter: Der Steinbruch „Wiener Graben“ und die Einrichtung des KZ Mauthausen, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ Gedenkstätte Mauthausen 2008. Wien 2009, S. 60.

¹²⁰ Michel Fabréguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen des Konzentrationslagers Mauthausen 1938–1945, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Frankfurt am Main 2002, S. 194f.; Freund, Perz: Konzentrationslager in Oberösterreich, S. 21.

¹²¹ Florian Freund, Bertrand Perz: Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 294.

¹²² Rudolf A. Haunschmied, Jan-Ruth Mills, Siegi Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen. Concentration Camp Mauthausen reconsidered. Norderstedt 2007, S. 90.

sollte. Im Frühjahr 1940 schlossen Vertreter der SS mit dem Gauleiter von Oberdonau ein Abkommen, das die zukünftigen Bautätigkeiten vertraglich besiegelte. Man wählte zunächst einen Standort am östlichen Ende von St. Georgen, um ein Wohnbauprojekt mit dem Namen „Stein und Erde“ zu errichten.¹²³ Die ersten Gebäude sollten 50 Wohnungen für zivile Arbeiter und Angestellte beinhalten, die in den Steinbrüchen der Konzentrationslager Mauthausen und Gusen arbeiteten. Die Wohnungen verfügten über zusätzliche Ausbaumöglichkeiten für potentiellen Kindersegen in den Haushalten – ganz im pro-natalistischen Sinne der NSDAP, die das Vorhaben, dem „Führer“ neue Soldaten zu schenken, fördern wollte. Zusätzliche Infrastruktur für die zu erwartenden Familien sollte ebenfalls bereitgestellt werden und die Wohneinheiten schließlich mit Geschäften und anderen Einrichtungen eine Organisationseinheit bilden.¹²⁴ Neben der DEST und des für die SS-Bauten zuständigen Büros II im WVHA, bildete das Amt „Haushalt und Bauten“ eine weitere organisatorische Einheit, die vom Büro III Wirtschaft abgespalten worden war. Es sollte zunächst als Ausgleichsfaktor zwischen den unterschiedlichen SS-Abteilungen fungieren, entwickelte jedoch großen Einfluss auf die Bautätigkeiten sowohl einzelner Konzentrationslager als auch auf die neu errichteten SS-Anlagen in St. Georgen. Vor allem bei der späteren Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter sollte der Leiter dieses Büros, Dr. Ing. Hans Kammler, einen entscheidenden Anteil haben.¹²⁵

Die Ausbauarbeiten konzentrierten sich zunächst auf die Verbindung der Orte Gusen und Mauthausen mit St. Georgen. Dies bewerkstelligte man einerseits mit der Einrichtung einer Reichsbahnstreckenverbindung zwischen St. Georgen und Mauthausen und andererseits durch den Ausbau der Hauderer-Bezirksstraße, die von St. Georgen Richtung Gusen führte.

1940 begann nun der stufenweise Ausbau von St. Georgen zur Zentrale der DEST „Granitwerke Mauthausen“ mit der Errichtung des administrativen Zentrums, das aus einem Geschäftsgebäude mit zwei Wohneinheiten und einem Wohngebäude mit sieben Wohnungen und zwei Geschäften bestand. Die Bauarbeiten wurden ausschließlich von Häftlingen aus Gusen und Mauthausen durchgeführt, wobei viele ihr Leben verloren. Die Wohn- und Straßenbauprojekte wurden auf ein Gebiet in der Größe von vier Hektar ausgeweitet, wobei die Bewohner dieser Neubauten hohe SS-Dienstgrade der DEST-Leitung und der Konzentrationslager nebst ihren

¹²³ Ebd., S. 82.

¹²⁴ Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen (Hrsg.): 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen. Geschunden – Geschafft – Gestaltet. St. Georgen an der Gusen 2011, S. 108.

¹²⁵ Haunschmied, Mills, Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen, S. 83.

Familien waren.¹²⁶ Schrittweise wurden der lokalen Bevölkerung neue Grundstücke abgekauft, um weitere Bautätigkeiten durchführen zu können.¹²⁷

Die 1941 fertiggestellten Bürogebäude sollten erst der Anfang sein, da die DEST-Führung übereingekommen war, die Region, neben den Betrieben in Deutschland und den eroberten Gebieten, zum Zentrum für den Steinabbau auszubauen. Dies machte die laufende Erweiterung der Bauprojekte, vor allem der Wohnanlagen, in St. Georgen erforderlich. Aufgrund der hohen Sterblichkeitsrate in den Steinbrüchen herrschte permanent Mangel an qualifizierten, meist zivilen Arbeitskräften, welchem man mit einem Lehrlingsprogramm sowie einer verstärkten Beschäftigung ziviler Arbeitskräfte entgegen wirken wollte. Für das Lehrlingsprogramm wurden Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren aus der Region um Mauthausen zusammengefasst und in den Steinbrüchen als Steinmetze ausgebildet. Für deren Unterbringung wurde an dem Ort der heutigen St. Georgener Hauptschule eine hölzerne Baracke mit angeschlossener Küche errichtet.¹²⁸ Die Ausbildung der zivilen Lehrlinge lief 1940/41 an, wobei der größte Teil der ausgewählten Personen aus den Umsiedlerlagern geholt wurde. Die Gesamtzahl der Lehrlinge sollte 1942 auf 150 ansteigen, erreichte jedoch 1943 nur 31, da der Zulauf ausblieb. Um dem Mangel entgegenzuwirken wurden schließlich Häftlinge als Lehrlinge aus dem KZ Groß-Rosen herbeigeholt.

Um die Infrastruktur weiter zu verbessern, begann man 1941, das KZ Gusen und den Steinbruch durch ein zusätzliches Gleises mit dem Bahnhof St. Georgen zu verbinden.¹²⁹ Auch der Landschaft drückte die SS ihren Stempel auf, indem sie den Fluss Gusen regulieren ließ, um eine Eisenbahnbrücke zu installieren. Dieses Projekt wurde – unterbrochen durch einen archäologischen Fund, der zunächst vor Wiederaufnahme der Bauarbeiten sicher gestellt wurde – 1943 fertiggestellt und ging sogleich in Betrieb. Auf halber Strecke zwischen St. Georgen und Gusen wurde eine Zwischenstation, der sogenannte Übernahmehnhof, errichtet. Dieser hatte den Zweck, die Züge, die für das KZ Gusen bestimmt waren, noch vor dem eigentlichen Lagergelände von SS-Truppen in Empfang zu nehmen und erst dann

¹²⁶ Ebd., S. 88.

¹²⁷ Vgl.: National Archives and Records Administration (NARA), Financial records of various enterprises controlled by office W I (Amt W I) a branch of SS-WVHA in the field of sand, stone, gravel and granite quarries, T976 Roll 16, 00959–00960, Auflistung von Verträgen der Granitwerke Mauthausen im Rahmen der Siedlung St. Georgen, 31. Dezember 1942.

¹²⁸ 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen, S. 113.

¹²⁹ Florian Freund, Bertrand Perz: Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 301.

durch sie – nicht durch zivile Mitarbeiter – ins Konzentrationslager zu verbringen.¹³⁰ Diese Maßnahmen sollten Kontakte der Häftlinge zu Zivilisten möglichst verhindern, die Geschehnisse im Lager zusätzlich verschleiern und die Sicherheit des Ablaufes garantieren.

Die zentrale Bedeutung des Verwaltungssitzes St. Georgen zeigt sich anhand der Kompetenzen der Werksgruppenleitung, die nicht nur für die lokalen Abbau-standorte, sondern für alle im ehemaligen Österreich befindlichen DEST-Standorte und darüber hinaus noch für Beneschau in Böhmen zuständig war. Dem-entsprechend selbstbewusst traten die mittlerweile nach St. Georgen umgezogenen DEST-Funktionäre gegenüber anderen auf und den Expansionsinteressen der SS in dieser Region wurde große Priorität eingeräumt. Die Berliner Zentrale organisierte sogar eine zentrale DEST-Konferenz in St. Georgen, was die Bedeutung dieses Zentrums weiter hervorhob.¹³¹

Wenn es zu Rechtsstreitigkeiten mit der lokalen Bevölkerung – meist aufgrund der baulichen Veränderungen und der dafür nötigen Flächen – kam, griffen höhere Stellen ein und setzten sich über die gängigen Normen hinweg, etwa der Chef des RSHA ab 1943, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, der sich als studierter Jurist persönlich für die nachträgliche Legalisierung der einzelnen Bauvorhaben einsetzte, indem er durch die ihm übertragenen Kompetenzen seitens der NS-Führung Druck auf die lokalen Behörden und Regierungen ausübte.¹³² Die SS behandelte die Region wie ihr persönliches Eigentum: Wo man ein Gebäude errichten wollte, da musste die Bevölkerung oftmals weichen – Ausnahmen stellten vor allem die Erbhöfe dar, hier gelang der SS die Durchsetzung nicht.¹³³ Vor allem die Bauern der Region gerieten in Konflikt mit den Ausbauplänen der SS, besonders im Fall des Baus der Eisenbahnstrecke zwischen St. Georgen und den Gusener Steinbrüchen, wo die Bauarbeiten ohne vorangegangene Bekanntmachung begonnen und jene, deren Grundbesitz betroffen war, erst dann vor vollendete Tatsachen stellte, als über Nacht die Arbeiten begannen.¹³⁴ Der Arbeitseinsatz für die Bauarbeiten um die Zentrale St. Georgen war besonders gefährlich. Die Häftlinge der Konzentrationslager – vor allem jene in Gusen –, mussten die Gebäude unter zusätzlich erschwerten Bedingungen errichten. Zu den schlechten Arbeitsbedingungen und der nur teilweise vorhandenen beziehungsweise

¹³⁰ 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen S. 96.

¹³¹ Ebd., S. 110.

¹³² Haunschmied, Mills, Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen, S. 85.

¹³³ Bertrand Perz. Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart. Wien 2006, S. 84.

¹³⁴ Haunschmied, Mills, Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen, S.95.

mangelhaften Ausrüstung, quälten die SS-Männer die Zwangsarbeiter während der Arbeit. Hinzu kamen auch gezielte Tötungen, meist Erschießungen unter dem Vorwand des Fluchtversuches, wobei die Wachen die Häftlinge oftmals absichtlich hinter die „Postenkettten“ der SS-Bewacher schickten, nur um einen Grund für die Tötung herbeizuführen.

Ortsansässige, die ZeugnInnen der Misshandlungen wurden und die wenigen von ihnen, die den Häftlingen Nahrungsmittel abgeben wollten, mussten je nach Gemütsverfassung des jeweiligen SS-Wachmannes mit Repressalien rechnen. Als besonders tragisches Beispiel kann in diesem Zusammenhang der Fall des Steinmetzes Johann Steinmüller genannt werden, der für das Weitergeben von Trinkwasser an Häftlinge während einer Arbeitspause eine 39-monatige Haft im Konzentrationslager Dachau verbüßen musste.¹³⁵

Von Seiten der SS wurde jedoch auch in eine gute Beziehung zur Zivilbevölkerung investiert. Ein Beispiel hierfür ist die Umfunktionierung einer lokalen Turnhalle zum Austragungsort für diverse „Kraft durch Freude“-Veranstaltungen, die bei der Bevölkerung in St. Georgen durchaus Anklang fanden.¹³⁶

Die Entwicklung des DEST-Betriebs in Mauthausen

Als die Errichtung des KZ Mauthausen 1938 bereits in vollem Gange war und die Arbeitskraft der meisten Häftlinge in Anspruch nahm, begannen parallel bereits die Erschließungsarbeiten für die benachbarten Steinbrüche. Die Häftlinge legten die notwendigen Straßen und Transportwege an und errichteten die ersten Gebäude als Grundstein für die die folgenden Jahre nahezu permanenten Erweiterungstätigkeiten.¹³⁷ Der Abbau von Granit wurde bereits zu dieser Zeit in Angriff genommen, wobei das Hauptabbaugebiet für Granitwerksteine zunächst auf dem Steinbruch „Wiener Graben“ bei Mauthausen lag und erst mit der Errichtung des Zweiglagers Gusen 1940 eine Verlagerung dorthin stattfand. Im Jahr 1939 berechnete die SS-Wirtschaftsverwaltung, mit dem damaligen Stand der Arbeitskräften und Maschinen in den Folgejahren 25.000 bis 35.000 m³ Steine produzieren zu können. Es wurden jedoch große Ausbaumaßnahmen geplant, einerseits aufgrund der hohen Nachfrage – vor allem seitens Albert Speers und des GBI sowie seiner ehrgeizigen Aufbauprojekte für Autobahnbrücken, aber auch durch Bau-

¹³⁵ 700 Jahre Kirche zum heiligen Georg in St. Georgen a. d. Gusen [Pfarrbuch]. Pfarre St. Georgen/ Gusen, 1988, S. 43, in: 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen, S. 108.

¹³⁶ 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen, S. 108.

¹³⁷ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 628.

aufträge des OKW (Oberkommando der Wehrmacht), dem höchsten Kommando-
stab des Deutschen Reiches, sowie der Hermann Göring-Werke in Linz – gerecht
zu werden und andererseits, um die ökonomische Vormachtstellung bei der
Produktion von Baumaterialien zu erreichen.¹³⁸

Die Gesamtkosten für die Mauthausener Granitwerke, inklusive des Erwerbs der
Steinbrüche und der örtlichen, für die Gewinnung des Materials sowie der Be-
arbeitung notwendigen Infrastruktur betragen bis Sommer 1939 bereits zwischen
1,12 und 1,5 Millionen RM. Für die geplanten Ausbautätigkeiten, die bereits die
Werksiedlung für die zivilen Arbeitskräfte beinhaltete, wurde eine Summe von 2,6
Millionen RM veranschlagt.¹³⁹ Die Ausbautätigkeiten fanden in Mauthausen und
Gusen parallel je nach Bedarf statt, wobei die durch die zeitversetzte Lager-
errichtung bedingte diachrone Entwicklung unterschiedliche Prioritäten ergab. So
installierte man im Steinbruch „Wiener Graben“ bereits zwischen 1938 und 1939
eine Schotterbrecheranlage, während in Gusen erst Unterkünfte als grundlegendste
Basis des Betriebs auf dem Plan standen. Um den Jahreswechsel 1939/40 wurden
daraufhin in Mauthausen die nötigen Steinmetzhallen und die dazu gehörigen
Werkstätten gebaut und so die Produktpalette erweitert beziehungsweise der
Produktionsablauf weiter professionalisiert.¹⁴⁰ Die Installierung einer Spalt-
maschinenanlage fiel ebenfalls in diesen Zeitraum. Die für den Abbau nötigen
Pressluftgeräte machten in weiterer Folge den Bau einer Kompressoranlage nötig,
die in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Gebäude untergebracht wurde. Im
Jahr 1940 kam es zu einem weiteren Auftragsschub, da Großprojekte der Wehr-
macht sowie der anderen oben genannten Großkunden anstanden, denen die
DEST nachkommen wollte. Hierfür musste der bereits schwächelnde Schotter-
brecher erneuert und, um die – wahrscheinlich durch eine höhere Auftragsdichte
bezüglich Straßenbau gegebene – steigende Nachfrage an Pflastersteinen zu
bewältigen, die dafür erforderlichen Maschinen angeschafft werden.¹⁴¹

Einen weiteren Professionalisierungsschritt, der 1940 begonnen, jedoch erst im
Folgejahr fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde, bildete die sich über den
gesamten Steinbruchkomplex erstreckende Kabelkrananlage, die anfangs jedoch
nicht reibungslos funktionierte.¹⁴² Ihr Ausbau wurde kontinuierlich über den Zeitraum
1941 bis 1943 vollzogen.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd., S. 626.

¹⁴⁰ Ebd., S. 628.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Ebd.

Neben der Realisierung der Großprojekte, wie der Errichtung einer Schmalspurbahn, die den Betrieb „Wiener Graben“ mit der Donau verband, erneuerten die Häftlinge 1942 außerdem die Kompressoranlage und fügten zusätzliche Steinbearbeitungsgebäude sowie ein Gebäude für die Betriebsleitung, eine Bewässerungsanlage und Büro- und Wachbaracken hinzu.¹⁴³ Die Kosten für die Bahnverbindung trug das Reich, obwohl die Leitung der Bauarbeiten unter die Ägide der privatwirtschaftlich geführten DEST fiel. Bis zum Ende des Jahres 1943 verfügte der Betrieb Mauthausen-Gusen über eine Verbindung zum Werk „Gusen“ und „Kastenhof“, über Lorenbahnen in den Steinbrüchen und über eine Zentralgarage, die mit eigenen Werkstätten, einer Tankanlage, einem Fahrmeisterhaus sowie einer Wohnsiedlung für die Unterbringung der Fahrer ausgestattet war.

Es existierten darüber hinaus Pläne, einen Betriebshafen an der Donau zu errichten, welche jedoch trotz der für die Verwirklichung notwendigen Vorarbeiten wie Rodungen und Messungen aufgegeben wurde.¹⁴⁴ Auch für eine im Zuge der Neugestaltung der Gauhauptstadt Linz in Prambachkirchen zu errichtende Dependence der Mauthausener Werke mit Großziegelwerk wurde nicht mehr realisiert.¹⁴⁵ Wie im Fall des Hafens hatten bereits Pläne existiert, jedoch wurden generelle Beschränkungen von Bauvorhaben aufgrund des Krieges erlassen und Speer ordnete persönlich an, das Projekt zu stoppen.¹⁴⁶

Die Entwicklung des DEST-Betriebs in Gusen

Wie bereits erwähnt begann 1940 ebenfalls unter der Leitung der DEST der Ausbau des Gusener Werks in den dortigen Steinbrüchen in den Vordergrund zu rücken, wodurch bereits Ende des Jahres 1940 hier die Verarbeitung von Gestein anlaufen konnte. Zu diesem Zeitpunkt benützte man im Vergleich zu Mauthausen lediglich karger ausgestattete, kleinflächigere Betriebsgebäude – sogenannte „Steinhauerschuppen“ beziehungsweise „Steinhauerhütten“ –, welche erst schrittweise bis Ende des Jahres 1941 zu großflächigen Steinmetzhallen ausgebaut wurden. Innerhalb eines Jahres schoss eine Vielzahl solcher Hallen mit einer Kapazität von bis zu 150

¹⁴³ Vgl.: NARA, Financial records, T976 Roll 16, 00950, Auflistung der Bautätigkeiten im Bereich „Wienergraben“ des Standorts Mauthausen/Gusen 1942, 31. Dezember 1942.

¹⁴⁴ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 630–631.

¹⁴⁵ Bertrand Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen. Vergleichende Perspektiven, in: Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz-VW-Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter. Innsbruck u. a. 2003 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte; 13), S. 91.

¹⁴⁶ Bertrand Perz: Verwaltete Gewalt. Der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers im Konzentrationslager Mauthausen 1941 bis 1944. Wien 2013, S. 174.

als Steinmetze eingesetzten Häftlingen aus dem Boden. Im selben Jahr wurde, wie im Mauthausener Pendant, die Produktion um ein Schotterwerk erweitert. Dazu baute man ebenfalls Werkstätten, Schmiede-, Zimmerer- und Tischlerbetriebe sowie Einrichtungen für Installateure. Weiters errichtete man Schlossereigebäude, eine Holztrockenanlage, Schneiderei und Schusterwerkstätten sowie ein Gebäude für das Baumagazin und die Kompressorbaracke.¹⁴⁷

Die Ausbaurbeiten für den zum Schotterwerk gehörigen Steinbrecher waren besonders aufwendig, da erst stabile Fundamente im Ausmaß von neun Metern geschaffen werden mussten, weshalb sich die Installierung der Maschinen und die tatsächliche Inbetriebnahme noch bis 1943 hinzog. Weitere Neuerungen des Jahres 1942 waren eine Kompressoranlage inklusive starken Pressluftgeräten.

Der Gesamtkomplex erhielt in dieser Zeit darüber hinaus Büros für die Abwicklung der Produktion vor Ort, zahlreiche Gebäude für das jeweilige Wachpersonal und die zivilen Arbeitskräfte sowie sanitäre Einrichtungen – genauer Kläranlagen und Be- und Entwässerungssysteme.¹⁴⁸

Die Zeitperiode 1939 bis 1943 umfasst die Auf- und Ausbauphase der DEST in Mauthausen, Gusen und St. Georgen. Sie veränderte die Infrastruktur, die Landschaft und vor allem das Leben vieler Menschen – den größten Teil davon in destruktiver Hinsicht.

Kosten- und Produktionsentwicklung des DEST-Betriebes Mauthausen-Gusen

Vorweg kann gesagt werden, dass der Gesamtkomplex Mauthausen-Gusen zu den profitablen Segmenten der DEST –, im Gegensatz zu dem eingangs erwähnten fatalen Fehlinvestitionen wie dem Ziegelwerk Oranienburg I – zu zählen ist. Die erste Lieferung von Granit aus Mauthausen fand bereits im August 1938 unmittelbar nach der Betriebsaufnahme statt und brachte am Monatsende zunächst 6.600 RM ein, bis zum Jahresende erwirtschaftete die DEST hier bereits die Summe von 66.100 RM. Durch die ersten massiveren Ausbautätigkeiten 1939 stieg auch der Vertrieb an Granit stark an und erreichte in diesem Jahr bereits den Wert von 776.400 RM, wobei die Arbeiten in Gusen zu diesem Zeitpunkt noch nicht oder nur

¹⁴⁷ Vgl.: NARA, Financial records, T976 Roll 16, 00950, Auflistung der Bautätigkeiten im Bereich „Gusen/Kastenhof“ des Standorts Mauthausen/Gusen 1942, 31. Dezember 1942.

¹⁴⁸ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 631.

ansatzweise im Gange waren. Die Aufstellung der Steigerung des Produktionsvolumens in den Jahren 1940 bis 1943 in *Tabelle 2* dargestellt anhand des teuersten Produktes, der Granitwerksteine – dokumentiert den kontinuierlichen Anstieg der Leistungsfähigkeit:

Tabelle 2: Produktionsvolumen der Granitwerksteine Mauthausen-Gusen 1940–1943

Jahr	Produktionsvolumen an Werksteinen
1940	1.017,9 m ³
1941	2.635,9 m ³
1942	3.188,4 m ³
1943	4.301,6 m ³ ¹⁴⁹

Die Produktpalette umfasste jedoch auch, wie bereits erwähnt, Pflastersteine sowie Zementhohlsteine, deren Produktionsvolumen jedoch aufgrund des wechselnden Umfangs der Aufträge keine kontinuierliche Steigung aufweist. Die große Menge an Schotter, der sich als Nebenprodukt ergab, entwickelte sich zu einem immer größer werdenden Problem bei der Erreichung der 1939 geplanten Produktionssteigerung bei Werksteinen. Wie für die meisten SS-Betriebe charakteristisch, fehlte auch in Mauthausen und Gusen ein sinnvoller, langfristig angelegter Gesamtplan und so wollte die DEST-Führung den Schwierigkeiten schlichtweg mit der Vergrößerung des Betriebes an sich begegnen. Im Frühsommer 1942 wurde eine Expansion im Investitionsausmaß von 2,7 Millionen RM geplant, nach deren Abschluss das Produktionspotential ca. 42.000 m³ Werksteine, 80.000 m³ Pflastersteine sowie Fluss- und Grundbausteine und 168.000 m³ an Kleinmaterial erreichen sollte, was sich jedoch letztendlich aufgrund der sich zum negativen verändernden militärischen Situation nicht mehr bewerkstelligen ließ. Die Umsätze des Betriebskomplexes Mauthausen-Gusen, eingeschlossen die Zweigbetriebe in Großraming und Beneschau in Böhmen, betragen 1943 ca. 2,15 Millionen RM.¹⁵⁰ Die Kosten für den Auf- und Ausbau des Komplexes, welche aus den Verbindlichkeiten der DEST gegenüber der Hauptverwaltung ermittelt wurden, betragen 1943 bereits 5,3 Millionen RM. Der größte Anstieg der Kosten, nämlich nahezu eine Verdoppelung

¹⁴⁹ Ebd., S. 632.

¹⁵⁰ Ebd.

von 2,6 auf 5,1 Millionen RM, war im Jahresvergleich zwischen 1941 und 1942 zu verzeichnen.¹⁵¹

Die Verkaufszahlen der DEST sind nicht vollständig erhalten, laut Hermann Kaienburg lassen sie sich allerdings für die Jahre 1941 bis 1944 abbilden. Von ca. 1,49 Millionen RM im Jahre 1941 ausgehend stiegen die Verkäufe 1942 nur um den Wert von 30.000 RM an, 1943 hingegen erhöhte sich der Wert um die Höhe des Ausgangswertes, nämlich um 1,49 auf 3,01 Millionen RM.¹⁵²

Die Gründe hierfür waren die hohe Nachfrage nach Baumaterialien dieser kurzen Zeitperiode und der damit verbundenen großen Anzahl an Kunden, deren Bedürfnissen die DEST durch die stetig getätigten Ausbaumaßnahmen besser befriedigen konnte. Hierfür waren die politischen Verbindungen bedeutsam, die beim Zustandekommen von Verträgen unter anderem mit kommunalen Behörden von Groß-Wien oder dem Bürgermeister der Stadt Steyr oder sogar mit der Oberdonauer Gauleitung eine entscheidende Rolle spielten.¹⁵³ Neben den oben bereits genannten Hauptkunden gesellten sich andere hinzu, welche abseits der Granitwerksteine auch andere Produktangebote in Anspruch nahmen, darunter die Donauschleusen Persenbeug, das Nibelungenwerk St. Valentin und viele SS-Bauleitungen.¹⁵⁴ Die DEST hatte so gut wie keine Konkurrenz und war mit dem Reich selbst als Kreditgeber, der auf Zinsen verzichtete, ökonomisch weitestgehend abgesichert. Die Lohnkosten waren aufgrund der Zwangsarbeit ebenfalls kein nennenswerter Faktor, da man an das Reich, das die Lagerinfrastruktur sowie die Häftlinge bereitstellte und somit als Besitzer auftrat, lediglich 0,3 RM pro Insasse und pro Tag der Lagernutzung bezahlen musste.¹⁵⁵

Bezüglich der Gewinne aus den Verkäufen ist vorweg zu bemerken, dass die Angaben durch die Gewinn- und Verlustübernahme durch die DWB-Holding verzerrt sind. Sie vermitteln daher nicht die absolute Realität, sondern lediglich einen groben Eindruck.

¹⁵¹ Ebd., S. 631.

¹⁵² Ebd., S. 632.

¹⁵³ Fabréguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen, S. 198.

¹⁵⁴ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 633; Vgl. auch: NARA, Financial records, T976 Roll 16, 00954, „Preise und Zahlungsbedingungen bei nachstehenden übereigneten Werksteinen“, 31. Dezember 1942.

¹⁵⁵ Vgl.: Ebd., 00952, Auflistung der Bautätigkeiten im Bereich „Gusen/Kastenhof“ des Standorts Mauthausen/Gusen 1942, 31. Dezember 1942.

Tabelle 3: Entwicklung der Gewinne der DEST 1939–1943

Jahr	Gewinn in 1000,- Reichsmark
1939	135
1940	83
1941	185
1942	-330
1943	404,6

Die umfangreichen Ausbautätigkeiten der Jahre 1940/41 wirkten sich noch auf die Zahlen von 1942 aus oder wurden zumindest im besagten Jahr angegeben, wodurch sich zu dieser Zeit ein Verlust ergibt.¹⁵⁶

Der Steinverkauf war bis 1943 die Haupteinnahmequelle der DEST, danach passte man sich an die geänderten Rahmenbedingungen an. Über die Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter soll noch in den folgenden Kapiteln eingegangen werden.

Überlebensbedingungen und Zwangsarbeit der Häftlinge im DEST-Betrieb Mauthausen und Gusen

Die katastrophalen Lebens- und Todesumstände der Häftlinge in den Konzentrationslagern Mauthausen und Gusen sowie in vielen Nebenlagern und Produktionsstätten der SS wurden bereits von unterschiedlichen Autoren explizit aufgearbeitet und dargestellt.¹⁵⁷ In der Betrachtung der Geschichte der DEST am Standort Mauthausen/Gusen kann jedoch die Thematisierung der Verbrechen nicht fehlen, da die unwürdige Behandlung der Insassen der Zwangsarbeit immanent war und letztere für die Existenz der DEST eine der Grundvoraussetzungen darstellte. Da die Existenz des Konzentrationslagerkomplexes Mauthausen/Gusen an die SS

¹⁵⁶ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 633.

¹⁵⁷ Vgl. dazu: Hans Maršálek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. Wien 2006. ; Florian Freund, Bertrand Perz: Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 293–346. ; Florian Freund, Bertrand Perz: Gusen I und II, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 371–380.

und damit an die DEST – als Unternehmen der SS – gebunden war, waren die Situation der Häftlinge, die Rahmenbedingungen für den sogenannten Arbeitsinsatz und die damit verbundenen Qualen ein fixer Bestandteil der DEST-Betriebsgeschichte in Mauthausen/Gusen sowie an anderen Standorten. Zwei Zeitabschnitte werden gesondert betrachtet, da die Frage zu klären ist, ob beziehungsweise inwiefern sich die Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter ab 1943 in den Lebensumständen und Arbeitsbedingungen der Häftlinge niederschlug. Im Folgenden sollen besonders die Arbeitskommandos, die direkt mit der DEST in Zusammenhang standen, beschrieben werden, die übrigen – wie zum Beispiel jene für die Instandhaltung der KZs oder der Reinigungsabteilung – stehen nicht im Vordergrund.

Mauthausen

Die ersten Häftlinge wurden am 8. August 1938 von Dachau nach Mauthausen transportiert. Die Gruppe bestand aus 300 Österreichern und einigen Deutschen, der größte Teil war der bereits erwähnten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ der NS-Führung zum Opfer gefallen, als „arbeitsscheu“ klassifiziert worden oder hatte bereits mehrere Vorstrafen angesammelt.

Ein Bericht des ehemaligen Häftlings Franz Jany, den Hans Maršáleks Werk „Geschichte des KZ Mauthausen“ sowie das Jahrbuch 2008 der KZ Gedenkstätte Mauthausen überliefert, über die ersten Arbeiten, die die Häftlinge zu erledigen hatten, gibt einen Eindruck über die Umstände der Arbeit.

Demzufolge war schon zu Beginn der Aufbauarbeiten die Verpflegungssituation sehr karg. Die SS-Verwaltung, die neben den Häftlingsunterkünften den Bau von Küchenanlagen, Wäschereigebäuden, aber auch den Wachtürmen, der Begrenzungsmauer sowie den Wachmannschaftsunterkünften angeordnet hatte, gestand den körperlich hart arbeitenden Häftlingen in den ersten sechs Wochen täglich einen Becher Kaffee, einen dreiviertel Liter Wassersuppe mit Kraut sowie zwanzig Gramm Margarine nebst einem Kommißbrot geteilt durch sechs Mann zu. Die Arbeit wurde um halb vier Uhr früh begonnen und endete nach einer kurzen Mittagspause erst als es dunkel wurde.¹⁵⁸ Diese schon zu Beginn fatale Lage führte bereits früh zu den ersten Selbstmorden, deren Stand bis Ende des Jahres auf fünf anstieg. Die

¹⁵⁸ Erinnerungsbericht des ehemaligen KZ- Häftlings Franz Jany, in: Jahrbuch der KZ- Gedenkstätte Mauthausen, Wien 2009 S. 82.

Gesamtzahl der Häftlinge betrug im Dezember 1938 994, wobei insgesamt 36 Todesfälle, neun davon durch Fremdeinwirkung notiert wurden.¹⁵⁹

Im Jahre 1939 erhöhte sich die Häftlingsanzahl weiter und damit auch die Anzahl der Zwangsarbeiter, die der DEST zur Verfügung standen. Im Zeitraum von Jänner bis Dezember 1939 kam es nahezu zu einer Verdreifachung der in den Steinbrüchen tätigen Häftlinge von 375 auf 1.066. Durch die Bautätigkeiten rund um die Gründung des Lagers Gusen 1939/40, welche Priorität hatten, verringerte sich kurzfristig die Anzahl der für die DEST eingesetzten Häftlinge im Mauthausener Werk. Bis 1941 waren darüber hinaus noch arbeits- und zeitintensive Aufschlussarbeiten, vor allem aufgrund der ständig erweiterten Gusener Steinbrüche, zu verrichten, was ebenfalls eine große Anzahl von Häftlingen erforderte und so Arbeitskräfte von der Granitgewinnung abhielt. Daneben nahmen auch die bereits beschriebenen Auf- und Ausbauarbeiten die Häftlingsarbeit in Anspruch, welche dadurch der DEST entging.

Tabelle 4: Anzahl der täglich in DEST-Betrieben eingesetzten Häftlinge 1940–1942

Jahr	Anzahl der Häftlinge
1940	2.750
1941	3.429
1942	3.470 ¹⁶⁰

Die Arbeitsbedingungen im Steinbruch waren denkbar hart. Im Steinbruch in Mauthausen sowie später in Gusen rückten die Arbeitskommandos nach dem Appell zwischen 6:00 und 6:15 Uhr beziehungsweise im Winter zwischen 7:00 und 7:15 Uhr aus. Zuvor hatten sie, vor allem in Gusen zunächst lange kräfteraubende Fußmärsche zum Arbeitsort hinter sich zu bringen, welcher sich außerhalb des eigentlichen Lagergeländes befand. Der Dienst sollte planmäßig um 16:45 Uhr enden, allerdings kam es immer wieder zu Überziehungen bis 18:30 Uhr, wenn die Witterungsbedingungen und Lichtverhältnisse mit der Verhinderung potentieller Fluchtmöglichkeiten bei entsprechender Finsternis vereinbar erschienen. Die Durchschnittsarbeitszeit der DEST-Kommandos in den Steinbrüchen lag daher zwischen 54 und 60 Stunden pro Woche.

¹⁵⁹ Maršálek: Geschichte, S. 29–30.

¹⁶⁰ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 635.

Die Zwangsarbeit leistenden Häftlinge wurden durch ein mehrschichtiges Überwachungssystem kontrolliert. Jedes Arbeitskommando wurde von einem sogenannten Kapo geleitet, der wiederum einen Oberkapo zum Vorgesetzten hatte. Zusätzlich gab es meist eine unbestimmte Zahl von Hilfskapos. Das Kapo-System als direkteste Kontrollinstanz durchzog das gesamte KZ und war gewissermaßen die Hauptautorität über die Häftlinge unmittelbar unter der Organisationsstruktur der SS. Kapos zählten zu jener Gruppe sogenannter Funktionshäftlinge, an die die SS gewisse Positionen von Wach-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben delegierte, um Kosten zu sparen. Sie waren für die Aufteilung der Arbeit sowie für die Ordnung und Leistung der ihnen unterstellten Häftlinge zuständig und konnten im Falle einer guten Arbeitsleistung mit einer Belohnung rechnen. Die Aufsicht über das Kommando hatte ein SS-Kommandoführer, am Weg zum Arbeitsort und während des Arbeitseinsatzes wurden die Häftlinge von zusätzlichen SS-Wachmännern überwacht, um Fluchtversuche zu verhindern. Hinzu kamen im Lauf der Spezialisierung der Arbeiten auch ausgebildete Werkmeister, da die fachliche Expertise benötigt wurde. Aufgrund der mangelnden Kenntnisse der SS-Wachmannschaften auf diesem Fachgebiet, wurden als Werkmeister häufig zivile Kräfte hinzugezogen, von denen jedoch viele der SS beitraten. Die in den KZ-Betrieben eingesetzten Zivilarbeiter stellten somit die dritte Kontrollebene während der Zwangsarbeit dar, wobei ihr Kontakt mit den Häftlingen von der SS so gering wie möglich gehalten wurde. Dementsprechend mussten zivile Arbeitskräfte, die Häftlingen halfen, auch mit drakonischen Strafen rechnen, wie das bereits erwähnte Beispiel des Steinmetzes Johann Steinmüller, der infolge einer Hilfeleistung in das KZ Dachau deportiert wurde, veranschaulicht.¹⁶¹

Neben dem individuellen Verhalten der Bewachungsorgane und der Firmen waren die Bedingungen der Zwangsarbeit wesentlich von der Art der Tätigkeit abhängig. So hatten Häftlinge, die in „leichten“ Arbeitskommandos beziehungsweise qualifizierten Funktionen – etwa in Büros, in Produktionshallen oder anderen beheizten Räumlichkeiten – eingesetzt waren, deutlich bessere Überlebenschancen als solche, die im Freien bei jeder Witterungslage schwere, körperlich aufreibende Hilfsarbeiten verrichten mussten, etwa im Steinbruch, in Baukommandos und besonders im Stollenbau.¹⁶²

¹⁶¹ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 194; Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt am Main 2004, S. 222f.

¹⁶² Hermann Kaienburg: Zwangsarbeit: KZ und Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 185.

In Mauthausen und Gusen blieben ebendiese schweren Steinbrucharbeiten jedoch bis 1943 neben den Aufbauarbeiten die Hauptaufgabe der Häftlinge. Die Zahl der Arbeiter pro Kommando wurde monatlich erhöht und so den gesteigerten Anforderungen angepasst.¹⁶³ Die Arbeitsverhältnisse waren katastrophal: abgesehen von der körperlichen Anstrengung bei gleichzeitig mangelhafter Ernährung unterließ die SS vor allem in den Steinbrüchen sämtliche Sicherheitsmaßnahmen, die Häftlinge arbeiteten in ihrer Häftlingskleidung ohne Schutzausrüstung wie Helme und dergleichen. Unter den ständig wachsamen Augen der SS-Belegschaft wurden sie zur absoluten Erschöpfung getrieben und wie in vielen Fällen durch diese enorme Belastung gewissermaßen, ohne Munition oder andere Hilfsmittel zu verwenden, ermordet („Vernichtung durch Arbeit“). Maršálek schreibt über die grausamen Arbeitsbedingungen:

„[...] Und so hatte man die beste Möglichkeit, gewisse Häftlinge, ohne viel Aufsehen zu erregen, bis zur tödlichen Erschöpfung zu jagen: einen schweren Stein auf den Schultern, durch Prügeln zum Laufschrift gezwungen, brach das Opfer bald zusammen.“¹⁶⁴

Traurige Bekanntheit erlangte auch das von der SS euphemistisch als „Fallschirmspringen“ bezeichnete, bewusste Stürzen der Häftlinge über die steilen, hohen Steinbruchwände.

Gusen

In Gusen umfassten die Tätigkeitsbereiche der DEST-Arbeitskommandos die Steinbrüche „Gusen“ und „Westerplatte“, „Kastenhof“ und „Pierbauer“. Daneben bildete die SS eigene Kommandos für den bereits angesprochenen Bahnbau zwischen Gusen und St. Georgen, die Straßenbauaktivitäten und für die Verlegung der geplanten Schmalspurbahngleise. Bis auf wenige Ausnahmen waren im Frühjahr 1941 jedem Kommando zunächst Hunderte Häftlinge zugeteilt, wobei diese Zahl schon nach wenigen Monaten die 1.000er Marke übersteigen sollte. Vor allem die großen Ausbautätigkeiten der kommenden Jahre und die damit gewonnenen Produktionsflächen und Abbaubereiche machten eine ständige Vergrößerung der Zahl der Arbeiter erforderlich. Um Kosten zu sparen versuchte die DEST offensichtlich, soviel Arbeit wie möglich auf die Häftlinge zu übertragen und lediglich die höheren Positionen bezahlten zivilen Mitarbeitern zu überlassen. So kam es, dass neben den 2.800 in den Steinbrüchen tätigen Zwangsarbeitern und jenen, die

¹⁶³ Maršálek: Geschichte, S. 91. ; Orth: System, S. 181.

¹⁶⁴ Maršálek: Geschichte, S. 91.

in der Weiterverarbeitung der Rohmaterialien in den Werkstätten beschäftigt wurden, auch nahezu sämtliche Büroarbeiten an Häftlinge delegiert wurden. Vor Ort gab es, um die Ausbauarbeiten abzuwickeln, ein Konstruktions- und ein Baubüro, welche mit Planung und Durchführung betraut waren, sowie ein mit den Verwaltungsaufgaben beauftragtes Betriebsbüro. Die Ingenieure und Direktoren der DEST behielten trotz dieser massiven Arbeitsauslagerung jedoch die Oberhoheit über die Administration und trafen die Entscheidungen, aber sämtlich produktive und rechnerische Arbeit verrichteten die Häftlinge, vor allem die seit dem Polenfeldzug verschleppte polnische Intelligenz sowie tschechische Häftlinge.

Auch die großen technischen Anlagen wie der Steinbrecher wurden von den Häftlingen errichtet.¹⁶⁵

Das Arbeitskommando Bahnbau, in dem vor allem spanische und polnische Häftlinge eingesetzt wurden, war eines der gefürchtetsten. Wegen der großen logistischen Bedeutung der Bahnverbindung wurden die hier arbeitenden Häftlinge besonders brutal zu hohen Arbeitsleistungen angetrieben und ständig Steigerungen des Arbeitstempos angesetzt. Die für ihre Rücksichtslosigkeit und ihren besonders ausgeprägten Sadismus bekannten Kapos dieses Kommandos misshandelten die Häftlinge während der harten Arbeit, was eine hohe Zahl an Todesfällen und Verstümmelungen nach sich zog.¹⁶⁶

Neben der Bahnverbindung war auch der Straßenbau in den Steinbrüchen eines der logistischen Schlüsselemente des Betriebes. Im entsprechenden Arbeitskommando hatten vor allem die als Steinträger eingesetzten Häftlinge am meisten zu leiden. Jeder Mann musste bis zu 50 kg schwere Steine schultern und danach unter Schlägen der Kapos im Laufschrift aus den Steinbrüchen befördern. Hinzu kam, dass bei dieser ohnehin körperlich vernichtenden Tätigkeit Holzschuhe getragen wurden und Häftlinge von ihren vorgesetzten Bewachern oft zur Schikane bewusst zu stolpern gebracht wurden sowie auch direkt von den steilen Wegen in den Steinbruch heruntergestürzt wurden. Vor allem die frisch im Lager Eintreffenden steckte die SS häufig gezielt in diese Arbeitskommandos, um ihren Willen gleich zu Beginn zu brechen und sie gleich mit der vollen Härte des Lagerlebens zu konfrontieren.¹⁶⁷

Ab Februar 1941 begann in Gusen die Ausbildung der ersten KZ-Insassen zu Steinmetzen, deren Anzahl sich bis Ende des Jahres auf fast 700 erhöhte. Der Mangel an Arbeitskräften, vor allem an qualifizierten Steinmetzen, führte ab 1942

¹⁶⁵ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 195.

¹⁶⁶ Ebd., S. 199.

¹⁶⁷ Ebd., S. 199–200.

zur Errichtung einer eigenen Schulungsbaracke für inhaftierte russische Kriegsgefangene, deren fachliche Kenntnisse in einem vorangegangenen Überprüfungsverfahren positiv bewertet wurden.¹⁶⁸ Für diese Ausbildung ausgewählt werden, war unter den Häftlingen denkbar beliebt, da es indirekt die Überlebenschancen vergrößerte. Die qualifizierten Steinmetze verrichteten ihre Arbeit nicht in den Steinbrüchen direkt, wo die Witterungseinflüsse ungeschützt auf die Zwangsarbeiter einwirkten, sondern in Hallen, wodurch die Todesgefahr durch Erkrankung oder durch die völlig absenten Sicherheitsmaßnahmen deutlich gemindert war. Selbstverständlich war auch die Bearbeitung des Gesteins eine schwere Belastung, aufgrund der Tatsache jedoch, dass die Erzeugnisse so qualitativ hochwertig wie möglich sein sollten, war der Erhöhung des Arbeitstempos hier ein gewisses Limit gesetzt. Darüber hinaus stellte auch die Qualifikation an sich eine gewisse Lebensversicherung dar, strebte die SS doch danach, die unter großem Zeitaufwand ausgebildeten Steinmetze nicht gleich wieder ersetzen zu müssen.¹⁶⁹ Hier soll selbstverständlich nicht der Eindruck entstehen, die Häftlinge des Steinmetzkommandos hätten ein sorgloses Leben im KZ geführt – sie wurden wie im gesamten Betrieb bei der Arbeit von Kapos angetrieben, waren wie alle unzureichend ernährt, infolgedessen stark geschwächt und der alltäglichen Gewalt ausgeliefert. Besonders die jungen Lehrlinge – darunter auch straffällig gewordene Deutsche sowie ab 1942 Jugendliche aus den besetzten Teilen der Sowjetunion – litten unter diesen Arbeitsbedingungen. Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich im Lager rasant und endete in vielen Fällen mit dem Tod. Dennoch sind zwei weitere merkliche Vorteile im Zusammenhang mit dem Steinmetzkommando zu nennen: Einerseits die Tatsache, dass – wie Himmler persönlich angeordnet hatte – die in Ausbildung stehenden Häftlinge möglichst an ihrem Einsatzort verbleiben sollten und somit nicht verlegt wurden, andererseits die Chance, an einen der zivilen Ausbilder zu geraten, von denen einige besser mit den Häftlingen umgingen als die Kapos oder SS-Wachmänner.¹⁷⁰

Das Arbeitskommando umfasste neben den Steinmetzlehrlingen und den die Granitpflastersteine herstellenden Häftlinge auch sogenannte „Handspalter“ sowie Bohrer. Je nach Tätigkeitsbereich variierten, wie bereits erwähnt, die Rahmenbedingungen für die Zwangsarbeit. Die Bohrer etwa, mussten mit Pressluftgeräten unter freiem Himmel schuften und stellten dabei eine Schnittstelle zwischen den Steinbrüchen, von denen das Rohmaterial geliefert wurde, und den Hallen dar, in

¹⁶⁸ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 636.

¹⁶⁹ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 196.

¹⁷⁰ Ebd., S. 197.

denen die Endbearbeitung stattfand. Dieser Umstand hatte unter anderem den Nachteil, dass sie den Kapos zweier Arbeitsgruppen ausgeliefert waren und so quasi die doppelte Überwachung, potentiell auch die doppelten Misshandlungen, erfuhren.¹⁷¹

Die Erdbewegungsarbeiten gelangten ebenfalls zu trauriger Bekanntheit. Egal, ob die Häftlinge Aufschüttungsarbeiten für Ausbaumaßnahmen zu erledigen oder die schweren mit Kies und Splitt beladenen Loren des Unterbruchs zu schieben hatten – die Arbeitsbedingungen waren nicht selten tödlich. Abseits vom Gewicht der Loren beziehungsweise der Massen an Erdreich, die aufgeschüttet werden mussten, sorgten auch hier die SS-Aufseher und Kapos mit Misshandlungen und bewusst herbeigeführten Erdrutschen oder Stürzen für ein Massensterben.

Die einzigen Arbeitskommandos, die bis 1942 zumindest eine gewisse Erleichterung im Vergleich mit den bereits beschriebenen aufwiesen, waren jene der Bauleitung und des Gleisbaus. Besonders in letzterem, das nicht mit dem bereits erwähnten Kommando Bahnbau zu verwechseln ist, herrschten erträglichere Umstände, was vor allem dem menschlicheren Führungsstil des zuständigen Kapos bezüglich der Verteilung der Arbeit und dem geringen Einsatz schikanöser Maßnahmen zu verdanken ist.

Der Tätigkeitsbereich der Bauleitung umfasste die verschiedensten handwerklichen, wie auch grafische und Installationsarbeiten. Der Vorteil, einer derartigen Gruppe zugeteilt zu sein, lag auch in der kleinen Anzahl der Häftlinge pro Gruppe, wodurch die Aufseher den Überblick schwerer behalten konnten und somit das Arbeitstempo verringert wurde, sowie in den, wie schon bei den Steinmetzen erwähnten, von Witterungseinflüssen geschützten Arbeitsplätzen.¹⁷²

Die Wetterbedingungen wirkten sich generell auf die Arbeitsproduktivität aus. Bei starkem Schneefall und bis zu 30 Grad unter Null, wie zu Beginn des Jahres 1942, wurden die Abbauarbeiten in den Brüchen vorübergehend völlig ausgesetzt. Die daraus resultierenden Mangelphasen an Rohmaterialien ließen die Arbeitsbelastung in den Steinmetzhallen ebenfalls sinken. Die einzigen Bereiche, die durchgehend über die Wintermonate hinweg weiter in Betrieb blieben, waren die Büros sowie die Werkstätten.¹⁷³ Der Tatsache, dass die Firmenleitung bei Kälte die Arbeiten einstellen ließ, liegt jedoch kein erkennbarer humanitärer Gedanke zugrunde. Vielmehr handelte es sich um ökonomische Hintergedanken, wie laut Hermann Kaienburg aus den Monatsberichten hervorgeht. In jenen beklagten sich die

¹⁷¹ Ebd., S. 199.

¹⁷² Ebd., S. 201.

¹⁷³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 636.

Werksleitungen über die schlechte Ernährungslage der Häftlinge, wodurch „*eine wirtschaftliche Ausnutzung der Steinbruchbetriebe [...] kaum möglich sein wird*“.¹⁷⁴

Aus denselben Gründen kritisierte die Firmenleitung auch die Absenz von Winterbekleidung beanstandet oder die hygienischen Zustände.

Zusammenfassend lässt sagen, dass bis zur Umstellung der Produktion der DEST auf Rüstungsgüter und zu den Kooperationsverträgen mit anderen Firmen 1943 die Förderung von ökonomisch verwertbarem Steinmaterial und die damit verbundenen nötigen infrastrukturellen Maßnahmen sowie der Aus- und Aufbau der Konzentrationslager die Hauptaufgaben der Zwangsarbeit leistenden Häftlinge darstellten. Die Arbeitsbelastung war je nach Verwendungszweck unterschiedlich, aber in jedem Fall überstieg sie aufgrund der furchtbaren Haftbedingungen die eines zivilen Arbeiters deutlich. Sämtliche für das Unternehmen wichtige Tätigkeiten von Büro bis Erdbewegungsarbeiten verrichteten die Häftlinge, wobei die DEST-Funktionäre lediglich die Direktiven gaben und die Entscheidungen trafen. Die Rentabilität der DEST stützte sich daher nahezu ausschließlich auf die Zwangsarbeit und die zinslose Finanzierung von Seiten des Reiches, in dessen Besitz sich die Konzentrationslager befanden.

Der Tod eines einzelnen Zwangsarbeiters spielte daher nur, wenn dieser Fall massenhaft auftrat, eine Rolle, da hohe Häftlingszahlen Gewinn bedeuteten. Die Frage nach der Diskrepanz zwischen der Vernichtung der dem nationalsozialistischen Weltbild nicht entsprechenden Personen und den daraus erwachsenden wirtschaftlichen Nachteilen für die DEST – besonders wenn bereits Ausbildungskosten investiert worden waren – soll in späteren Kapiteln noch näher erörtert werden.

¹⁷⁴ Ebd., S. 637.

Die DEST und ihre Entwicklung 1943–1945 – Die Umstellung der SS-Wirtschaft auf Rüstungsoperationen

Bis 1942 diente die Zwangsarbeit in den Steinbrüchen in Mauthausen und Gusen nicht primär dem Zweck der Wirtschaftlichkeit, sondern der Bestrafung, Schikane und Ermordung der Häftlinge.¹⁷⁵ Aufgrund der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung, die die KZ-Häftlinge als einzig verbliebenes größeres – zudem kostenloses – Arbeitskräftereservoir für kriegswichtige Betriebe hatten, begann jedoch eine Verlagerung der Interessen der SS, welche sich auch in der Gründung des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamts unter Oswald Pohl im Februar 1942 äußerte, das den Massenarbeitseinsatz der Häftlinge für SS-Firmen sowie für fremde Unternehmen verwaltete. Auch die Produktion der SS-eigenen Betriebe wurde nun sukzessive den kriegsbedingten Erfordernissen angepasst.¹⁷⁶ Infolge dieser reichsweiten Entwicklung gewann der Rüstungseinsatz der Häftlinge immer mehr an Bedeutung.

Im Februar 1943 unternahm die DEST, infolge des erhöhten Bedarfs an Rüstungsproduktion für den Krieg, dessen möglicher Ausgang sich für die deutsche Wehrmacht immer ungünstiger zu entwickeln abzeichnete, die ersten größeren Kooperationen mit Rüstungsbetrieben.¹⁷⁷ Die bis dahin verfolgte Strategie der deutschen Kriegsführung, die Sowjetunion schnell niederzuringen, erwies sich ab Anfang 1942 endgültig als Utopie und man musste sich auf einen längeren Kriegseinsatz einstellen. Dies bedeutete einen höheren Bedarf an Soldaten und damit verbunden an Rüstungsgütern.¹⁷⁸

Die Grundvoraussetzung für diese in den folgenden Jahren weiter intensivierten Produktionsabkommen war das beiderseitige Ziel, die aufgrund der Fortdauer des Krieges notwendige Erhöhung der Rüstungsproduktion sowie die durch den Fronteinsatz fehlenden Arbeitskräfte durch Häftlingsarbeit abzudecken. Die SS hatte zwar zunächst durchaus die Absicht, sich in hohem Maße an der Rüstungsproduktion zu beteiligen, jedoch fehlte hierfür die Bereitschaft der alteingesessenen staatlichen wie privatwirtschaftlichen Instanzen, auf dem Gebiet Kompetenzen ab-

¹⁷⁵ Bertrand Perz, Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 2. Göttingen 1998, S. 534f.

¹⁷⁶ Kaienburg: Zwangsarbeit, S. 179–190; Orth: System, S. 166–180; Schulte, Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, S. 150f.

¹⁷⁷ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 637.

¹⁷⁸ Fabrèguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen, S. 204.

zutreten. Ein weiteres Problem der Produktionsverlagerung war die Unfähigkeit der SS, die für die Abwicklung der Produktionsvorgänge erforderlichen Fach- und Führungskräfte bereitzustellen beziehungsweise solche in großem Umfang und kurzer Zeit auszubilden.¹⁷⁹ Diese Voraussetzungen wirkten sich maßgeblich auf die Gestaltung der Verträge für die Produktionsabkommen zwischen der DEST und ihren Partnern aus.

Generell jedoch gelang es der SS nicht, ab 1942 eigene Rüstungsbetriebe aus der Traufe zu heben beziehungsweise Betriebe zu übernehmen. Übernahmeversuche von Betrieben in den besetzten Gebieten als auch im Reich selbst scheiterten, da sämtliche in den großen Lagern, wie etwa Buchenwald und Auschwitz, ansässigen Betriebe die Übergabe der Produktion erfolgreich verweigerten.¹⁸⁰ Lediglich in den bereits etablierten Betrieben wie in Mauthausen, Oranienburg und Flossenbürg gelang es durch die Kooperationen zumindest, die Produktion unter SS-Aufsicht durchzuführen.¹⁸¹ Grund für diese Entwicklung war die zunehmende Missbilligung der politischen Vertreter der Privatwirtschaft gegenüber einer potentiellen Etablierung der SS in diesem Wirtschaftssektor. Aus einem Schreiben des Reichswirtschaftsministers Walther Funk an Oswald Pohl aus dem Jahr 1941 geht bereits die kritische bis feindliche Haltung gegenüber der *„Beteiligung öffentlicher Stellen an wirtschaftlichen Unternehmungen“*¹⁸² hervor. Er weist weiters eindeutig die Privatwirtschaft als vorrangig bei der Umsetzung der ökonomischen Aufgaben aus.¹⁸³

Zusammenfassend war der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungswirtschaft auf sich überschneidende ökonomische Interessen von Privatwirtschaft und SS zurückzuführen, welche durch wechselseitige persönliche Kontakte und Naheverhältnisse schließlich realisiert werden konnten.¹⁸⁴

Nicht alle DEST-Standorte schlugen den Weg der Rüstungsproduktion ein. Von den beschriebenen Standorten wurde neben Mauthausen in Oranienburg sowie Flossenbürg, Natzweiler und Groß Rosen umgestellt.

¹⁷⁹ Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft, S. 335.

¹⁸⁰ Vgl.: Kaienburg: KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse, S. 54.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Bundesarchiv Koblenz, NS3-1415, Funk an Pohl, 24. Juni 1941, zit. in: Kaienburg: KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse, S. 53.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Florian Freund, Bertrand Perz: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der „Ostmark“, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 329.

Flossenbürg begann am 5. Februar 1943 mit der Produktion für Messerschmitt. Im selben Jahr wurde der Betrieb bereits um weitere Fertigungen erweitert. Bis Kriegsende wurden sämtliche Teile des Me 109-Jägers in Flossenbürg erzeugt.¹⁸⁵

Die Umbaukosten für die Rüstungsfertigung wurden von der DEST-Hauptverwaltung getragen. Die Gewinne entwickelten sich dementsprechend explosionsartig und erreichten im ersten Halbjahr 1944 1.343.000 RM.¹⁸⁶

In Oranienburg wurde zusätzlich zur Ziegelei 1944 eine Fertigungsanlage für Wurfgranaten für die Wehrmacht errichtet. Anfang März waren bereits die ersten Maschinen für die Produktion geliefert worden. Eine Besonderheit an diesem Standort war die Möglichkeit, unabhängig von der Wehrmachtskontrollinstanzen zu agieren. Die Fertigung wurde stetig erweitert und ein paar Monate vor Kriegsende verlagerte auch noch BMW die Herstellung von Triebwerkteilen an diesen Standort.¹⁸⁷

In Groß Rosen beschränkte sich die DEST bei der Rüstungsfertigung lediglich auf das Verpachten von Gebäuden.

In Neuengamme wurden noch die nötigen Maschinen geliefert, die Produktion lief jedoch nicht mehr an.

Das Natzweiler Werk begann im Mai 1943 mit der Rüstungsproduktion für die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG. Die Arbeiten umfassten vor allem das Schweißen von Lufttorpedobestandteilen. Eine Unter-Tage-Verlagerung der Produktion wurde ebenfalls begonnen, jedoch nach der Fertigstellung von ca. 50 Metern Stollen gegen Kriegsende eingestellt.¹⁸⁸

¹⁸⁵ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 620.

¹⁸⁶ Ebd., S. 622.

¹⁸⁷ Ebd., S. 680.

¹⁸⁸ Ebd., S. 725–726.

Die Entwicklungen des DEST Betriebes in Mauthausen/Gusen

1943–1945

Umstellung auf Rüstungsk Kooperationen in der „Ostmark“

Auch auf dem Gebiet des eingegliederten Österreich finden sich bei der Betrachtung der DEST-Kooperationen hauptsächlich staatliche Firmen.

Dies lag an der Struktur der Rüstungsindustrie in Österreich zur Zeit des „Anschlusses“ an das Deutsche Reich: Der Großteil der Rüstungs- sowie Rohstoffindustrie musste erst aufgebaut beziehungsweise eingegliedert werden, was sich am besten durch große Investitionsgesellschaften oder staatliche Firmen aus dem „Altreich“ bewerkstelligen ließ. Die Arbeitsmarktsituation in der 1938 neu gebildeten „Ostmark“, die wirtschaftlich dem „Altreich“ hinterherhinkte, war für die Ausbildung von Facharbeitern und Stammebelegschaften der Rüstungsbetriebe zeitlich äußerst ungünstig, da der Krieg bereits ein Jahr nach dem „Anschluss“ begann und infolgedessen zahlreiche junge Männer zur Wehrmacht rekrutiert wurden. Diese Umstände erhöhten die Attraktivität der Zwangsarbeit in großem Stil zur Schließung der entstandenen Lücken. Trotz des begonnenen teils massiven Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften in der Rüstungsproduktion gingen Firmen wie beispielsweise die „Reichswerke Hermann Göring“, Steyr-Daimler-Puch AG oder IG Farben durch verstärkte Zusammenarbeit mit der SS zum Einsatz von KZ-Häftlingen über.¹⁸⁹ Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, in hoher Anzahl und während des Krieges, wurde daher soweit ausgeschöpft wie möglich.¹⁹⁰

Neben den großen staatlichen Wirtschaftsbetrieben gehörte auch die Wehrmacht zu den Kooperationspartnern der DEST. Die Amtsgruppe C des WVHA stellte einen SS-internen Geschäftspartner dar. Gegenstand dieses Geschäfts mit der Amtsgruppe C war die Anfertigung von Stahlbetonträgern und anderen Bauteilen sowie für den Eigenbedarf. Dieser Auftrag sollte unter anderem durch die Genehmigung von Gauleiter August Eigruber persönlich zustande kommen, der das zukünftige Betriebsgelände Mitte 1944 sogar persönlich besichtigte. Aufgrund des

¹⁸⁹ Bertrand Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen. Vergleichende Perspektiven, in: Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz-VW-Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter. Innsbruck u. a. 2003 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte; 13), S. 87.

¹⁹⁰ Florian Freund, Bertrand Perz: Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Emmerich Talos (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988, S. 104, in: Bertrand Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Göttingen 1998, S. 535–536.

Krieges konnten jedoch die für den Betrieb notwendigen Maschinen nicht geliefert werden, was das gesamte Projekt in der Phase der Bauarbeiten verharren und schließlich auch verenden ließ.¹⁹¹

Im Frühjahr 1943, am 23. Februar, vereinbarte die DEST eine der ersten Lieferabkommen mit dem Feldzeugkommando Wien. Es umfasste die Herstellung von Geschützteilen sowie die Instandsetzung von Fahrzeugen. Die dafür nötigen Werkstätten wurden sogleich errichtet, wobei die SS Arbeitsfläche und Arbeitskräfte, das Heereszeugamt die für die Produktion nötigen Materialien, Maschinen und das Heizmaterial bereitstellte, aber auch die Waggonzustellungskosten sowie die Stromkosten übernahm.¹⁹² Eine Besonderheit dieser Zusammenarbeit waren die geringen Kosten, die die DEST von den Drittfirmen für die Arbeitskräfte verlangte. Dies wurde jedoch weitestgehend kompensiert durch den quasi Ausschluss der DEST von Gewährleistungspflichten. Das bedeutete das Risiko ökonomischer Einbußen, die durch Zwangsarbeit oftmals anfallen konnten: Von schwachem Arbeitsoutput über Ausfälle bei der Versorgung mit Rohmaterial bis hin zu einem potentiell qualitativ minderwertigen Endprodukt trug die Wehrmacht allein die Verantwortung, während die DEST sich nahezu schadlos halten konnte. Die Anzahl der Häftlinge, die in der Produktion im Auftrag des Heereszeugamtes Wien und damit der Wehrmacht arbeiteten, betrug gegen Ende des Jahres 1943 234, laut Kaienburg lassen sich jedoch für die Folgejahre keine genauen Angaben ermitteln.¹⁹³

Die Kooperation mit den „Reichswerken Hermann Göring“ – Schlackenwerk in Linz

Die völlige Umstellung der DEST-Betriebe in Mauthausen und Gusen auf Rüstungsproduktion beziehungsweise Kooperationen an sich erst ab dem Jahre 1943 zu verorten, ist nicht korrekt. Bereits 1941, in der Phase des Aufbaus der Werksiedlungen, sollten Häftlinge des KZ Mauthausen im Auftrag der „Reichswerke Hermann Göring“ (RWHG) ein Holzbearbeitungswerk bauen, um darin Fensterrahmen und Spinde herzustellen. Der Jahresumsatz der Werkstätte sollte ungefähr 2 Millionen RM betragen, die Kosten für die Errichtung und Bestückung mit Maschinen – immerhin über 1,5 Millionen RM – sollten ausschließlich von den Reichswerken getragen werden. Die SS schuldete folglich nur die Arbeitskräfte und

¹⁹¹ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 641.

¹⁹² Vgl.: NARA, Financial records, T976 Roll 16, 00956, Auflistung von Verträgen der Granitwerke Mauthausen, 31. Dezember 1942, S. 1.

¹⁹³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 637.

die Errichtung der notwendigen Gebäude. Dieses großzügige Angebot hatte jedoch aus Sicht der SS beziehungsweise Oswald Pohls den Nachteil, dass die Reichswerke auch die Entscheidungshoheit über das Führungspersonal des Werkes für sich beanspruchten. Pohl hingegen plante, die Führung des Betriebes dem SS-Betrieb „Deutsche Ausrüstungswerke GmbH“ zu übertragen.¹⁹⁴ Für eine derartige Forderung mangelte es jedoch an finanziellen Mitteln, die Errichtung nötigenfalls auf eigene Faust durchzuführen, beziehungsweise an der Kenntnis über die tatsächlichen Kapazitäten der Lager hinsichtlich Hilfs- und Facharbeitern.¹⁹⁵

Im November 1942 wurden erste langfristige wirtschaftliche Kooperationskontakte zwischen dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt in Gestalt des Chefs des persönlichen Stabes Himmlers, Karl Wolff, und den „Reichswerken Hermann Göring“, vertreten durch Generaldirektor Paul Pleiger, geknüpft. Gegenstand der Verbindung war die Errichtung einer Hochofenschlackenverwertungsanlage, die nach Inbetriebnahme von der DEST gepachtet werden sollte. Das Projekt ergab sich in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu dem bereits erwähnten gescheiterten Vorhaben eines Großziegelwerks in Prambachkirchen und wurde daher von der SS sehr begrüßt.¹⁹⁶ Als Standort schlugen die Reichswerke Hermann Göring ein Gelände bei Linz vor, wo die Verarbeitung der Hochofenschlacke bisher mit grobem Arbeitskräftemangel zu kämpfen gehabt hatte, was die ersten Kontakte mit Pleiger und Wolff erst aufleben ließ.¹⁹⁷

Die Finanzierung des Projekts sollte die Hütte Linz übernehmen, die auch die Schlacke bereitstellen sollte, der Gewinn jedoch zu gleichen Teilen unter der DEST und den Reichswerken dividiert werden. Der erste Entwurf der Kooperationsübereinkunft sah die Gründung einer neuen Gesellschaft vor mit jeweils einem Vorstandsmitglied von beiden Vertragspartnern, wobei der DEST der kaufmännische und den Reichswerken der technische Posten zukommen sollte. Auch über die Kapazitäten des zukünftigen Betriebes wurde eifrig verhandelt und Kostensummen von 800.000 bis 3,5 Millionen RM je nach Variante der Werksgröße genannt.¹⁹⁸ Es traten daher zwei Firmen als Akteure auf, um eine Schlackensteingesellschaft zu realisieren: einerseits die DEST als SS-Betrieb und andererseits die Tochterfirma „Steine und Erden GmbH“ der Reichswerke. Die DEST wollte ihren Baustab unter Erduin Schondorff, einem Experten in der Ziegeleibranche, der seit

¹⁹⁴ Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 465–466.

¹⁹⁵ Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft, S. 314.

¹⁹⁶ Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke, S. 91.

¹⁹⁷ Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 470–475.

¹⁹⁸ Ebd., S. 470.

der erfolgreichen Umrüstung des Oranienburger Debakels einen besonders guten Ruf genoss, mit der Errichtung betrauen. Dies wurde jedoch aus eigentumsrechtlichen Gründen von den Reichswerken abgelehnt und deren Gegenvorschlag wiederum von der SS aus ähnlichen Gründen verneint.

Die Verhandlungen zogen sich hin, einige Aspekte nahmen aber allmählich konkretere Züge an:¹⁹⁹ Die Bauleitung für den behelfsmäßigen Ausbau wurde Sache der RWHG-Tochter „Steine und Erden GmbH“, für welchen die SS die Arbeitskräfte stellen sollte. Ein Gesamtausbauwert inklusive der Anschaffungskosten der notwendigen Maschinen wurde auf 830.000 RM beziffert. Für die Häftlingsunterkünfte hatten die ebenfalls die Reichswerke Sorge zu tragen. Noch vor dem ersten Spatenstich kamen in einer erneuten Besprechung die ersten Unstimmigkeiten bezüglich der Arbeitsleistung und der damit einhergehenden Anzahl an Häftlingen zu Tage. Dennoch wurden einige entscheidende Punkte festgelegt, wie die Betriebszeit des Werkes und der tägliche Output sowie Arbeitszeit und –tage der Zwangsarbeiter. Die von Seiten der SS sehr niedrig bezifferte Häftlingsarbeit enttäuschte die RWHG und zögerte den Vertragsabschluss weiter hinaus.

In einer weiteren Besprechung zwischen Vertretern beider Seiten am 1. September 1942 wurde die potentielle Frage nach einem eigens für dieses Projekt zu errichtendes KZ-Außenlager erörtert.²⁰⁰ Das SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt sollte dieses auf Kosten des Reiches errichten, jedoch der Betrag später durch die Zahlung von Arbeitslöhnen von der Betriebsgesellschaft wieder an den Staat zurückfließen. Nach Uneinigkeiten bei der Standortfrage für das Lager und der Einbeziehung des Lagerkommandanten in Mauthausen, Franz Ziereis, fiel die Entscheidung auf ein von den RWHG ausgesuchtes Gelände. Ziereis hatte jedoch Bedenken angemeldet, die benötigten Häftlingskapazitäten nicht bereitstellen zu können und angeregt, den Reichswerken in Linz direkt von der SS-Zentrale aus eigene Häftlinge abzustellen.²⁰¹

Weitere Streitigkeiten waren die Frage nach dem zu erwartenden Gewinn und dessen Aufteilung sowie die Bedenken seitens der DEST, das neue Unternehmen „Hochofenschlacke Linz GmbH“ könnte eine Konkurrenz für den Standort Mauthausen darstellen. Trotzdem begann die Vertragsaufsetzung Mitte Oktober 1942. Pleiger jedoch weigerte sich nun, trotz der Vereinbarungen mit Himmler, den Vertrag vor der Prüfung durch einen Juristen zu unterschreiben.²⁰² Naasner

¹⁹⁹ Ebd., S. 470–471.

²⁰⁰ Ebd. S. 474.

²⁰¹ Ebd., S. 475.

²⁰² Ebd.

interpretiert diese Vorgangsweise als taktischen Schritt, dass die Übernahme der Finanzierung sowie paritätische Gewinnaufteilung lediglich die SS in die Kooperationen locken sollte, um zusätzliche billige Arbeitskräfte aus den Lagern zu erhalten. Das Bestehen der SS-Führung auf eine gleichwertige Partnerschaft sabotierten die Reichswerke schlichtweg, indem sie die potentiellen Gewinnsummen niedrig bezifferten, um den DEST-Funktionären das weitere Engagement zu vergällen.²⁰³ Dieses strategische Vorgehen schien sich jedoch bezahlt zu machen, denn am 7. November 1942 wurde ein neuer Vertrag ausgehandelt, der deutlich übersichtlicher und auf „Treu und Glauben“ basierte. Dieser sah nun die Pachtung der Linzer Schlackenwerke durch die DEST vor, nicht – wie bisher geplant – eine neue Schlackenverwertungsgesellschaft aus der Traufe zu heben. Auch der Bau der Anlage nebst Häftlingslager fiel der DEST zu, Gewinne und Verluste sollten geteilt werden. Die „Reichswerke Hermann Göring“ traten als Financiers, Besitzer und Verpächter der Schlackenwerke auf und sollten zunächst auch als Hauptabnehmer der Produktionsgüter fungieren. Die SS in Gestalt der DEST ging folglich keine direkte geschäftliche Gemeinschaftsunternehmung mit den Reichswerken ein und musste sich mit der „Ausleihe“ der KZ-Arbeitskräfte begnügen. Die Entscheidung die diesen Ausgang wahrscheinlich maßgeblich beeinflusste hatte Hitler im September 1942 getroffen.²⁰⁴

Die DEST beteiligte sich wie angesprochen am Aufbau des Konzentrationslagers Linz I, das unter dem Kommando des SS-Obersturmführer Fritz Miroff stand. Der erste Häftlingstrupp wurde bereits ab Mitte Dezember 1942 von Mauthausen zur Baustelle gebracht. Nach der Errichtung von drei Blocks wurden die Wachmannschaftsunterkünfte hinzugefügt und das neue Außenlager des KZ Mauthausen am 11. Jänner 1943 offiziell eröffnet.²⁰⁵

Die Fabrik selbst begann im Sommer 1943 nach der Verbringung von etwa 700 Häftlingszwangsarbeitern die Produktion und stellte bis September wurden bereits 10.500 Tonnen Packlage her. Neben dem Löwenanteil für die Reichswerke wurden Schlackensteine aus dieser Fertigung auch zum Aufbau neuer Konzentrationslager verwendet. Die zentrale Verwaltung der DEST über das Linzer Werk hatte ihren Sitz in Prambachkirchen, wovon auch der neben der Produktion betriebene Ausbau geleitet wurde, bei dem ein Großteil der Häftlinge zum Einsatz kam.

Die Produktion der Hochofenschlacke kostete die DEST 1,4 RM pro Tonne, welche sie an die Reichswerke abführten, diese kauften im Gegenzug die Packlage als

²⁰³ Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft, S. 311–312.

²⁰⁴ Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke, S. 91.

²⁰⁵ Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 470–475.

fertiges Produkt dem Schlackenwerk zu 3,96 RM pro Tonne ab. Die Reichswerke zogen aufgrund der hohen Aufbaukosten laut Perz wahrscheinlich nicht übermäßig hohen Gewinn aus der Schlackenverwertung, konnten sich jedoch die beträchtliche Arbeitsleistung der Häftlinge von Linz I zunutze machen und waren darüber hinaus die Alleinabnehmer der Endprodukte – zumindest für die erste Zeit.²⁰⁶

Eine weitere erfolgreiche Kooperation betraf den Bau eines Kraftwerkes in Ternberg im ehemaligen Oberösterreich, welche auch von der Errichtung eines eigenen Außenlagers gekrönt wurde.²⁰⁷ Bertrand Perz kommt zu dem Schluss, dass die von Mitte bis Ende 1942 angestregten Kooperationsbestrebungen der SS mit den Reichswerken seitens der SS, mit der Absicht, sich im industriellen Sektor zu etablieren, betrieben wurde. Die Position der RWHG als Verpächter, welcher einerseits die Schlacke für die Weiterproduktion anlieferte und andererseits auch als Abnehmer der Endprodukte fungierte, verwies die SS jedoch auf den Platz des Häftlingsarbeitsvermittlers und verhinderte jede potentielle weitere ökonomische Expansion.²⁰⁸

Die Kooperation mit Steyr-Daimler-Puch

Erste Kooperationsversuche mit der Steyr-Daimler-Puch AG hinsichtlich der Nutzung der Arbeitskraft von Häftlingen der Konzentrationslager Mauthausen waren bereits 1941 über die Bühne gegangen. Gute Kontakte zur SS ermöglichten es, dass im Frühjahr dieses Jahres 300 KZ-Häftlinge für den Bau eines Flugzeugmotorenwerks in Steyr eingesetzt wurden, wo in der Folge auch das erste Außenlager des KZ Mauthausen eröffnet wurde.²⁰⁹ Diesen ersten Initiativen sollte schon wenig später eine besonders fruchtbare, den Rest des Krieges überdauernde Partnerschaft mit der 1942 aus den Reichswerken ausgeschiedenen Tochterfirma, „Steyr-Daimler-Puch AG“ (SDP), folgen. Es war ebenfalls eines ersten Kooperationsunterfangen von SS und Rüstungswirtschaft bei dem KZ- Häftlinge eingesetzt wurden.²¹⁰

Einer der Hauptgründe für das Zustandekommen dieser Geschäftsverbindung ist in der Person des Generaldirektors Dr. Georg Meindl zu finden. Dieser hatte schon früh Kontakte zu hohen NS-Funktionären geknüpft und war in die SS eingetreten –

²⁰⁶ Ebd., S. 472.

²⁰⁷ Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, S. 539.

²⁰⁸ Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke, S. 94.

²⁰⁹ Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 470–475.

²¹⁰ Silvia Rief: Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit. Die Steyrer- Werke und das KZ Gusen, Innsbruck 2005, S.127.

er lässt sich damit in die Reihen der politisch motivierten Karrieristen dieser Zeit einordnen. Sein guter Draht zu Hermann Göring hatte ihm bereits kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 den Posten des Generaldirektors in den Hermann Göring-Werken in Linz verschafft und er begann sofort, den Betrieb nach den für große staatliche NS-Betriebe typischen Charakteristiken auszurichten. Ähnlich wie zum Beispiel auch in den „Deutschen Wirtschaftsbetrieben“ der SS unter Oswald Pohl herrschte in den RWHG eine strikte Hierarchie und ein unangreifbarer, über den Konzern herrschender „Führer“ in Gestalt des Generaldirektors. Besonders eifrig agierte er in Fragen des ökonomischen Ausbaus, vor allem auf regionaler Ebene im ehemaligen Österreich, um dem Konzern und damit sich selbst einerseits möglichst viel Handlungsspielraum gegenüber den Behörden zu verschaffen und andererseits der Ökonomie in der „Ostmark“ quasi seinen Stempel aufdrücken zu können.²¹¹

Die Grundlage für ein derartiges Agieren Meindls war die Gunst hoher Partei- und SS-Funktionäre sowie anderer damaliger Wirtschaftsgrößen, derer er sich immer wieder auf Neue versicherte, gepaart mit der Fähigkeit, der politischen Zielsetzung nicht den völligen Vorrang gegenüber der ökonomischen zu geben. Im Falle des Einsatzes von KZ-Häftlingen beim Aufbau des Betriebes sowie später bei der Wertschöpfung selbst kommen diese genannten Faktoren zum Tragen.²¹² Die ökonomische Verlockung der Zwangsarbeit traf bei Meindl auf eine besonders fruchtbare politisch-weltanschauliche Basis.

Besonders befördert wurden die bereits seit 1941 bestehenden Kooperationen der SS mit der SDP durch Ernst Kaltenbrunner und den Kommandanten von Mauthausen Franz Ziereis, welche den späteren schrittweisen Ausbau nicht nur der Fertigungsanlagen in Mauthausen/Gusen, sondern ab März 1942 bereits ein eigenes Außenlager in Steyr-Münichholz mit ermöglichten. Die SDP stellte generell den ersten Rüstungsbetrieb dar, der auf österreichischem Gebiet KZ-Gefangene sowohl in der Produktion selbst, als auch bei der Errichtung von Produktionsstätten einsetzte.²¹³ Im Gegenzug zu den wahrscheinlich zahlreichen Waffenlieferungen der Steyr-Daimler-Puch an die SS-Wachmannschaften versuchte die SS, Häftlinge aus dem Justizgewahrsam in die Verfügungsgewalt der SS überzuführen, um dem notorischen Arbeitskräftemangel in Folge des Kriegseinsatzes entgegenzutreten.

Das Verhältnis von SDP und SS war daher, schon bevor die Arbeiten in Maut-

²¹¹ Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 470–475.

²¹² Bertrand Perz: Politisches Management im Wirtschaftskonzern. Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutliche Wirtschaft. Opladen 1996, S.104.

²¹³ Ebd., S. 104.

hausen/Gusen für den Rüstungskonzern begannen, durchaus innig, da die Vermietung von Häftlingen offensichtlich ein einträgliches Geschäft beiderseits darstellte.²¹⁴ Durch diese Abmachung sollte die eigentlich vorgesehene Kontrollinstanz der Rüstungsproduktion, nämlich das Oberkommando der Wehrmacht ausgebootet werden, was jedoch postwendend zum Protest seitens des Heereswaffenamtes führte. Gegenstand des Protestes war vor allem die alleinige Überwachung von Qualität und Quantität der Erzeugnisse durch die SS und SDP, wodurch nur diese nachvollziehen konnten, wieviele Waffen tatsächlich an die SS geliefert wurden. Gegenüber dem OKW rechtfertigte man sich mit der Aussage, die Waffen würden an SS fallen, was implizierte, dass niemand anderer berechtigt sei, die Produktion zu überprüfen.²¹⁵

Große Teile der Industrie sahen die Verlegung der Produktion von Rüstungsbetrieben nicht gerne, da sie es bevorzugten, die Häftlinge vor Ort in die Betrieben und somit in den Produktionszyklus einzugliedern anstatt mit Teilen der Firmen in die Lager zu ziehen. Dies verhinderte eine Ausweitung der Produktion von Rüstungsgütern abseits der Kontrolle der Wehrmacht und unter der Ägide der SS, wobei die SDP wie erwähnt eine partnerschaftliche Einstellung gegenüber der SS einnahm.²¹⁶ Steyr-Daimler-Puch konnte auf eine große Anzahl billiger Arbeitskräfte zugreifen, und potentielle Qualitätsstandards unterschreiten und hatte dennoch einen Abnehmer.²¹⁷

Die ersten Arbeiten für die Steyr-Daimler-Puch AG begannen bereits im Februar 1943, wenn auch der Vertragsabschluss erst am 30. April 1943 über die Bühne ging, der die Produktion von Gewehren im Lager Gusen beinhaltete. Diese Kooperation stellte jedoch insofern eine Besonderheit dar, da die SDP über den gesamten Ablauf der Produktion die Oberhoheit behielt und das ökonomische Risiko dadurch ebenfalls selbst trug. Die allfälligen Entgelte für die Häftlinge kassierte jedoch nicht die DEST, sondern die KZ-Verwaltung, da dies die ökonomisch günstigere Lösung war. Die DEST kümmerte sich um alle Rahmenbedingungen, die zunächst neben acht eigens errichteten Fertigungshallen im Ausmaß von je 9.000 m² Büros und Lagerräumen sowie das notwendige Gelände für die Be- und Verladung der Güter und selbstverständlich Elektrizität, technische Geräte und die für den Betrieb notwendigen Arbeitskräfte umfassten. Hierfür erhielt die DEST eine einmalige Zahlung von 166.300 RM sowie 49.475 RM als jährliche

²¹⁴ Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, S. 538–539.

²¹⁵ Ebd., S. 541.

²¹⁶ Bertrand Perz: Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk. Wien 1990, S. 91.

²¹⁷ Ebd., S. 93.

Miete für die Produktionsfläche, die errichteten Hallen sowie für die Verwaltungs- und Abwicklungsarbeiten 6.000 RM, die ab April 1943 auf 12.000 erhöht wurden.²¹⁸ Die Produktion umfasste ab Mai 1943 bereits 22.000 Karabiner im Monat.²¹⁹

Die Produktionsverlagerung direkt ins KZ bot nicht nur die Möglichkeit unbeobachteter vom OKW zu agieren, sondern vor allem jene, die dem Niveau der Wehrmacht nicht entsprechenden Produktionsgüter der SS zu überlassen.²²⁰ Diese Waffen kamen vor allem den KZ-Wachmannschaften zugute. Die Aufträge der SDP wuchsen mit der Zeit und damit auch die Fertigungsanlagen, deren Ausbau teilweise auf Kosten der vorherigen Steinmetzhallen durchgeführt wurde. Ende des Jahres 1944 wurde der Fertigungsraum um mehr als die Hälfte vergrößert. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gab es 18 Produktionshallen und eine Erweiterung der Produktpalette war eingeleitet worden.²²¹

Sie umfasste schlussendlich diverse Komponenten für Maschinenpistolen und Karabiner sowie Sturmgewehre und sogar Flugzeugmotoren. Die Anzahl der für die SDP beschäftigten Häftlinge kletterte bis Ende 1943 auf 1.300.²²²

Die Kooperation mit Messerschmitt

Ebenfalls im Jahre 1943 nahm die Entwicklung einer Kooperation zwischen der Luftrüstungsindustrie und der SS ihren Anfang.²²³ Wie auch in den vorangegangenen Fällen ergab sich eine fruchtbare Zusammenarbeit, die vor allem die SS in höchstem Maße begrüßte. Der mittlerweile zum Rüstungsminister ernannte Albert Speer war stetig bemüht, seinen Machtbereich auszudehnen, stieß jedoch im Falle der unter dem nahezu unangreifbaren Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, stehenden Luftrüstung an gewisse Grenzen. Dies öffnete eine potentielle Tür für ökonomische Einflussnahme im Rüstungssektor, der mit Verlauf des Krieges und den immer häufiger werdenden Luftangriffen über deutschem Boden zusätzlich Priorität gewann. Diese günstige Gelegenheit, einerseits potentielle Gegenspieler ohne Eingriffsmöglichkeit vorzufinden und andererseits den

²¹⁸ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 638–639.

²¹⁹ Perz: Projekt Quarz, S. 91.

²²⁰ Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, S. 542.

²²¹ Silvia Rief: Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit. Die Steyrer- Werke und das KZ Gusen, Innsbruck 2005, S.128.

²²² Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 639.

²²³ Vgl.: NARA, Financial records, T976 Roll 16, 00957, Auflistung von Verträgen der Granitwerke Mauthausen, 31. Dezember 1942, S. 2.

Einfluss auf die Kriegswirtschaft weiter vergrößern zu können, ließ sich die DEST nicht entgehen. Hauptakteure bei der Koordination dieser Vereinbarungen waren zunächst das Reichsluftfahrtministerium unter Göring und das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt unter Pohl. Die DEST vereinbarte daher in weiterer Folge Verträge mit mehreren Luftrüstungsbetrieben, wie der bereits beschriebenen Steyr-Daimler-Puch AG, aber auch der Messerschmitt AG, der Heinkel AG, der Bayerische Motorenwerke AG, sowie der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG.²²⁴

Die Wahl der Standorte fiel im Fall Messerschmitt auf Flossenbürg und Gusen, wo die Steinverarbeitung der Rüstungsproduktion sukzessive weichen sollte.²²⁵

Die Zusammenarbeit mit Messerschmitt am Standort Gusen begann bereits kurz nach einem Luftangriff der Alliierten auf das Messerschmittwerk in Regensburg am 17. August 1943. Hergestellt werden sollten in Gusen Bestandteile des Jagdfliegers vom Typ Me 109. Wie auch im Fall der Kooperation mit der SDP baute die DEST eigene Fertigungshallen oder nutzte umfunktionierte ehemalige Steinmetzwerkstätten. Die Produktion steigerte sich von den erwähnten anfänglichen Jagdflieger-Bestandteilen zu nahezu gesamten Flugzeugen bis hin zur Herstellung der neuen Düsenjäger vom Typ Me 262. Die Produktion der neuen Güter lief jedoch erst ab Beginn des Jahres 1944 an.²²⁶

Die Verträge mit den Luftrüstungsbetrieben, auch im Fall Messerschmitt, beinhalteten die Verpflichtung der DEST, die Werksanlagen bereitzustellen, neu zu bauen oder auszubauen sowie den Vertragspartnern die benötigten Häftlingszwangsarbeiter und bereits in SS-Betrieben beschäftigte zivile Arbeitskräfte zu überlassen. Die Rüstungsbetriebe wiederum hatten für den gesamten restlichen Ablauf Sorge zu tragen. Im Detail bedeutete das, die professionellen Abläufe durch entsprechendes Fachpersonal zu gewährleisten, die Maschinen sowie die Rohstoffe zu besorgen und schließlich die Kosten für die Umbauten der Werksanlagen und die erforderlichen Installationen zu begleichen.²²⁷

Die Zusammenarbeit intensivierte sich derartig, dass der Anteil der DEST in Gusen und Flossenbürg 35 Prozent der Gesamtproduktion der Messerschmitt-Werke betrug.²²⁸

²²⁴ Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft, S. 319.

²²⁵ Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, S. 57.

²²⁶ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 640.

²²⁷ Naasner: Neue Machtzentren der deutschen Kriegswirtschaft, S. 319.

²²⁸ Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, S. 57.

Unter-Tage-Verlagerung

Die bereits erwähnte ab 1943 immer stiegende Dichte von Luftangriffen auf Ziele im Deutschen Reich nach der Konferenz von Casablanca der Alliierten Anfang dieses Jahres zwang das deutsche Oberkommando zum Handeln.²²⁹ Die ersten Maßnahmen sahen die Verlegung von kriegswichtigen Betrieben in Gebiete außerhalb der Bomberreichweite vor. Diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als unwirksam, da die alliierten Bomberstaffeln ab Mitte 1943 von Nordafrika aus ihren Angriffsradius deutlich erweitern konnten.²³⁰ Die deutsche Führung reagierte auf diese Entwicklung zunächst mit der Dezentralisierung der Luftrüstung. Dies und konnte der Luftoberhoheit der Alliierten ebenfalls wenig entgegensetzen und verringerte darüber hinaus die Größe der Produktionseinheiten. Aus diesem Grund setzte schließlich ein Prozess schrittweiser Verlagerung der Schlüsselindustrien in eigens dafür errichtete unterirdische Bereiche ein. Auch hierfür wurde in großem Ausmaß Häftlingszwangsarbeit herangezogen, um die massiven Bauvorhaben zu realisieren.²³¹

Besonders die Luftrüstungsanlagen waren im Februar 1944 von den Alliierten stark in Mitleidenschaft gezogen worden, was das Reichslufffahrtministerium zu einer Vereinbarung mit dem WVHA der SS brachte, KZ- Häftlinge, von denen bereits 36.000 in der Luftrüstung eingesetzt waren, auch bei der Unter- Tage- Verlagerung der Produktion heranzuziehen.²³² Himmler sah darin eine weitere Möglichkeit der Einflussnahme auf die Rüstungswirtschaft und erklärte sich bereit 100.000 Häftlinge für das Unterfangen bereit zu stellen.²³³ Die Hoffnung auf eigene Produktion blieb jedoch unerfüllt, da die diesbezüglichen Kompetenzen in den Einflussbereich des Rüstungsministeriums und somit zu Speer übergingen. Die Zustimmung zur Bereitstellung zusätzlicher KZ- Häftlinge für die Verlagerungsprojekte ermöglichte jedoch, abseits der Produktionsfragen, wirtschaftliche Einflussnahme in einem Ausmaß das bis dahin nicht existiert hatte.²³⁴

Durch den hohen Arbeitsaufwand im Zuge der Verlegung der Produktion der Luftrüstungsgüter wurden die Außenlager Gusen II am 9. März 1944 und Gusen III, zur Versorgung der Lager Mauthausen sowie Gusen I und II mit Lebensmitteln, im

²²⁹ Bertrand Perz: „Wir haben in der Nähe von Linz unter Benutzung von KZ- Männern ein Vorhaben“. Zur Genese des Projektes Bergkristall, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ Gedenkstätte Mauthausen 2009. Wien 2010, S. 55–56.

²³⁰ Ebd., S. 56.

²³¹ Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, S. 543.

²³² Perz: Projekt Quarz, S. 145.

²³³ Ebd.,

²³⁴ Ebd., S. 146.

Dezember des selben Jahres gegründet.²³⁵ Gusen II erlebte in den letzten beiden Kriegsjahren einen starken Anstieg der Zahl der Insassen mit einem Höchststand von über 12.000 Häftlingen.²³⁶

Ebenfalls Anfang 1944 wurde schließlich die bereits im Dezember 1943 erlassene Anordnung Himmlers, Rüstungsfabrikationsanlagen unter Tage zu verlegen, umgesetzt und unterirdische Anlagen zwischen dem Kastenhofer Steinbruch und St. Georgen in Angriff genommen. Diese Stollenbauprojekte erhielten aus Sicherheitsgründen die verschleiern den Namen „Kellerbau“ und „Bergkristall“. Letzteres fiel in die Zuständigkeit des „Sonderstab Kammler“. Dieses Projekt war deutlich größer angelegt als „Kellerbau“, weshalb bei der Verwirklichung große Baufirmen sowie spezialisierte Ingenieurbüros hinzugezogen wurden. Einen weiteren beachtlichen Schub erhielt das Projekt durch die von höherer Stelle angeordnete Produktion des Me 262-Düsenjägers, mit dem die Führung den verzweifelten Versuch unternahm, dem Kriegsverlauf noch eine Wendung zu geben.²³⁷ Die Tarnbezeichnung für dieses Projekt lautete „Esche 2“.²³⁸

Aufgrund der Tatsache, dass in dieser Zeitperiode das Dritte Reich bereits große Teile auch des Vorkriegsgebietes verloren hatte, stieg der Standort Mauthausen/Gusen in die immer kleiner werdenden Reihen der wichtigsten Rüstungszentren für Flugzeuge auf. Bis Ende November 1944 hatten die Häftlinge unter großen Verlusten 21.000 m² Produktionsfläche unter die Erde getrieben und bereits im Folgemonat fertigte man Flugzeuge. Zu dieser Zeit waren ca. 40 Prozent der im Komplex Mauthausen/Gusen Inhaftierten, in eigens errichteten Lagern in der Unter-Tage-Verlagerung von Produktionsstätten tätig.²³⁹ Bei Kriegsende umfasste der Komplex ca. 50.000 m² Fläche für Fertigung und ca. 6.000 m² Stollen für die Lagerung von Materialien.²⁴⁰

„Kellerbau“ unterlag hingegen hinsichtlich sowohl Planung als auch Durchführung völlig der Werksleitung der DEST. Die treibende Motivation hinter diesem Projekt war der erneute Versuch der SS in der Rüstungsindustrie über den Umweg der Unter-Tage-Verlagerung Fuß zu fassen.²⁴¹ Das exakte Datum des Baubeginns für „Kellerbau“ ist nicht bekannt. Einen Hinweis könnte ein Schreiben Pohls an Himmler

²³⁵ Florian Freund, Bertrand Perz: Gusen I und II, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 380.

²³⁶ Maršálek: Geschichte, S. 134.

²³⁷ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 646.

²³⁸ Maršálek: Geschichte, S. 100.

²³⁹ Freund/ Perz: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge, S. 335.

²⁴⁰ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 646.

²⁴¹ Perz: „Wir haben in der Nähe ...“, S. 57–58.

im Jänner 1944 liefern. Dieses lässt aufgrund der Angaben über die Dicke der Abdeckung von 80 Metern und über geologische Details sowie aufgrund der Tatsache, dass Pohl „*die Entdeckung des Standortes für die SS reklamierte*“,²⁴² auf das SS-eigene Projekt schließen.²⁴³

Für die notwendige Beseitigung des Gesteins wurden hauptsächlich jene mangelhaften Geräte zum Einsatz gebracht, welche die Häftlinge vorher zur Steingewinnung und -bearbeitung in Verwendung gehabt hatten.²⁴⁴ Eine unmittelbare Folge daraus war höhere Arbeitsbelastung und damit die weitere rapide Verschlechterung des Gesundheitszustands der Zwangsarbeiter sowie ein starker Anstieg der Todeszahlen.²⁴⁵ Die Bauarbeiten wurden zusätzlich durch das Eindringen von Wasser erschwert.²⁴⁶ Durch den kaltblütigen Einsatz der Häftlinge bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit umging die DEST jedoch die kostenintensive Anschaffung von speziellen im Bergbau üblichen Maschinen. Da das dortige Gestein als ausreichend fest beurteilt wurde, unterblieben auch die im Bergbau üblichen Sicherungsmaßnahmen.²⁴⁷ „Kellerbau“ umfasste insgesamt die, im großen und ganzen aus fünf Tunneln mit jeweils acht Metern Breite bestehende Anlage „Kellerbau III“, sowie die zwei weiter östlicher gelegenen Tunneln mit der Bezeichnung „Kellerbau I und II“.²⁴⁸ In den Anlagen I bis II begann im Frühling 1944 die Fertigung für Messerschmitt. Steyr- Daimler- Puch war ebenfalls sehr an unterirdischen Produktionsflächen interessiert, es dauerte jedoch noch bis Juni 1944 bis die Produktion in der Stollenanlage Kellerbau III anlief.²⁴⁹

Anhand der Teilabgabe des unterirdischen Komplexes an die durch einen Bombenangriff in Mitleidenschaft gezogene Technischen Hochschule Graz, welche in erster Linie durch die SS in Gestalt von Himmler und Pohl abgewickelt wurde, zeigt sich deren Eigentumsgedanke hinsichtlich „Kellerbau“. Nachdem die nötigen Formalitäten erledigt waren, übergab Pohl die angefragten Räumlichkeiten am 9. Dezember 1944 an Gauleiter August Eigruber für die Grazer Wehrforschungsinstitute.²⁵⁰

²⁴² Ebd., S. 58.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 644.

²⁴⁵ Ebd., S. 646.

²⁴⁶ Perz: „Wir haben in der Nähe ...“, S. 58.

²⁴⁷ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 202

²⁴⁸ Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen (Hrsg.): 400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen. Geschunden – Geschafft – Gestaltet. St. Georgen an der Gusen 2011, S. 118.

²⁴⁹ Rudolf A. Haunschmied, Jan-Ruth Mills, Siegi Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen. Concentration Camp Mauthausen reconsidered. Norderstedt 2007, S.139.

²⁵⁰ Perz: „Wir haben in der Nähe ...“, S. 58–59.

Einnahmen aus dem Häftlingsgeschäft

Das Deutsche Reich als Inhaber der Konzentrationslager hatte nach eigenem Selbstverständnis auch die Verfügungsgewalt über ihre Insassen und war somit berechtigt, für sämtliche Arbeiten, die private oder auch staatsnahe Firmen von Häftlingen erledigen ließen, entsprechend entschädigt zu werden. Im staatlichen Budget war den Konzentrationslagern ein eigener Etat eingeräumt, der mit Einnahmen durch die Vermietung der Häftlinge gedeckt werden sollte. Nachdem die Verwaltungsoberhoheit bei der SS selbst lag, war der Tarif für SS-eigene Betriebe entsprechend günstig. Bis Jahresbeginn 1943 lag er bei lediglich 0,3 RM pro Häftling/Tag. Zu dieser Zeit wurde die Rüstungsproduktion, wie bereits erwähnt, zur höchsten Priorität im KZ Komplex, beziehungsweise war die teilweise Umschulung und Ausbildung von Häftlingen zu Facharbeitern erst im Gange. Durch die der Rüstungswirtschaft eingeräumten Bedeutung sah die SS nun auch in der Häftlingsarbeit eine neue Möglichkeit zur Ausdehnung der Einnahmen. Die Folge war zunächst die Anhebung der Tarife für die Bereitstellung von Häftlingen generell, ferner die konsequente Unterscheidung in Hilfs- und Facharbeiter, welche sich mit der Zeit weiter fortsetzte.

Grundsätzlich muss differenziert werden zwischen Entgelten an die KZ-Leitung, welche somit dem Staat zufielen, und solchen, die an SS-Firmen wie die DEST, die die Häftlinge, für die sie bereits Zahlungen leisteten, im Auftrag anderer Firmen arbeiten ließen.

Tabelle 5: Stand der Tarife der KZ-Verwaltung pro Tag und Häftling

Stand der Tarifregelung	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
1. Jänner 1943	1,5 RM	0,5 RM
31. Dezember 1943	2,5 RM	1,0 RM
01. Jänner 1944	5,0 RM	3,0 RM ²⁵¹

Proteste anderer Wirtschaftszweige, die für ihre Produktion wesentlich höhere Ausgaben zu tätigen hatten als Betriebe, die auf Häftlingsarbeit basierten, führten am 1. Jänner 1944 zu einer weiteren Erhöhung der Entgelte für Fach- und Hilfsarbeiter. Die DEST nahm als direkter SS Betrieb eine Sonderstellung ein und

²⁵¹ Maršálek: Geschichte, S. 88.

konnte Sondertarife in Anspruch nehmen: Für einen Facharbeiter entrichtete die DEST lediglich 1,5 und für einen Hilfsarbeiter 0,5 RM, was dem Tarif für externe Betriebe von Anfang 1943 entsprach.²⁵²

Die Kooperationspartner der DEST zahlten je nach Vertrag unterschiedliche Beträge, wobei die DEST hier Stunden-, nicht Tageslöhne verrechnete. Im Vergleich der Abkommen und ihrer Erträge dürfte die Zusammenarbeit mit Messerschmitt wohl die gewinnbringendste gewesen sein, die DEST hatte einen hohen Anteil an der Gesamtproduktion.²⁵³ Die Wehrmachtsgeschäfte warfen pro Tagwerk bis Herbst 1943 zwischen 8 und 13 RM Gewinn je nach Häftlingsqualifikationskategorie ab, nach einer gewährten Tariferhöhung immerhin noch 5 bis 7 RM.²⁵⁴ Dies ergibt sich aus dem Stundenlohn von 1,5 RM für einen Facharbeiter und 1 RM für einen Hilfsarbeiter – bei einem zu diesem Zeitpunkt ca. 11-stündigen Arbeitstag –, welchen die DEST nach Abzug der für die Produktion notwendigen Umbau- und sonstigen Aufwandskosten der Wehrmacht in Rechnung stellte.²⁵⁵ Die DEST senkte ihre Tarife für die Wehrmacht jedoch noch im Herbst auf 0,92 beziehungsweise 0,67 RM pro Arbeitsstunde eines Fach- beziehungsweise Hilfsarbeiters.

Schon im Sommer 1943, kurz nach der Aufnahme der Produktion, betrug der Gewinn aus der Fahrzeugreparatur bereits 85.000 RM. Die Geschützherstellung erreichte einen Gewinn von 26.600 RM im selben Zeitraum. Die Produktion für die SDP hatte hier einen Sonderstatus aufgrund der speziellen Abmachungen, und war trotz des Umfangs, der sich deutlich von den anderen Kooperationen abhob, nicht so gewinnbringend wie erwartet. Durch den Ankauf der Häftlingsarbeit durch die SDP direkt bei der KZ-Verwaltung entging der DEST ein Teil des Geschäfts, dennoch wurden allein bis Sommer 1943 ca. 264.000 RM von der SDP an die DEST überwiesen. Die Kosten für die Umrüstung der Produktion sowie der Fertigung an sich beziehungsweise für anfallende Neubauten betrugen bis zu diesem Zeitpunkt dagegen lediglich etwa 18.900 RM.²⁵⁶

²⁵² Ebd.

²⁵³ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 640.

²⁵⁴ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 640.

²⁵⁵ Ebd., S. 638. ; Maršálek: Geschichte, S. 87.

²⁵⁶ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 640.

Überlebensbedingungen und Zwangsarbeit der Häftlinge im DEST-Betrieb Mauthausen-Gusen 1943–1945

Bis 1943 war der Großteil der in Mauthausen und Gusen Inhaftierten mit der Gewinnung und Verarbeitung von Steinmaterial beschäftigt. Durch die Umstellung des größten Teiles der Produktion auf Rüstungsgüter veränderte sich jedoch auch die Lage der Zwangsarbeiter abseits des bloßen Arbeitsvorganges.

Mit dem Bedeutungsgewinn der Häftlingsarbeit für die Rüstungswirtschaft bemühte sich die SS zunehmend, die Haftbedingungen für einen Teil der Zwangsarbeiter zu verbessern. Bereits Mitte des Jahres 1942 hatte Himmler persönlich angeordnet, Häftlinge mit medizinischer Ausbildung in den Sanitätsdienst des Lagers Mauthausen zu übernehmen.²⁵⁷ Die Sterblichkeitsrate der Neuankömmlinge im KZ-Komplex von 1942 – bedingt durch die ungenügende Ernährungssituation, die langen Arbeitszeiten, körperliche Überanstrengung der Häftlinge sowie gezielte Gewaltanwendung der SS – musste jedoch dennoch hoch gewesen sein, da der Chef der Amtsgruppe D im WVHA, Theodor Eicke, sich sogar persönlich über diese Tatsache beschwerte und Abhilfe verlangte. Ab Sommer 1943 setzten daraufhin Maßnahmen ein, die Haftsituation ein wenig zu mildern und Überlebenschancen zu verbessern, etwa durch die Aussetzung von – zusätzlich zu den unmenschlichen Arbeits- und Haftbedingungen – physischer Gewalt als Strafmaßnahme oder durch die Verbesserung der hygienischen und medizinischen Versorgung. Die verbesserte Behandlung galt jedoch nur für die Häftlingsgruppen, die nicht zur Vernichtung vorgesehen waren und deren Arbeitskraft von Interesse für die SS war.²⁵⁸

Die bereits für die Verarbeitung der Steinmaterialien begonnenen Ausbildungsinitiativen für Häftlinge wurden durch die Rüstungsproduktion im Verlauf der Jahres 1943 erweitert, wobei der Fokus nun auch auf die Filterung und Aufspürung etwaiger für die Fertigung dienlicher beruflicher Vorkenntnisse der Inhaftierten lag.

Die angesprochene Wichtigkeit der Rüstungsfertigung für den deutschen Kriegseinsatz und die Hoffnung auf Steigerung der Arbeitsproduktivität bewegten schließlich Oswald Pohl und Heinrich Himmler unter anderem zur Herausgabe einer „Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge“ am 15. Mai 1943, in welcher zum ersten Mal ein Prämiensystem für *„Häftlinge, die sich durch Fleiß, Umsichtigkeit, gute Führung und besondere Arbeitsleistung auszeichnen“*, vorgegeben war.²⁵⁹ Als Belohnung und Antriebsmittel für eine Mehrleistung im

²⁵⁷ Vgl: Fabréguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen, S. 205.

²⁵⁸ Ebd.; Kaienburg: Zwangsarbeit, S. 191; Orth: System, S. 193; Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter, S. 517–532.

²⁵⁹ Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (AMM), F 8/3, in: Maršálek: Geschichte, S. 89.

Rahmen des Zwangsarbeitseinsatzes erhielt eine privilegierte Gruppe von Häftlingen auf diese Weise die Möglichkeit zur Verbesserungen ihrer Haftsituation. Die in fünf Stufen gegliederten Prämien umfassten 1. Hafterleichterung, 2. Verpflegungszulagen, 3. Geldprämien, 4. den Bezug von Rauchwaren, die wie die Nahrungsmittel in den Lagerkantinen erhältlich sein sollten, sowie 5. Bordellbesuch. Geplant wurde, die genannten Geldprämien mittels eigenen Scheinen jeweils wöchentlich auszugeben. Die zunächst vorgesehene Wertskala reichte von 0,50 bis 5,00 RM.²⁶⁰

Die tatsächliche Umsetzung dieser Pläne verschleppte sich im Lagerkomplex Mauthausen jedoch bis Ende November 1943 und benötigte schlussendlich einen Sonderbefehl von Lagerkommandant Ziareis, der nicht nur die Höchstgrenze des Verdienstes auf 10 RM in Ausnahmefällen erhöhte, sondern auch explizit die Errichtung fehlender Kantinen in den Lagern Mauthausen und Gusen sowie den Außenlagern anordnete.²⁶¹ Dieser Versuch, die Häftlinge zu höherer Arbeitsleistung anzuspornen, wurde zwar reichsweit eingeführt, die Zahlungen erreichten jedoch nie den vorgesehenen Umfang. Der Wert der Scheine bewegte sich zwischen 0,5 RM und höchstens 3,00 RM statt der angekündigten 5,00 oder sogar 10,00 RM im Sonderfall.²⁶² Hinzu kam, dass sich die Gruppe derer, die in den Genuss dieses Systems kamen, offensichtlich schrittweise verkleinerte: Während anfangs erhielten „*vermutlich fast alle*“ Häftlinge, die in den Rüstungsbetrieben arbeiteten, Prämien Scheine erhielten, verringerte sich der Kreis in weiterer Folge auf die Häftlingsfunktionäre sowie die in den Werkstätten Beschäftigten, sodass sich ein Gesamtwert von ca. 40 Prozent potentieller Prämienempfänger ergab.²⁶³ Darüber hinaus verlor das Prämien system mit der Zeit hinsichtlich der Ausgabe von Waren an Attraktivität. Ab Herbst 1944 wurde zum Beispiel die Ausgabe von Zigaretten an den Status des Häftlings, also Funktionshäftlinge und Teile der Facharbeiter, gekoppelt, bis gegen Jahreswechsel 1944/45 das Mehrleistungssystem an sich völlig zum Erliegen kam.²⁶⁴

Dennoch zeigte dieses Maßnahmenpaket Wirkung in Gestalt einer deutlichen Senkung der Todesraten in den Lagern im Zeitraum von Frühling 1943 bis Herbst 1945. Fabréguet weist jedoch explizit darauf hin, dass diese Verbesserungen nicht „*überbewertet*“ werden dürfen hinsichtlich der Gesamtumstände der Lagerhaft. In demselben Zeitraum fielen nämlich medizinische Versuche an Häftlingen, durch-

²⁶⁰ Kaienburg: Zwangsarbeit, S. 192; Maršálek: Geschichte, S. 90.

²⁶¹ AMM, F 8/2 Original, Kommandanturbefehl vom 18. November 1943, in: Maršálek: Geschichte, S. 90.

²⁶² Maršálek: Geschichte, S. 90.

²⁶³ Maršálek: Geschichte, S. 90.

²⁶⁴ Ebd.

geführt von dem sogenannten Hygieneinstitut der Waffen-SS, die oftmals mit dem Tod der jeweiligen Person endeten, sowie nach wie vor gezielte Mordaktionen durch Erschießen im Stammlager Mauthausen.²⁶⁵

Die Produktionsumstellung auf Rüstungsgüter hinterließ ihre Spuren auch in der Organisation der Arbeitskommandos. Gefragt waren, bei den Steyr wie den Messerschmitt Kommandos, nun unter anderem eine große Zahl an Metallarbeitern, wie Fräser und Schweißer sowie Monteure. Auch die Anzahl der Häftlinge pro Kommando wurde erhöht im Vergleich zu den in der Steinbranche eingesetzten Gruppen.²⁶⁶ Trotz Bemühungen der SS, vor dem Zwangsarbeitseinsatz die Qualifikationen der Häftlinge zu eruieren, war es offensichtlich unmöglich, alle Arbeitsplätze mit ausreichend fachkundigem Personal zu besetzen, was sich jedoch nicht auf die gestellten Anforderungen auswirkte und somit von allen hohe Leistungen erbracht werden mussten.²⁶⁷ Die Versuchen seitens der Häftlinge durch Senkung ihres Arbeitstempos Energie zu sparen und somit ihre Überlebenschancen zu erhöhen wurde mittels „normierter Arbeitsvorgaben und einem Akkordsystem“²⁶⁸ entgegengewirkt.²⁶⁹

Die Arbeit mit Gestein erreichte jedoch indirekt noch einmal einen Höhepunkt, in Gestalt der Bergbauarbeiten für die unterirdischen Produktionshallen der neuen Rüstungsbetriebe. In den Kommandos „Kellerbau“ I, II und III in Gusen, welche mit diesen Stollenarbeiten betraut waren, umfassten die Tätigkeiten das Herausschlagen der Räume der späteren Produktionshallen sowie die Verkleidung derselben und in weiterer Folge die Installation der Stromversorgung, des Nutzwassers und schlussendlich der Aufbau der Maschinen. Diese Tätigkeiten stellten mitunter eine große Bedrohung für die Häftlinge dar. Erschwerend kam hinzu, dass nur ein Teil der Arbeit unter Zuhilfenahme von Maschinen durchgeführt wurde, jedoch auch in letzterem Fall die Gefahr bestand, durch abgebrochene Felsstücke verletzt, erschlagen oder verschüttet zu werden, da es die Führung enorm an Sicherheit mangeln ließ. Die Tätigkeiten wurden in drei Schichten verrichtet, die in weitere Folge auf zwei reduziert wurden.²⁷⁰

Die Bauarbeiten für das Projekt „Bergkristall“ des „Sonderstabs Kammler“ erfolgten unter ähnlich schlechten Bedingungen. Unter dem dem Einsatz tausender Häftlinge

²⁶⁵ Fabréguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen, S. 205.

²⁶⁶ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 197.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Perz: Projekt Quarz, S. 369.

²⁶⁹ Ebd., S.369.

²⁷⁰ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 202.

wurde die Anlage ebenfalls im Schichtbetrieb bis 31. März 1945 fertiggestellt. Mehr als 8.600 Häftlingen verloren dabei ihr Leben.²⁷¹

In den Steyr-Betrieben arbeiteten Häftlinge in den Produktionshallen sowie in dem unterirdischen Bereich der Anlage „Kellerbau“. Ihre Anzahl betrug Ende 1944 ca. 6000.²⁷² Neben den hohen Qualitätsanforderungen der SS, die zu erfüllen waren, durfte auch ein vorgeschriebener Verbrauch an Rohmaterialien, meist Stahl, nicht überschritten werden. Beides wurde den Häftlingen im Falle einer Abweichung als mutwillige Schädigung ausgelegt und sanktioniert. Die Arbeit für die Rüstungskommandos lief im Akkord, wobei immer die beste Leistung als neuer Standard genommen wurde, den die Häftlinge zu erreichen hatten.²⁷³ Aufgrund der schlechten Versorgung der Häftlinge schienen jedoch der Leistung bald Grenzen gesetzt zu sein, woraufhin einige hinzugezogene Zivilarbeiter und einzelne Mitglieder der SS-Wachmannschaften bei der KZ-Leitung um eine Verbesserung sowohl der Ernährungs- als auch der medizinischen Situation für die Häftlinge des Steyr- Arbeitskommandos ansuchten. Dieser Bitte entsprach die KZ-Leitung schließlich, zumindest bis 1944, in Form von Sonderzuteilungen von Suppen und gelegentlich Magermilch.²⁷⁴

In der Fertigung für Messerschmitt wurden insgesamt über 10.000 Häftlinge ebenfalls ober- und später auch unterirdisch eingesetzt. Die Arbeiten in den Hallen von Gusen I und teilweise in jenen des Steinbruchs „Wiener Graben“ bestanden aus dem Montieren von Flugzeugrümpfen und Tragflächen.²⁷⁵ In der unterirdischen Anlage „Kellerbau I- II“ wurden ebenfalls ein Teil der Fertigung durchgeführt.²⁷⁶ In der Stollenanlage „Bergkristall“ beziehungsweise „Esche 2“ bei Gusen II wo neben der Montage von Flugzeugteilen der Me 262 auch Motorenteile produziert wurden, soll die Situation für die Häftlinge besonders schlecht gewesen sein. Wie unrealistisch die, von den Häftlingen geforderte, Leistung war spiegelt sich in der geplanten Produktivität wieder. Allein die Werksanlage „Esche 2“ sollte trotz der widrigen Bedingungen von April 1945 an monatlich 1.250 einsatzfähige Maschinen liefern.²⁷⁷ Die Auszüge der Aussage von Häftling Tadeusz Hanuszek in Dobosiewicz' Werk „Vernichtungslager Gusen“ umfassen Schilderungen von „*Erstickten*“ durch Mangel von Zwangsarbeitern an Entlüftungsanlagen, „*Vergiftungen durch Schweißgase*“ sowie Tod durch *Erschöpfung*“ direkt oder indirekt durch Aufhängen

²⁷¹ Perz: „Wir haben in der Nähe ...“, S. 65.

²⁷² Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 639.

²⁷³ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 197.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd., S. 203.

²⁷⁶ Perz: „Wir haben in der Nähe ...“, S. 58.

²⁷⁷ Maršálek: Geschichte, S. 92.

am Arbeitsplatz, wenn ein Häftling bei der Arbeit einschlieft.²⁷⁸ Die Art der Behandlung wurde darüber hinaus als abhängig von der Zugehörigkeit der jeweiligen Werkmeister zur SS beschrieben.²⁷⁹ Die Lage der Häftlinge war in sämtlichen Arbeitskommandos miserabel, jedoch scheint es graduelle Unterschiede vor allem in der Behandlung durch das Wachpersonal gegeben haben. Generell wurden die Kommandos von den Häftlingen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen unterschiedlich bewertet. Die Produktion galt als besser gegenüber den Bautätigkeiten, der Stollenbau wurde demgegenüber wiederum als schlechtester Einsatzbereich gewertet.²⁸⁰

Das Ende

Die Auflösung und Evakuierung der Konzentrationslager hing mit der militärischen Gesamtentwicklung zusammen. Die Lager wurden solange aufrechterhalten wie möglich und erst als die gegnerischen Truppen sich bis auf wenige Kilometer herangeschoben hatten, wurden die notwendigen Maßnahmen zur Räumung getroffen. Dies hing vor allem mit der Interessenlage der Rüstung zusammen, welche aus den Arbeitskräften noch soviel wirtschaftliche Leistung wie möglich herauszuholen wollte.²⁸¹ Die ab März 1945 durchgeführten Evakuierungen betrafen folglich die im Reichsgebiet befindlichen Lager, in welchen die Häftlinge unter erhöhtem Druck der Bewacher, zum Marsch in noch unter deutscher Kontrolle stehende Lager aufbrechen mussten. In dieser Situation wurden Häftlinge, die aus körperlichen oder anderen Gründen die angeordnete Geschwindigkeit nicht aufbringen konnten, meist kurzerhand erschossen. Der KZ-Komplex Mauthausen/Gusen, der zuletzt befreit wurde, war folglich das Ziel zahlreicher dieser mit aller Brutalität durchgeführten Märsche, im Zuge derer zumindest 8.000 Menschen starben. Ab Beginn des Jahres 1945 trafen die Häftlingstransporte in Mauthausen und Gusen ein und sorgten dort für eine weitere Verschlimmerung der Lebensbedingungen durch das massive Anwachsen der Insassen auf über 26.000 Häftlinge allein im Komplex Gusen.²⁸²

²⁷⁸ Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen, S. 204.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Bertrand Perz: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Göttingen 1998, S. 546.

²⁸¹ Freund/Perz: Mauthausen – Stammlager, S. 324.

²⁸² Ebd., S. 326; vgl. auch Christian Dürr: Konzentrationslager Gusen: Ehemaliges Zweiglager des KZ Mauthausen und erinnerungspolitisches Konfliktfeld, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2007. Wien 2008, S. 38.

Die Befreiung der Lager im Komplex Mauthausen/Gusen dauerte bis in die frühen Maitage. Als sich der Niedergang des Dritten Reiches immer deutlicher abzuzeichnen begann, nahmen Versuche der Häftlinge, Widerstandsorganisationen zu bilden, konkretere Züge an, woraufhin die SS-Wachmannschaften anfangen insbesondere politische Häftlinge, die sie für besonders gefährlich hielten, gezielt mittels Gaskammer oder Genickschussvorrichtung zu töten. Andere wiederum wurden zwangsweise der SS zu deren Unterstützung bei Bewachungsaufgaben zugeteilt.²⁸³ Darüber hinaus wurden auch Schwache und Kranke in den letzten Wochen ausgesondert und ermordet, in manchen Fällen jedoch konnte die Widerstandsorganisation „internationales Komitee“ diese Aktionen behindern und somit einigen hundert Betroffenen das Leben retten. Die Gruppe bestand aus den Kommunisten Arthur London, Hans Maršálek sowie später auch den deutschen Kommunist Franz Dahlem und Vertreter andere Nationen darunter Franzosen, Polen und Italiener.²⁸⁴ Nach dem Ende April begonnenen Abbau der Gaskammer und anderen Versuchen der Vernichtung von Beweismitteln zogen schließlich von 2. bis 3. Mai 1945 die Wachmannschaften der SS ab und übertrugen die Autorität einer 50-köpfigen Mannschaft der Wiener Feuerschutzpolizei, die jedoch die Macht nach und nach an das Internationale Komitee, übergaben.²⁸⁵ Der Delegierte des Roten Kreuzes, Louis Haeflinger, führte schließlich die in der Marktgemeinde Mauthausen angekommenen Einheiten der 11. Panzerdivision der 3. US-Armee zum Lager, womit der letzte Rest der NS-Herrschaft über das Lager vorüber war.²⁸⁶ Mauthausen und Gusen wurden am fünften Mai von einem Spähtrupp der 3. US-Armee befreit, die in allen drei den Komplex ausmachenden Lagern 20.000 Überlebende antraf.²⁸⁷

Beide Lager wurden zunächst nach der Befreiung und Versorgung der Überlebenden in die Besatzungszone der UdSSR eingegliedert. Doch bereits kurz danach trennten sich die Wege der historischen Entwicklung, als Mauthausen von den sowjetischen Besatzern 1947 an die Republik Österreich, unter der Bedingung der Errichtung einer Gedenkstätte, übertragen wurde. Die Gemeinde Wien hatte 1946 und 1948 versucht den, von den Sowjets als „deutsches Eigentum“ beschlagnahmten Steinbruch zurück zu erhalten.²⁸⁸ Die Erfolgchance standen diesbezüglich schlecht, da es sich hier um keinen Vermögensentzug durch die SS

²⁸³ Freund/Perz: Mauthausen – Stammlager, S. 331.

²⁸⁴ Ebd., S. 328.

²⁸⁵ Ebd., S. 332.

²⁸⁶ Ebd., S. 333.

²⁸⁷ Dürr: Konzentrationslager Gusen, S. 38.

²⁸⁸ Bertrand Perz: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck 2006 S. 167.

gehandelt hatte. Der Präsident des Internationalen Mauthausen Komitees, welches aus dem Internationalen Komitee hervorgegangen war, Gilbert Dreyfuß und die Präsidentin des französischen „L' Association nationale des familles de résistants et d'otages morts pour la France“ protestierten gegen eine potentielle Wiederinbetriebnahme, unabhängig von dem Ausgang der Eigentumsstreitigkeiten. Der Steinbruch sollte vielmehr Teil der Gedenkstätte werden.²⁸⁹ Die Republik Österreich ließ in weitere Folge den Steinbruch durch Dipl.-Ing. Anton Poschacher, welches mehrere Steinbrüche in Mauthausen besaß, auf Wirtschaftlichkeit überprüfen. Als das Ergebnis der Prüfung negativ ausfiel gab man schließlich, im August 1957 die Zustimmung für das Inkludieren von 57.000 m² des Steinbruchs in KZ Gedenkstätte.²⁹⁰

Das Lager Gusen hingegen wurde, wo es die verbliebenen Baracken noch zuließen, zur Unterkunft für sowjetische Truppen umfunktioniert. Die dort befindlichen Steinbrüche der ehemaligen DEST wurden in einen USIA-Betrieb umgewandelt und nahmen die Arbeit wieder auf.²⁹¹ Noch während der Besatzungszeit folgte der Beginn von Abrissarbeiten der Lagerreste und nach der Übergabe beziehungsweise Kauf des Geländes durch die Gemeinde Langenstein in Folge des Abzugs der sowjetischen Truppen 1955 setzten massive Bautätigkeiten ein. Man errichtete Wohnsiedlungen, ließ Häftlingsleichen exhumieren und nach Mauthausen verlegen und gab die verbliebenen Lagerüberreste an private Käufer weiter. Die Überreste der DEST Betriebe, teilweise Industrieanlagen sowie Werkstätten und das Schotterwerk, wurden von der Firma Poschacher erworben.²⁹² Daher konnte zunächst nur der Krematoriumsofen und ein von der amerikanischen Armee errichteter Friedhof als Gedenkstätte genutzt werden. Die treibenden Kräfte hinter der Restaurierung sowie der Anbringung von Erinnerungstafeln und Denkmälern waren zu dieser Zeit KZ- Verbände aus Frankreich und Polen. Die Diskussion um eine Gedenkstätte in Gusen kam Mitte der 50er Jahre in Schwung, als die Republik Österreich als neue Eigentümerin des ehemaligen Lagergeländes eine Parzelle, auf der sich das Krematorium befand, verkaufen wollte.²⁹³ Man sah die Abtragung und Verlegung der Gedenkelemente in die KZ- Gedenkstätte Mauthausen vor, stieß jedoch auf Protest aus Frankreich Polen sowie dem Internationalen Mauthausen Komitee. In weiterer Folge konnten sich beide Seiten nicht auf eine befriedigende Lösung einigen. Anfang der 60er Jahre unterbreitete schließlich der Italienische KZ-

²⁸⁹ Ebd., S.167.

²⁹⁰ Ebd.,S. 168.

²⁹¹ Dürr: Konzentrationslager Gusen, S. 38.

²⁹² Ebd.

²⁹³ Perz: KZ- Gedenkstätte, S. 200- 201.

Verband „Associazione Nazionale ex Deportati“ der Gemeinde Langenstein sowie der Kaufinteressentin durch welche der Konflikt in Gang gekommen war, ein Angebot für den Erwerb des Grundstücks.²⁹⁴ Das gekaufte Grundstück sollte in weiterer Folge der Gemeinde zurückgegeben und die Kosten für ein Denkmal ebenfalls übernommen werden. Die Verträge wurden schließlich Mitte 1961 unterzeichnet und in den Folgejahren die Gedenkstätte errichtet. Die Finanzierung wurde durch Spenden aufgebracht.²⁹⁵ Die Eröffnung fand 1965 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Befreiung statt. Vor Ort wurde der Gedenkstätte lange Zeit größtenteils mit Desinteresse begegnet. So sponserten etwa die Granitwerke Anton Poschacher 1980 ein Bildhauer Seminar der Hochschule Linz im ehemaligen KZ- Steinbruch. Der diesbezügliche historische Hintergrund blieb in der Präsentation der Ergebnisse unerwähnt.²⁹⁶

²⁹⁴ Ebd., S. 204.

²⁹⁵ Ebd.

²⁹⁶ Ebd., S. 205.

Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern zwischen wirtschaftlicher Rentabilität und Vernichtung

Nach der Beschreibung der Entwicklung der DEST und der Grundlagen für ihre Entstehung muss die Frage nach den Prioritäten der SS-Wirtschaft erörtert werden. Die Profite aus der Häftlingsarbeit sowie die Arbeitsumstände wurden für den vorliegenden Fall bereits dargestellt, unzweifelhaft lassen sich im Gesamtprozess der Häftlingszwangsarbeit zwei grundsätzliche funktionelle Charakteristiken ausmachen: Einerseits die schikanöse Behandlung der Häftlinge mit dem Ziel der Vernichtung von Menschen, welche aus rassistischen oder ideologischen Erwägungen nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten beziehungsweise ihnen gefährlich erschienen, und andererseits die Wertschöpfung aus produktiver (Sklaven)Arbeit. Zwangsarbeit hatte bereits in der Entstehungsphase der Konzentrationslager existiert, die SS- Wirtschaftsbetriebe wie die DEST waren jedoch die ersten, die sich die Ressource Häftlingsarbeit ökonomisch zunutze machten.²⁹⁷ Zuvor hatte der Arbeitszwang hauptsächlich der als „Erziehung“ der Häftlinge getarnten Folterung und Terrorisierung gedient. Durch die Professionalisierung der Ausbeutung in den Steinbrüchen wurde dieses Verhältnis zwischen Arbeit und Vernichtung zwar verzerrt, die *„Häftlingsausbeutung blieb jedoch der Schikane untergeordnet“*.²⁹⁸ Dafür sprechen die *„geringe Rentabilität der KZ Produktionsstätten“*²⁹⁹, in denen schikanöse Behandlung hohe Priorität hatte und mangelnde Ausrüstung und schlechte Versorgungslage nahezu dauerhaft vorherrschten.³⁰⁰ Diese schlechten Voraussetzungen für ökonomisch effiziente Betriebsführung lagen im Interesse der SS trotz der Tatsache, dass die Beschäftigung von KZ-Zwangsarbeitern in gewinnorientierten Großbetrieben eine völlig neue Unternehmung darstellte, deren Ausgang zu diesem Zeitpunkt noch unklar war.³⁰¹

Auch im Fall Mauthausen/Gusen wurde dem Terror gegenüber den Häftlingen zunächst hohe Priorität eingeräumt, was an den hohen Todeszahlen in der ersten Phase bis 1942 zu erkennen ist. Den wirtschaftlichen Bestrebungen der SS

²⁹⁷ Michael Zimmermann: Arbeit in den Konzentrationslagern. Kommentierende Bemerkungen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 2. Frankfurt am Main 2002, S. 733.

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Ebd., S. 731.

³⁰⁰ Ebd.

³⁰¹ Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 1053.

hinsichtlich der Leistung der Inhaftierten, welche vor allem durch physische Gewalt und Entzug von Nahrung und Regenerationsmöglichkeiten gefördert werden sollte, tat dies keinen Abbruch. Hierfür ist die große Zahl an Verhaftungen und KZ-Überstellungen dieser Zeitperiode verantwortlich, die die Reihen der verfügbaren Arbeitskräfte wieder füllten und das Wirtschaften dadurch nicht gefährdeten.³⁰²

Mit dem Fortgang des Krieges und dem zum Stillstand gekommenen Feldzug gegen die Sowjetunion trat eine weitere Phase ein, in der mit der Gründung des WVHA und der Ernennung Albert Speers zum Rüstungsminister der Startpunkt für eine kriegswirtschaftlichere Nutzung der Arbeit der Konzentrationslagerinsassen ab Frühjahr 1942 auszumachen ist. Spätestens ab diesem Zeitpunkt, lässt sich von drei, miteinander in Wechselwirkung tretenden Akteuren – der SS, dem Rüstungsministerium sowie der Rüstungswirtschaft – sprechen. Deren Kooperationen verliefen nicht immer reibungslos.³⁰³ Innerhalb der SS kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem WVHA und dem Reichssicherheitshauptamt über die Frage des Arbeitseinsatzes der Häftlinge. Das RSHA vertrat in diesem Konflikt die Position in der die völkisch-rassistische Ideologie eine tragendere Rolle spielten als ökonomische Überlegungen.³⁰⁴ Dies betraf vor allem die jüdischen Häftlinge die, auch nach Kriegsbeginn, in den KZs von der SS als die unterste Stufe der rassistischen Hierarchie angesehen wurden.³⁰⁵

Der wesentlichere Konflikt bezüglich des Arbeitseinsatzes entstand jedoch zwischen der SS und der Privatwirtschaft. Er konnte im September 1942, wie bereits erwähnt, nach Absprache mit Hitler beigelegt werden, wobei sich die Position der Rüstungswirtschaft und des Rüstungsministeriums durchsetzte und die Häftlingen nun gegen Bezahlung an die SS den jeweiligen Betrieben überlassen wurden. In der Praxis bedeutete dies meist die Verbringung in ein Nahe dem Einsatzort gelegenen Außenlager. In den letzten Kriegsjahren kam es dadurch zu einem massiven Anstieg von neuen Haupt- und Nebenlagern, der das Konzentrationslagerwesen zum Komplex anwachsen ließ. Im Fall des Produktionseinsatzes in einem Betrieb außerhalb des direkten Zugriffs der SS stand effiziente Arbeitsleistung der Häftlinge im Vordergrund vor „rassistischen“/ politischen Befindlichkeiten.³⁰⁶ Doch während des stärkeren Zusammenwirkens von Rüstungswirtschaft und SS und dem damit verbundenen stärker auf ökonomischen

³⁰² Freund/ Perz: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge, S. 321.

³⁰³ Zimmermann: Arbeit in den Konzentrationslagern, S. 733.

³⁰⁴ Ebd., S. 731.

³⁰⁵ Ebd., S. 747.

³⁰⁶ Rainer Fröbe: Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 353.

Erwägungen basierenden Häftlingseinsatz kam es in Mauthausen/Gusen dennoch zu einer durchschnittlichen Todesrate von ca. fünf Prozent in der Rüstungsfertigung und über 30 Prozent im Zusammenhang mit der Unter-Tage-Verlagerung, welche jedoch mit der Produktion der Rüstungsgüter verknüpft ist.³⁰⁷

Diese Errichtung der unterirdischen Produktionsstätten verhalf der SS wieder zu mehr direktem Einfluss auf die betrieblichen Vorgänge, da die (zivile) Privatwirtschaft nicht über ein für ein derartiges Unternehmen notwendiges Arbeitskräfte-reservoir verfügte, beziehungsweise nicht in der Lage war, es ohne Mitwirkung der SS zu beschaffen. Unter die Regie der SS fielen dabei jedoch in erster Linie Großprojekte, welche eine große Anzahl an Arbeitskräften erforderten.³⁰⁸ Die Auswirkungen für die eingesetzten Häftlinge waren drastisch. Im Bereich der Bauarbeiten verringerte sich die ohnehin kurze Lebenserwartung für einzelne Häftlinge auf oftmals wenige Wochen oder Tage.³⁰⁹ Der Terror der SS wurde von der Industrie nicht gemildert geschweige denn gebremst, sondern die katastrophalen Lebensumstände durch erweiterte Bauvorhaben und Steigerung des Bautempos noch weiter verschlimmert. Die Kosten an menschlichen Leben spielten in der Gedankenwelt der Industrie zugunsten eines raschen Fortschritts bei der Errichtung der unterirdischen Anlagen keine Rolle und die SS lieferte bereitwillig die geforderten, immer größeren Massen an Sklavenarbeitern.³¹⁰ Eine marginale Entspannung setzte erst ein, als die Produktionsarbeiten in den verlagerten Hallen begannen. Die Tätigkeit in der Produktion bot weiterhin zumindest eine winzige Chance mit dem Leben davonzukommen.³¹¹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass zu jeder Phase des Arbeitseinsatzes die Schikane gegenüber der Effizienz den Vorrang hatte – so zumindest die Wünsche der SS, die trotz des vielschichtigen KZ-Komplexes immer bemüht war, soweit als möglich die Oberhand über das Leben der Häftlinge zu behalten.³¹²

Positive Auswirkungen betrafen lediglich solche Arbeitskräfte, in die gewissermaßen „investiert“ worden war und die durch Fachkenntnis und Qualifikation schwer austauschbar waren.³¹³

³⁰⁷ Vgl.: Zimmermann: Arbeit in den Konzentrationslagern , S. 744.

³⁰⁸ Fröbe: Der Arbeitseinsatz von KZ- Häftlingen, S. 357–358.

³⁰⁹ Ebd., S. 365.

³¹⁰ Ebd., S. 367.

³¹¹ Ebd., S. 365.

³¹² Vgl.: Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, S. 1053.

³¹³ Ulrich Herbert: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 411.

Resümee

Die Entwicklung der „Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH“ ist ohne das nationalsozialistische Deutschland nicht denkbar. Die neue politische Ordnung, die mit der Machtergreifung der NSDAP geschaffen wurde, beinhaltete eine spezifische Wirtschaftsstruktur, in welcher der Faktor Arbeit zum Teil beziehungsweise für bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Zwang gestellt wurde bei gleichzeitiger Beibehaltung unternehmerischer Freiheit.

Die Voraussetzungen wurden durch die nationalsozialistische Ideologie geliefert, die klare Trennstriche zwischen erwünschten und unerwünschten Menschengruppen zog und mit dem sich nach und nach professionalisierenden Repressionsapparat die quantitative Basis für Ausbeutung durch Zwangsarbeit schuf. Die Konzentrationslager wurden ausgebaut und der Personenkreis, der für eine Inhaftierung in Frage kam, erweitert. Die SS hatte sich parallel zu einer der bedeutendsten Organisationen zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Macht entwickelt. Diese Position erlangte sie hauptsächlich aufgrund ihrer ideologischen Zuverlässigkeit, die ihr schließlich die vollständige Kontrolle über die Konzentrationslager einbrachte. Die hohe Anzahl inhaftierter Personen bei gleichzeitiger Aufrüstungspolitik im Reich weckte das Interesse daran, die Arbeitskraft der Häftlinge – wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Rüstungssektor – generell nutzbar zu machen, um wirtschaftlich unabhängig zu werden. Die Monumentalbauprojekte des frühen NS-Staates waren gleichzeitig bedroht, vor allem hinsichtlich der Rohstoffe und Arbeitskräfte, worin die Ursache der Gründung von SS-eigenen Baustoffbetrieben zu finden ist. Es bedurfte jedoch Kontakten zu Wirtschaftsvertretern beziehungsweise politischen Verbündeten – vor allem hinsichtlich der Finanzierung –, um ein gewinnorientiertes Unternehmen zu gründen. Für den Fall Mauthausen/Gusen ist die Expansionspolitik des Deutschen Reiches eine zusätzliche Grundvoraussetzung. Das Zustandekommen des Betriebes vor Ort hing aber hauptsächlich an der Rohstofflage der Region und der zunehmenden Tendenz, Konzentrationslagerstandorte schon unter dem Aspekt der Ökonomie zu wählen. Das Unternehmen wuchs im Zeitraum 1940 bis 1942 aufgrund des Bedarfs an Natursteinprodukten der staatlichen Institutionen vor allem durch die Bautätigkeiten die Albert Speer durchführen ließ – sowie vieler kommunaler Behörden und auch Privatunternehmen. Die nahezu exponentielle Betriebsentwicklung und ihr fort-

schreitender Ausbau beeinflusste die Infrastruktur der Region und bewirkte auch eine personelle Stärkung der SS durch Zuzug und Siedlungspolitik.

Die weitgehend positive Sicht der nationalsozialistischen Führung auf die Privatwirtschaft wirkte sich auf die DEST insofern aus, als dass sie die ökonomischen Bestrebungen der SS allgemein eindämmte. Die Verschlechterung der Kriegssituation führte zum Rückgang der Nachfrage an Steinprodukten, dem Haupterzeugnis der DEST bis 1943. Der wachsende Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie ermöglichte jedoch neue ökonomische Betätigungen, da die SS nach wie vor über ein massives Potential an Zwangsarbeitern verfügte. Diese Aktivitäten wurden jedoch nicht mehr im Sinne einer eigenständigen Produktion, sondern lediglich auf kooperativer Ebene mit den Konzernen durchgeführt. Versuche, auf diesem Umweg wieder selbstständig tätig zu werden, scheiterten an privatwirtschaftlichen Instanzen, die offensichtlich einflussreich genug waren, selbst einer für das System derartig wichtigen Organisation wie der SS ihre Grenzen aufzuzeigen. In dieser Phase entwickelte sich der Betrieb, wenn auch nicht gewollt, vom Produzenten eigener Erzeugnisse zum Infrastruktur- und Arbeitskräftevermittler. Erst die – durch die fortschreitende alliierte Luftoberhoheit bedingte – unterirdische Verlagerung der Produktionsstätten ermöglichte eine stärkere Einbindung in einzelne Entscheidungsprozesse, aber dennoch blieb der Status des Erfüllungsgehilfen weitgehend aufrecht. Aufgrund der geographisch günstigen Lage des Mauthausener/ Gusener Komplexes in der Endphase des Krieges 1944/45 steigerte sich die Bedeutung der Produktion für den deutschen Kriegseinsatz an diesem Ort, die DEST als Unternehmen blieb jedoch auf ihre, die Rüstung unterstützende, Tätigkeit beschränkt. Die Funktion als wirtschaftlicher Arm der ideologischen SS-Vernichtungsmaschinerie erfüllte der Standort Mauthausen/ Gusen bis zum Schluss.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AMM	Archiv Memorial Mauthausen/Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
BV	„Befristete Vorbeugungshäftlinge“
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DEST	„Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“
DWB	„Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH“
GBI	Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
IKL	Inspektion der Konzentrationslager
KL, KZ	Konzentrationslager
NS	nationalsozialistisch/e/r
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RM	Reichsmark
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RWHG	„Reichswerke Hermann Göring“
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SDP	„Steyr-Daimler-Puch AG“
SS	Schutzstaffel
SS-WVHA	SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USIA	„Uprawlenie Sowjetskim Imuschestwom w Awstrij“ (Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich)

Tabellenverzeichnis

<u><i>Tabelle 1: Finanzielle Mittel und Finanziers der DEST im Gründungsjahr 1938.....</i></u>	<u><i>34</i></u>
<u><i>Tabelle 2: Produktionsvolumen der Granitwerksteine Mauthausen-Gusen 1940–1943.....</i></u>	<u><i>51</i></u>
<u><i>Tabelle 3: Entwicklung der Gewinne der DEST 1939–1943.....</i></u>	<u><i>53</i></u>
<u><i>Tabelle 4: Anzahl der täglich in DEST-Betrieben eingesetzten Häftlinge 1940–1942.....</i></u>	<u><i>55</i></u>
<u><i>Tabelle 5: Stand der Tarife der KZ-Verwaltung pro Tag und Häftling.....</i></u>	<u><i>78</i></u>

Archivalien

National Archives and Records Administration (NARA), Financial records of various enterprises controlled by office W I (Amt W I) a branch of SS-WVHA in the field of sand, stone, gravel and granite quarries, T976 Roll 16:

00950, Auflistung der Bautätigkeiten im Bereich „Wienergraben“ des Standorts Mauthausen/Gusen 1942, 31. Dezember 1942.

00952, Auflistung der Bautätigkeiten im Bereich „Gusen/Kastenhof“ des Standorts Mauthausen/Gusen 1942, 31. Dezember 1942.

00954, „Preise und Zahlungsbedingungen bei nachstehenden übereigneten Werksteinen“, 31. Dezember 1942.

00956–00957, Auflistung von Verträgen der Granitwerke Mauthausen, 31. Dezember 1942.

00959–00960, Auflistung von Verträgen der Granitwerke Mauthausen im Rahmen der Siedlung St. Georgen, 31. Dezember 1942.

Literatur

Michael Allen: Oswald Pohl. Chef der SS- Wirtschaftsunternehmen, in: Ronald Smelser, Enrico Syring (Hrsg.): Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe. Paderborn 2000, S. 394–407.

Michael Thad Allen: The Business of Genocide. The SS, Slave Labor, and the Concentration Camps. Chapel Hill, London 2002.

Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995.

Avraham Barkai: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945. Frankfurt am Main 1977.

Stanisław Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen. Wien 2007 (Mauthausen-Studien, 5).

Klaus Drobisch: Hinter der Torinschrift „Arbeit macht frei“. Häftlingsarbeit, wirtschaftliche Nutzung und Finanzierung der Konzentrationslager 1933 bis 1939, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945. Opladen 1996 (Sozialwissenschaftliche Studien; 34), S. 17–28.

Christian Dürr: Konzentrationslager Gusen: Ehemaliges Zweiglager des KZ Mauthausen und erinnerungspolitisches Konfliktfeld, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2007. Wien 2008, S. 36–41.

Michel Fabréguet: Entwicklung und Veränderung der Funktionen des Konzentrationslagers Mauthausen 1938–1945, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Frankfurt am Main 2002, S. 193–215.

Wilfried Feldenkirchen: Die Deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 1998 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; 47).

Florian Freund, Bertrand Perz: Gusen I und II, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 371–380.

Florian Freund, Bertrand Perz: Konzentrationslager in Oberösterreich 1938 bis 1945. Linz 2007 (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus; 8).

Florian Freund, Bertrand Perz: Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 293–346.

Florian Freund, Bertrand Perz: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der „Ostmark“, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991. S. 317–351.

Rainer Fröbe: Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Detlef Garbe: Neuengamme - Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, S. 316 -346.

Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS. Stuttgart 1963 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 7).

Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner. München 2001 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 28).

Rudolf A. Haunschmied, Jan-Ruth Mills, Siegi Witzany-Durda: St. Georgen – Gusen – Mauthausen. Concentration Camp Mauthausen reconsidered. Norderstedt 2007.

Ulrich Herbert: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Franz Jany: Erinnerungsbericht des ehemaligen KZ- Häftlings Franz Jany, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ- Gedenkstätte Mauthausen, Wien 2009 S. 80- 86.

Paul B. Jaskot: *The Architecture of Oppression. The SS, forced labor and the Nazi monumental building economy.* London 2000 (The architext series).

Hermann Kaienburg: *Die Wirtschaft der SS.* Berlin 2003.

Hermann Kaienburg: *Zwangsarbeit: KZ und Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg*, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): *Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors.* München 2005, S. 179–194.

Hermann Kaienburg: *Sachsenhausen – Stammlager*, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald.* München 2006, S. 17- 72.

Hermann Kaienburg: *KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse*, in: ders. (Hrsg.): *Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft.* Opladen 1996.

Andreas Kranebitter: *Der Steinbruch „Wiener Graben“ und die Einrichtung des KZ Mauthausen*, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): *Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2008.* Wien 2009, S. 58–73.

Reinhard Kühnl: *Faschismus – Liberalismus.* Reinbek bei Hamburg 1971 (Formen bürgerlicher Herrschaft; 1).

Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen (Hrsg.): *400 Jahre Markt St. Georgen an der Gusen. Geschunden – Geschafft – Gestaltet.* St. Georgen an der Gusen 2011.

Hans Maršálek: *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation.* Wien 2006.

Walter Naasner: *Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem.* Boppard am Rhein 1994 (Schriften des Bundesarchivs; 45).

Walter Naasner: *SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente.* Düsseldorf 1998 (Schriften des Bundesarchivs; 45a).

Franz L. Neumann: *Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus*, in: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer, A. R. L. Gurland, Herbert Marcuse: *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942*, hrsg. von Helmut Dubiel u. Alfons Söllner. Frankfurt am Main 1981, S. 129–234.

Karin Orth: *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte.* Hamburg 1999.

Bertrand Perz: *Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen*, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1.* Göttingen 1998, S. 533–557.

Bertrand Perz: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck 2006.

Bertrand Perz: KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter der Reichswerke „Hermann Göring“ in Linz, in: Oliver Rathkolb (Hrsg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938–1945, Band 1: Zwangsarbeit – Sklavenarbeit. Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien. Wien, Köln, Graz 2001, S. 449–590.

Bertrand Perz: Politisches Management im Wirtschaftskonzern. Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutliche Wirtschaft. Opladen 1996. S. 95- 113.

Bertrand Perz: Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk. Wien 1990.

Bertrand Perz: Verwaltete Gewalt. Der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers im Konzentrationslager Mauthausen 1941 bis 1944. Wien 2013.

Bertrand Perz: „Wir haben in der Nähe von Linz unter Benutzung von KZ-Männern ein Vorhaben“. Zur Genese des Projektes Bergkristall, in: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 2009. Wien 2010, S. 55–76.

Bertrand Perz: Zwangsarbeit von Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen. Vergleichende Perspektiven, in: Gabriella Hauch (Hrsg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz-VW-Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter. Innsbruck u. a. 2003 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte; 13). S. 85-99.

Friedrich Pollock: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer, A. R. L. Gurland, Herbert Marcuse: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942, hrsg. von Helmut Dubiel u. Alfons Söllner. Frankfurt am Main 1981, S. 111–128.

Silvia Rief: Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit. Die Steyrer- Werke und das KZ Gusen, Innsbruck 2005.

Heribert Schiedel: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien 2007.

Stefanie Schüler-Springorum: Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion „Arbeitsscheu Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 156–164.

Jan Erik Schulte: Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die Expansion des KZ-Systems, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 143f.

Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945. Paderborn, Wien u. a. 2001.

Jörg Skriebeleit: Flossenbürg- Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006, S. 17- 66.

Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt am Main 2004.

Isabell Sprenger/Walter Kumpmann: Groß- Rosen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 6: Natzweiler, Groß- Rosen, Stutthof, München 2006, S. 195- 221.

Robert Steegman: Natzweiler- Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 6: Natzweiler, Groß- Rosen, Stutthof, München 2006, S. 23- 47.

Harry Stein: Buchenwald – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006, S. 301- 357.

Johannes Tuchel: Organisationsgeschichte der „frühen“ Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 43–57.

Johannes Tuchel: Planung und Realität des Systems der Konzentrationslager 1934–1938, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 1. Frankfurt am Main 2002, S. 43–59.

Henry Ashby Turner jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft. Göttingen 1972.

Patrick Wagner: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hamburg 1996 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 34).

Christian Wussow: Berlstedt, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006, S. 388-392.

Michael Zimmermann: Arbeit in den Konzentrationslagern. Kommentierende Bemerkungen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band 2. Frankfurt am Main 2002, S. 730–751.

Zusammenfassung

In der Diplomarbeit wird die Geschichte der Deutschen Erd- und Steinwerke am Standort Mauthausen/Gusen zwischen 1938 und 1945 unter Berücksichtigung der historischen Rahmenbedingungen, sowie der Entwicklungen des Gesamtbetriebes im Dritten Reich, dargestellt. Dies umfasst die Schilderung des Aufstiegs der SS Wirtschaft im frühen NS- Deutschland, hin zur Gründung der Firma im Jahre 1938, über die Entwicklung des Mauthausener/ Gusener Standortes bis zur Befreiung der Konzentrationslager durch die Alliierten Ende im Mai 1945. Die Entwicklungen am österreichischen Standort werden jeweils im Kontext der Gesamtbetriebsentwicklung analysiert. Im Rahmen der Darstellung wird die Auswirkung der wirtschaftlichen Aktivitäten der DEST auf die Insassen des Konzentrationslagerkomplexes Mauthausen/Gusen über die Zeitperiode 1938- 1945 beschrieben. Sie geht weiters der Frage nach dem Bedeutungswandel der Firma vom Baustoffhersteller hin zum Infrastruktur - und Arbeitskräfteüberlasser nach und diskutiert die Frage nach der Rentabilität der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern allgemein.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Thomas Kopalek

Wohnhaft: Kaiserstraße 103/5, 1070 Wien

Geburtsdatum: 12.10.1984

Geburtsort: Mödling

Nationalität: Österreich

Schulische Ausbildung

1991- 1995 VS Grillenberg

1995- 1999 Unterstufe im BG/BRG Berndorf

1999- 2003 Oberstufe, humanistischer Zweig im BG/BRG Berndorf

Juni 2003 Matura

Zivildienst

Oktober 2004 – Oktober 2005 Rotes Kreuz Berndorf/ St.Veit

Universitäre Ausbildung

Oktober 2003- Jänner 2004
(nicht

Studium an der FH Wiener Neustadt WBB
abgeschlossen)

Jänner 2004- Juni 2004
Universität

Studium der Rechtswissenschaften an der
Wien (nicht abgeschlossen)

SS 2006
Geschichtswissenschaften

Beginn des Studiums der
an der Universität Wien

WS 2008

Abschluss des ersten Abschnitts

SS 2011

Beginn der Diplomarbeit